



Studie

Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen: Infrastruktur und Perspektiven

Mit einer Landkarte zur Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen

Erstellt von:

Universität Duisburg-Essen
Fachbereich Bildungswissenschaften
Labor für Organisationsentwicklung

Dipl.-Päd. Oliver Bluszcz
Dipl.-Pol. Martin Rüttgers
Politikberatung & Forschung, Köln
und
Prof. Dr. Wolfgang Stark

Gefördert durch:

Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Essen, Juli 2008

Bürgerschaftliches Engagement braucht einen festen Boden unter den Füßen - zur zukünftigen Gestaltung des Sozialen in unserer Gesellschaft

Immer mehr Menschen werden vorzeitig aus dem Erwerbsleben freigesetzt, und viele haben keine Chance zurückzukehren. Andere suchen sich neben ihrer Erwerbstätigkeit eine Aufgabe, die sie als sinnvoll erleben, in der sie Freude und Anerkennung erfahren. Viele der bürgerschaftlich Engagierten wollen vorrangig "helfen" und dabei ihre im Berufs- oder Familienleben erworbenen Kompetenzen einsetzen, aber sich gleichzeitig auch weiter qualifizieren und neue Kompetenzen erwerben. Andere suchen nach neu begründeten Kontakten mit Gleichgesinnten oder gleich Interessierten, um Ideen oder soziale Erfindungen in die Realität umzusetzen. Engagement auf der Basis gemeinschaftlicher Ideen und neuer Impulse kann ein Weg zu neuen Gemeinschaften und Lebenswelten sein, unabhängig von gewachsenen sozialen Netzen und Strukturen.

Bürgerschaftliches Engagement heute ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft selbst. In den Initiativen bürgerschaftlichen Engagements wird nicht nur Zivilgesellschaft und Demokratie aktiv gelebt, hier verbindet sich auch ein neues Verständnis gegenseitiger Hilfe mit der Lust an der Gemeinschaft und persönlicher Weiterentwicklung. Die Arbeitsgesellschaft wird zunehmend durch eine experimentelle Tätigkeitsgesellschaft abgelöst – etwa wenn Unternehmen ihre Angestellten regelmäßig für ihr Engagement für das Gemeinwohl freistellen oder Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eine berufliche Auszeit (sabbatical) als Teil ihrer Berufsbiografie für gemeinschaftsbezogene Projekte nutzen können.

Bürgerschaftliches Engagement zeigt sich

- im neuen Verständnis des - oft schon totgesagten - sozialen Ehrenamts: Menschen setzen sich für eigene Interessen und Bedürfnisse ein und realisieren ihre Ideen gemeinsam mit anderen und im Sinne des Gemeinwohls;
- in vielen Selbsthilfegruppen und -initiativen, sofern sie neben gegenseitiger Hilfe bei individuellen gesundheitlichen oder sozialen Problemen auch gezielt zur Veränderung der Strukturen sozialer Versorgung beitragen;
- im Aufgreifen neuer Formen von Gemeinschaft und Engagement zwischen Jung und Alt, zwischen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, bis hin zu gemeinschaftlich organisiertem „Handel“ mit Fähigkeiten und Zeit zum Wohl und Nutzen aller Beteiligten;

- in der Bereitschaft von Firmen und anderen Gewerbetreibenden, soziales und gesellschaftliches Engagement ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gezielt zu fördern und die Wertschöpfungskette ihrer Produkte und Leistungen unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und sozialen Verantwortung neu auszurichten (corporate social responsibility); und – insbesondere in den letzten Jahren –
- in den neuen Ansätzen sozialen Unternehmertums („social entrepreneurship“), durch das einerseits soziale und gesellschaftliche Herausforderungen unternehmerisch angegangen werden, aber auch immer mehr Unternehmer und Unternehmerinnen dazu anstiftet, als Geschäftsmodell ökonomischen Erfolg und gesellschaftlichen Nutzen miteinander zu verbinden.

Bürgerschaftliches Engagement heute beschränkt sich daher immer weniger auf die vielfältigen kreativen Initiativen gegenseitiger Unterstützung, sondern wird zunehmend mit der Vision einer Gesellschaft verbunden, in der alle Akteure Verantwortung für das soziale Gemeinwesen übernehmen. Die soziale Wertschöpfung bürgerschaftlichen Engagements wirkt sich zwar auch aus in einer tendenziellen Entlastung unseres Sozialstaats; viel mehr jedoch ist sie zu finden in den vielen neuen Ideen, die durch die soziale Fantasie der aktiven Bürger und Bürgerinnen unser Gemeinwesen bereichern. Bürgerschaftliches Engagement ist Empowerment im eigentlichen Sinne (vgl. Stark 1996), weil es persönliches und gemeinschaftliches Wachstum verbindet; es entdeckt und entwickelt die Stärken derer, die sich für das Gemeinwohl engagieren, als auch derer, die damit in sozialen, kulturellen, gesundheitlichen oder ökologischen Bereichen Unterstützung erfahren.

Die Investition in bürgerschaftliches Engagement zahlt sich aus

Dass bürgerschaftliches Engagement in seinen vielfältigen Formen nicht nur großen Nutzen für die zivilgesellschaftliche Entwicklung eines Landes birgt, sondern sich letztlich auch ökonomisch auszahlt, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Dennoch muss immer wieder darauf hingewiesen, dass sich freiwilliges Engagement von Bürgern und Bürgerinnen nur dann wirklich entfalten kann, wenn dieses auch entsprechend gefördert wird. Die Bereitschaft, sich für und mit Kindern und Jugendlichen, Älteren, kranken oder benachteiligten Menschen hinsichtlich sozialer Problemstellungen, (sozial)kultureller Projekte oder für die Umwelt zu engagieren, ist für eine Gesellschaft nicht zum Nulltarif zu haben.

Auch wenn für die engagierten Menschen der Lohn in Form von strahlenden Augen, gemeinsam erreichten Zielen oder verbesserter Lebensqualität vor Ort der eigentliche Nutzen ist: Freiwilliges Engagement, wenn es wirksam und für die beteiligten Menschen befriedigend sein soll, benötigt organisatorische Rahmenbedingungen (Räume, Versicherung) und Unterstützung der Helferinnen und Helfer (Weiterbildung, Supervision), die Förderung und Vernetzung von Engagement und

neuen Ideen und Unterstützung bei der Beziehungsgestaltung zwischen ehrenamtlich Engagierten und professionellen Kräften.

Damit Bürgerschaftliches Engagement zu einem entscheidenden Impuls für eine solidarische Gesellschaft wird, muss außerdem ein breites öffentliches Interesse und Bewusstsein dafür entstehen, und zwar vor allem

- bei den Jüngeren, die in die Gesellschaft hineinwachsen und diese mitgestalten wollen und sollen,
- bei Familienfrauen, die nach der Kinderphase in neue Aufgabenfelder streben,
- bei der wachsenden Zahl von Singles, die ein funktionierendes soziales Netz besonders schätzen und brauchen,
- bei Langzeitarbeitslosen, die nach ihrem Platz und ihrer Rolle in der Gesellschaft suchen, um sich nicht abgeschoben und überflüssig zu fühlen,
- bei den vielen so genannten "jungen Alten", die sich engagieren können und wollen,
- bei Menschen mit Migrationshintergrund, deren Integrationsfähigkeit in das soziale Umfeld durch Aktionen in der Gemeinschaft entscheidend gefördert wird.

Bürgerschaftliches Engagement braucht selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die wissen oder entdecken dürfen, wo ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten und die ihrer Nachbarn, Kollegen und Kolleginnen und Mitbürger und Mitbürgerinnen liegen. Verstreut bestehende und zufällig neu entstehende Initiativen systematisch zu fördern, dient dem Zusammenwachsen von Menschen und Gruppen, die auf den ersten Blick nicht viel Gemeinsames haben. Notwendig sind dazu Formen der Anerkennung und "Belohnung"; genau so wichtig sind aber konkrete Mitgestaltungsmöglichkeiten, Fortbildung und Beratung, Ermutigung und Anregung, gute Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlungserfolge.

Das öffentliche Interesse und Bewusstsein zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement wird jedoch entscheidend geprägt von den öffentlichen Institutionen und den Unternehmungen, deren Aufgabe es ist, attraktive Tätigkeitsfelder bürgerschaftlichen Engagements zu ermöglichen und zu entwickeln. Durch die Förderung von Freiwilligenagenturen, die Einrichtung von Stabstellen in den Kommunen, durch die Initiierung von Bürgerstiftungen und die Vernetzung lokaler und regionaler Initiativen entsteht eine **Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement**, die den Nährboden einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung darstellt und heute selbst-verständlicher Bestandteil sozial- und gesellschaftspolitischer Strategien sein sollte. Dies ist in Nordrhein-Westfalen – insbesondere auch durch die Tätigkeit des MGFFI – erfreulicherweise bereits in hohem Maße umgesetzt, benötigt aber immer noch und immer wieder nachhaltige und lernfähige

Strukturen, die auf zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen nicht nur reagieren, sondern diese auch proaktiv mitgestalten können.

Die Ergebnisse der hier vorliegenden Untersuchung sollen die eingeschlagene Strategie der Landesregierung stärken und Handlungsmöglichkeiten zur Entwicklung und Pflege einer nachhaltigen Infrastruktur zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements eröffnen und aufzeigen. Wenn aus dem Engagement Einzelner eine neue Alltagskultur erwachsen soll, dann geht es um mehr als eine rhetorische Figur des Sparens. Es geht um Investitionen in eine Kultur gegenseitiger Unterstützung und eine Neubestimmung des Selbstverständnisses professioneller, freiwilliger und unternehmerischer Tätigkeit. Dabei ist die ganze Gesellschaft gefordert.

Eine Studie wie diese kann nur durch das Zusammenwirken vieler Experten und Expertinnen aus Praxis und Forschung Ergebnisse bringen.

Daher bedanke ich mich - auch im Namen von Oliver Bluszczy und Martin Rüttgers – ganz herzlich bei den Engagementförderern vor Ort, die als Expertinnen und Experten auf die ihnen „zuge-
muteten“ umfangreichen Interviewfragen und Fragebögen der Delphi-Runden mit großer Kompetenz und Reflexionsbereitschaft antworteten und damit entscheidend zum Gelingen der Studie beitragen konnten. Zwei Unterstützer dieser Studie sollen namentlich genannt werden:

Dr. Stefan Neubert (Universität zu Köln) hat wichtige Impulse für die methodische Umsetzung gegeben; Halil Simsek hat als studentischer Mitarbeiter wesentlich dazu beigetragen, dass Organisation, Ablauf und Dokumentation der Studie reibungslos verliefen.

Für diese Unterstützung und für die kooperative Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen des MGFFI ganz herzlichen Dank.

Essen, im Juni 2008

Prof. Dr. Wolfgang Stark

| | |
|---|-----------|
| 0. Vorwort Wolfgang Stark | 2 |
| 1. Kurzfassung | 8 |
| 2. Entstehungskontext und Ziel der Studie | 11 |
| 3. Engagement fördernde Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen: Versuch einer Bestandsaufnahme | 13 |
| 3.1 Feldentwicklungen der Engagement fördernden Infrastruktur | 13 |
| 3.2 Wechselwirkungen zwischen „neuen“ und „alten“ Akteuren der Engagementförderung..... | 15 |
| 4. Methodisches Vorgehen | 18 |
| 4.1 Rahmen der Datengewinnung | 18 |
| 4.2 Die Delphi-Methode als zentrales Element der Datengewinnung..... | 19 |
| 4.3 Delphi-Design und Datengewinnung | 20 |
| 4.4 Datengewinnung im Überblick | 21 |
| 5. Ergebnisse Delphi 1: Interviews mit Expertinnen und Experten | 22 |
| 5.1 Kurzporträts der befragten Organisationen (Experteninterviews) | 22 |
| 5.2 Leitfaden für die Experteninterviews..... | 30 |
| 5.3 Analysekriterien für die Auswertung der Experteninterviews | 30 |
| 6. Ergebnisse Delphi 1: Interviewauswertung nach Analysekriterien | 31 |
| 6.1 Leistungen und Angebote der einzelnen Einrichtungen und Stellen..... | 31 |
| 6.2 Unterstützungsbedarfe (immateriell)..... | 34 |
| 6.3 Organisationen im Vergleich: Stärken, Schwächen und Profile..... | 35 |
| 6.4 Kommunale Engagementförderung | 37 |
| 6.5 Kooperationen, Netzwerke und Allianzen | 39 |
| 6.6 Qualitätsentwicklung und Professionalisierung | 42 |
| 6.7 Finanzierung und Ressourcen (materiell) | 43 |
| 6.8 Erfolgsfaktoren der Engagementförderung | 44 |
| 6.9 Entwicklungsperspektiven des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementförderung | 46 |
| 6.10 Rolle der Landesregierung bzw. des MGFFI | 49 |
| 7. Ergebnisse Delphi 2: Schriftliche Befragung von Expertinnen und Experten | 51 |
| 7.1 Themenbereich 1: Infrastruktureinrichtungen: Kompetenzen und Kooperationen ... | 51 |
| 7.2 Themenbereich 2: Ressourcen von Infrastruktureinrichtungen..... | 53 |

| | | |
|------------|---|-----------|
| 7.3 | Themenbereich 3: Netzwerkbildung..... | 56 |
| 7.4 | Themenbereich 4: Entwicklungsperspektiven der Engagementförderung | 58 |
| 7.5 | Themenbereich 5: Erwartungen an die Landesregierung / MGFFI..... | 61 |
| 7.6 | Themenbereich 6: Erfolgsbedingungen für die Engagementförderung | 66 |
| 7.7 | Themenbereich 7: Unterstützung | 67 |
| 7.8 | Zusammenfassung Delphi 2..... | 71 |
| 8. | Ergebnisse Delphi 3: Schriftliche Befragung von Expertinnen und Experten | 73 |
| 9. | Handlungsempfehlungen..... | 78 |
| 10. | Ausblick - Zukunftskonferenz zur Studie..... | 86 |
| 11. | O-Töne | 87 |
| 12. | Literatur und Weblinks | 90 |
| 13. | Anhang | 93 |
| | Delphi 1 Leitfaden für Interviews | 94 |
| | Delphi 2 Fragebogen / Thesen | 96 |
| | Delphi 3 Fragebogen / Handlungsempfehlungen / Thesen | 112 |
| | Landkarte der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen..... | 118 |
| | Bürgerstiftungen in Nordrhein-Westfalen | 119 |
| | Freiwilligenagenturen in Nordrhein-Westfalen | 126 |

Kurzfassung

Der Bedeutungszuwachs bürgerschaftlichen Engagements ging in den letzten Jahren mit einem regelrechten **Gründungsboom von Organisationen** einher, die mit differenzierten Angeboten freiwilliges Engagement vor Ort unterstützen. **In Nordrhein-Westfalen lässt sich die Dynamik dieser Organisationsentwicklung im Bereich infrastruktureller Engagementförderung besonders gut beobachten:** Kein anderes Bundesland verfügt über eine größere Dichte an Freiwilligenagenturen bzw. -zentren, Bürgerstiftungen, Netzwerken oder kommunalen Koordinierungsstellen, die mit spezifischem Profil das Engagement der Bürger-/innen fördern helfen.

Ziel der vorliegenden Studie ist es, neue Erkenntnisse zu Aufgabenprofilen, Leistungsspektren, Kooperationen, Konflikten und Unterstützungsbedarfen dieser sich zunehmend ausdifferenzierenden Infrastruktur zu gewinnen. In einer **Bestandsaufnahme** engagement-politischer Akteure und einer hierauf aufbauenden **Potenzialanalyse** zu deren Möglichkeiten, Grenzen und Entwicklungschancen konnten wir diesem Ziel näher kommen und für das Auftrag gebende Ministerium **Handlungsempfehlungen** zur Optimierung engagement-politischer Strategien und Förderinstrumente ableiten.

Um das Forschungsziel zu erreichen, wählten wir einen **Methodenmix** aus, der zum einen die Vielfalt der Infrastruktur und deren Expertinnen und Experten berücksichtigte, zum anderen deren Know-how und Feldkompetenz durch mehrstufige Befragungen systematisch aktivieren konnte. Mit Hilfe von 14 **Experteninterviews** wurde die empirische und analytische Grundlage für die Durchführung einer **Delphi-Befragung** gelegt, die als Ziel führend und fruchtbar gewertet werden kann: Die Expertinnen und Experten konnten zu den aus den Interviews gewonnenen Thesen Stellung beziehen und wurden durch das dreistufige Befragungsverfahren in die Lage versetzt, die eigenen Positionen zu reflektieren, zu konkretisieren bzw. zu bekräftigen.

Die am Forschungsprojekt mitwirkenden Expertinnen und Experten sprechen für Organisationen, die das Forschungsobjekt der Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen in ihrer Heterogenität angemessen repräsentieren. So befragten wir Vertreter/-innen von innovativ arbeitenden **Freiwilligenagenturen** (Centrum für bürgerschaftliches Engagement; Freiwilligenakademie OWL) ebenso wie **Dachorganisationen** dieses Infrastrukturtyps (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Nordrhein-Westfalen; Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband).

Ferner wurden **Support-Organisationen von Bürgerstiftungen** (Aktive Bürgerschaft; Initiative Bürgerstiftungen) konsultiert. **Netzwerke und Serviceorganisationen** der Engagementförderung

(BBE, Netzwerk Ruhrgebiet; Städte-Netzwerk Nordrhein-Westfalen, Stiftung Mitarbeit) konnten wertvolle Beiträge zu den Forschungsergebnissen liefern. Schließlich wirkten Mitarbeiter/innen kommunaler Verwaltungen von Städten mit (Arnsberg, Essen, Köln, Rheine), die mit ihren Koordinierungsstellen Wegweisende Schritte in Richtung „**Bürgerkommunen**“ gehen.

Die auf Basis der Experteninterviews durchgeführten Befragungen mit Hilfe der Delphi-Methode erlaubten uns, **Empfehlungen zur Stärkung einer zukunftsfähigen Infrastruktur der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen** zu generieren und zu formulieren, die als Quintessenz des methodisch aufwendigen, mehrstufigen Verfahrens der Expertenbefragung betrachtet werden können. Die Studie bietet in den Auswertungskapiteln der Delphirunden eingehende Analysen zu den Einschätzungen der Expertinnen und Experten, sowohl bezüglich einzelner zur Diskussion gestellter Thesen als auch zu den Handlungsempfehlungen, die wir nachfolgend dokumentieren:

- A) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte mit hoher Priorität eine abgestimmte Strategie zur Engagementpolitik entwickeln und veröffentlichen, die auf einer Bestandsanalyse der bisherigen Förderinstrumente und deren Wirksamkeit basiert.
- B) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte mit dem Bund und den Kommunen in einen Abstimmungs- und Verhandlungsprozess treten, um Möglichkeiten der zukünftigen Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen zu erörtern.
- C) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte die Aufklärungsarbeit im Bereich des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements weiter vorantreiben und die weitere Vernetzung zwischen Unternehmen und Einrichtungen der Engagementförderung fördern.
- D) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Personalentwicklung von Mitarbeiter/innen der Engagementförderung auch bei den „soft skills“ (Kommunikations- und Beratungsfähigkeiten, Konfliktfähigkeit usw.) anbieten bzw. fördern.
- E) Die Entwicklung eines bereichs- und sektorübergreifenden Landesnetzwerks zur Stärkung des Bürgerengagements in Nordrhein-Westfalen wird unter bestimmten Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Expertenhinweise (Erfolgsfaktoren) empfohlen.
- F) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte die Infrastruktureinrichtungen dabei unterstützen, ihr Binnenverhältnis zu reflektieren und produktive Kooperationen zur Stärkung des Engagements vor Ort zu entwickeln.
- G) Im Zuge der Strategieentwicklung sollte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Sondierung und Analyse von Zukunftsthemen und -herausforderungen verstärken, die das Bürgerengagement mittel- und langfristig beeinflussen (und umgekehrt), um in der Engagementpolitik nachhaltige Akzente zu setzen.

Ausblick: Als ersten Schritt nach Veröffentlichung der vorliegenden Studie empfehlen wir der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine **Zukunftskonferenz „Infrastruktur der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen“** zu veranstalten mit dem Ziel, die Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen mit den involvierten Expertinnen und Experten zu reflektieren und Umsetzungswege zu sondieren. Die durch die Expertinnen und Experten mündlich wie schriftlich artikulierten Statements belegen den hohen Bedarf nach einer direkten und dialogischen Auseinandersetzung zu den Forschungsergebnissen.

(Kommentierungen und Konkretisierungen siehe Kapitel 9, S.78ff.)

2. Entstehungskontext und Ziel der Studie

Bürgerschaftliches Engagement erfährt in Nordrhein-Westfalen eine stetig zunehmende Aufmerksamkeit in Gesellschaft und Politik. So attestiert z.B. der Freiwilligensurvey für das Bundesland eine Zunahme der Engagementbereitschaft der Bevölkerung bei gleich bleibend hoher Quote bürgerschaftlich engagierter Menschen¹. Zudem differenzieren sich die Organisationslandschaft und die Felder, in denen Engagement praktiziert wird, in hohem Maße aus, so dass in dieser Hinsicht von einer „neuen Unübersichtlichkeit“ gesprochen werden kann. Dieser Befund gilt insbesondere für den Bereich der Infrastruktureinrichtungen, die Bürgerengagement systematisch mit spezifischen Zielsetzungen vor Ort in den Kommunen fördern.

In Nordrhein-Westfalen lässt sich die Dynamik der Organisationsgründung und -entwicklung im Bereich infrastruktureller Engagementförderung besonders gut beobachten. In keinem anderen Bundesland gibt es eine größere Vielzahl und Dichte an jenen neuen Organisationstypen der Engagementförderung vor Ort². So verbreitet und scheinbar selbstverständlich Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, kommunale Stabsstellen und trägerübergreifende Netzwerke in Nordrhein-Westfalen ihre wichtige Arbeit leisten, so diffus ist jedoch der Forschungsstand zu den spezifischen Aufgabenprofilen, Leistungsspektren, Interaktionen und Kooperationen dieser Engagement fördernden Infrastruktur.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung und insbesondere das für Bürgerengagement federführende Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) will mit ressortspezifischen Instrumenten und Programmen die Rahmenbedingungen für die Engagierten verbessern. Die Landesregierung unterstützt und fördert bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement z.B. durch Informationsmöglichkeiten (www.engagiert-in-nrw.de), Beratungsangebote, Wettbewerbe, finanzielle Zuwendungen für Modellprojekte, Instrumente der Anerkennungskultur (Engagementnachweis „Füreinander. Miteinander - Engagiert im sozialen Ehrenamt“, Ehrenamtskarte) sowie Landesversicherungen für das Ehrenamt.

¹ Vgl. Gensicke et. al. (2005)

² Nach Informationen der lagfa (Quelle: www.lagfa-nrw.de) arbeiten in Nordrhein-Westfalen mit 77 Einrichtungen (Stand: 27.02.2008) mehr Freiwilligenagenturen als in den anderen Bundesländern. Bundesweit sind 244 Einrichtungen verzeichnet (Quelle: www.bagfa.de). Auch bei den Bürgerstiftungen verfügt Nordrhein-Westfalen mit 57 Einrichtungen dieses Stiftungstyps über das dichteste Netz in Deutschland (Quelle: www.aktive-buergerschaft.de). 35 hiervon verfügen über das Gütesiegel des AK Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (Quelle: www.die-deutschen-buergerstiftungen.de).

Die vorliegende Studie verfolgt diese Ziele:

- Bestandsaufnahme (Ist-Analyse) Engagement fördernder Akteure in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung neuer Organisationstypen der Engagementförderung (Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, kommunale Organisationseinheiten und trägerübergreifende Netzwerke);
- Potenzialanalyse zu den Möglichkeiten, Grenzen und Synergien dieser neuen Akteurstypen;
- Ableiten von Handlungsempfehlungen zur Optimierung engagementpolitischer Förderinstrumente staatlicher Institutionen in Nordrhein-Westfalen.

3. --- Engagement fördernde Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen: Versuch einer Bestandsaufnahme

--- 3.1. Feldentwicklung der Engagement fördernden Infrastruktur

Die diagnostizierte Vielfalt und Dichte an Infrastruktureinrichtungen zur Stärkung und Stabilisierung des Bürgerengagements mag auf den ersten Blick überraschen. Die Dynamik der Organisationsgründungen im Feld der Engagementförderung kann jedoch als Antwort weitsichtiger Verbände, bürgerorientierter Kommunen und einer selbstbewussten Bürgerschaft auf Modernisierungs- und Ausdifferenzierungsprozesse innerhalb der Gesellschaft begriffen werden. So wirken sich die seit Jahrzehnten beobachtbaren Individualisierungstendenzen auch auf das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern aus: Der „lebenslange Ehrenamtliche“ erscheint – in Analogie zum lebenslangen Vollzeit-Erwerbsarbeitsplatz – als ein Auslaufmodell aus der Blütezeit der Industrialisierung. Der in diesem Kontext beschriebene „**Strukturwandel des Ehrenamtes**“ führt seit Mitte der 1990-er Jahre zu einer Welle der Organisationsgründungen von Freiwilligenagenturen, -zentren oder -börsen: „Die Entstehung und der Gründungsboom von Freiwilligenagenturen u.ä. Organisationsformen steht in engem Zusammenhang mit den grundlegenden Veränderungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, die sich insbesondere am diagnostizierten „Strukturwandel des Ehrenamtes“ festmachen lassen.“³

Die in den nachfolgenden Kapiteln illustrierten Vermittlungs-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote der **Freiwilligenagenturen** trafen und treffen offenbar in einem Maße die Nachfrage sowohl von Einrichtungen als auch von engagementbereiten Ehrenamtlichen, dass die in der „Landkarte der Engagementförderung“⁴ visualisierte Zahl von 77 Freiwilligenagenturen erklärbar ist. Der Erfolg dieser Organisationsentwicklung ist ferner nicht denkbar ohne die aktive Mitwirkung einiger Wohlfahrtsverbände an jenem Modernisierungsprozess im Feld der Engagementförderung. So kann die Initiierung des „Modellverbundes der Freiwilligen-Zentren“ als Antwort des Deutschen Caritasverbands auf den skizzierten Strukturwandel begriffen werden. Der Sprecher des Verbundes wurde ebenso als Experte für das Forschungsprojekt gewonnen wie

³ Vgl. Enquete-Kommission (2002), S. 309.

⁴ s. Anhang S. 118

die federführenden Personen der Arbeiterwohlfahrt in Ostwestfalen-Lippe, die mit der „Freiwilligenakademie OWL“ Maßstäbe verbandlicher Engagementförderung setzen.

Während der Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages die Infrastruktureinrichtungen differenziert nach Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros⁵, nimmt die vorliegende Studie, Freiwilligenagenturen und drei weitere Organisationstypen in den Blick, die erst in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Engagementförderung gerückt sind: Bürgerstiftungen, trägerübergreifende Netzwerke sowie kommunale (Stabs-)Stellen. Ein weiterer Erklärungsansatz kann neben dem „Strukturwandel des Ehrenamtes“ herangezogen werden, um das Phänomen der beachtlichen Ausbreitung dieser Organisationstypen verstehen zu können. So bietet das Leitbild einer **neuen Verantwortungsteilung zwischen den Sektoren Wirtschaft, Staat/ Kommune und Zivilgesellschaft** vielfältige Bezüge zur Konstituierung von Bürgerstiftungen, trägerübergreifenden Netzwerken sowie kommunalen (Stabs-)Stellen. Als „Stiftungen von Bürgern für Bürger“ sind Bürgerstiftungen auch eine Antwort engagierter Citoyens auf die Krisen und Grenzen staatlicher wie wirtschaftlicher Steuerungsfähigkeit. Gründerinnen und Gründer von Bürgerstiftungen sehen dementsprechend deren Angebote nicht als Lückenbüßer wegfallender kommunaler Leistungen, sondern als Beitrag einer selbstbewussten und unabhängigen Bürgerschaft zur Lösung komplexer gesellschaftlicher Probleme. Hierbei fungieren sie oftmals als Katalysatoren, Moderatoren oder Impulsgeber zur Initiierung von Projekten und Netzwerken⁶, die eine neue Verantwortungsteilung und neue Kooperationen zwischen den gesellschaftlichen Teilsektoren zum Ziel haben. Auf die Frage, warum Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit der größten Anzahl und Dichte an Bürgerstiftungen ist, kann die Studie allerdings keine Antwort jenseits von Spekulationen liefern. Dies müsste mit spezifischen Fragestellungen separat untersucht werden.

Die Funktionen von **intermediärer Vermittlung und Netzwerkbildung zur Stärkung einer engagementförderlichen Verantwortungsteilung** lassen sich auch für die (untersuchten) trägerübergreifenden Netzwerke sowie kommunalen (Stabs-)Stellen nachweisen. Die vier am Forschungsprojekt teilnehmenden Städte (Kurzporträts siehe Kapitel 5.1) leisten dies in hervorragender Weise. Von den 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben inzwischen diverse Städte und Gemeinden derartige Knoten- und Lotsenpunkte des Bürgerengagements vor Ort eingerichtet, um das seit den 1990er Jahren in einschlägigen Projekten und Netzwerken⁷ thematisierte **Leitbild**

⁵ Vgl. Enquete-Kommission (2002), S. 298 ff.

⁶ Vgl. StiftungsReport 2007, S. 53 f.

⁷ Vgl. z.B. Civitas-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen (www.buergerorientierte-kommune.de) sowie die Erörterungen des Leitbilds in der AG 4 „Perspektiven der lokalen Bürger/innengesellschaft“ des BBE (www.b-b-e.de).

„Bürgerkommune“ Schritt für Schritt zu realisieren. Unsere „Landkarte des Bürgerengagements“ visualisiert daher ebenfalls die von uns recherchierbaren kommunalen Stellen.

Netzwerke als bereichs- und sektorübergreifende Instrumente strategischer Engagementförderung geraten in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Fachöffentlichkeit. Theoretisch-konzeptionell wird Netzwerken in der Forschungsdebatte eine wichtige Rolle bei der Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft zugeschrieben. Netzwerke gelten als eine spezifische Form der Handlungskoordination und Steuerung in komplexen Akteurskonstellationen, denen zumindest konzeptionell zugeschrieben wird, innovative Wege der Kooperation zwischen Staat, Markt und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu ermöglichen. Auch zu diesem Infrastrukturtyp versucht die Studie, Einschätzungen zum Ist-Stand und zu den Zukunftsherausforderungen von Netzwerkpraktikern (BBE, Netzwerk Ruhrgebiet, Städte-Netzwerk NRW) zu sondieren und zu verifizieren.

3.2 Wechselwirkungen zwischen „neuen“ und „alten“ Akteuren der Engagementförderung

Die Reflexion der Feldentwicklung der Engagement fördernden Infrastruktur wirft Fragen der Wechselwirkungen zwischen neuen und alten Akteuren der Engagementförderung auf: In welchem Verhältnis stehen etwa Wohlfahrtsverbände zu den in den letzten Jahren entstandenen Organisationstypen wie Freiwilligenagenturen und trägerübergreifenden Netzwerken? Überwiegen positive Synergien oder eher konkurenzielle Relationen?

Im Rahmen der Experteninterviews (siehe Kapitel 5) konnten derartige Fragestellungen nicht vertiefend erörtert oder gar beantwortet werden, da entsprechende Nachfragen - wenn überhaupt - mit dem Hinweis beantwortet wurden, dass es sich bei der Differenzierung in „neue“ und „alte“ Akteure tendenziell um eine forschungskonzeptionelle Konstruktion handeln würde, die in der Praxis irrelevant und irreführend sei.

Dass Wechselwirkungen zumindest zwischen großen Sozialverbänden und dem für letztere konstitutiven bürgerschaftlichen Engagement existieren und mitunter als spannungsreich eingeschätzt werden, belegen gleichwohl zeithistorische wie zeitdiagnostische Betrachtungen der bundesdeutschen Wohlfahrtsverbände. So widmet etwa der Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ den wechselhaften Korrelationen zwischen den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und dem dort vorfindbaren freiwilligen Engagement ein

ganzes Kapitel.⁸ Im Rückblick auf die bundesdeutsche Nachkriegszeit lassen sich gesellschaftliche und ökonomische Tendenzen in ihren Auswirkungen auf die Wohlfahrtsverbände nachvollziehen, die verdeutlichen, welchen Spagat viele der „alten“ Ehrenamtsförderer ausüben müssen, um eine zeitgemäße und moderne Engagementförderung zu gewährleisten.

In der Phase expandierender Sozialstaatlichkeit der 1960er und 1970er Jahre wurde die freie Wohlfahrtspflege konfrontiert mit der zunehmenden Übertragung öffentlicher Aufgaben und den hiermit einhergehenden bürokratischen Regulierungen, die zu einem starken Professionalisierungsschub in den Verbänden führten. Der Spagat zwischen sozialem Ehrenamt (in Zeiten der allmählichen Erosion konfessioneller und nicht-konfessioneller Milieus) und den Anforderungen einer professionellen, hauptamtlich zu organisierenden Aufgabenerledigung stellte die Wohlfahrtsverbände vor große Herausforderungen. Die Fachdebatte führt hierzu das Begriffspaar „Zentrum“ und „Peripherie“ ein, das das Verhältnis von Verbändewohlfahrt und bürgerschaftlichem Engagement illustrieren soll: Ehrenamt finde demnach in erster Linie in Nischen von Vereinen, Projekten und Initiativen seinen peripheren Platz, während das verbands-strategische Zentrum mit seinen Fachdiensten und öffentlichen Einrichtungen Domäne des Hauptamtes geworden sei.⁹

Dieser Modernisierungsdruck wurde zudem in den 1990er Jahren noch verstärkt: „Diese zentrifugale Entwicklung, dieser immer schwieriger zu bewerkstellende Spagat zwischen „Zweckverband“ und „Idealverein“, zwischen „Dienstleister“ und „Sozialbewegung“ ist durch die weit reichenden Tendenzen einer „Ökonomisierung“ des sozialen Dienstleistungssektors in der 1990er Jahren erheblich verstärkt worden. Ebenso wie die öffentlichen Sozialverwaltungen sind auch die Wohlfahrtsverbände in den Sog des „New-Public-Managements“ und des deutschen „Neuen Steuerungsmodells“ geraten. Im Zuge dieser Entwicklung, innerhalb derer Elemente von Markt und Wettbewerb auch in den sozialen Dienstleistungssektor eingeführt worden sind, werden die Beziehungen zwischen öffentlichen und freien Trägern der Wohlfahrtspflege von Wirtschaftlichkeitsmaximen gesteuert und geben damit weitere Anreize dafür, die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege von Wertgemeinschaften zu Wirtschaftsunternehmen im Sozialbereich umzuformen.“¹⁰

Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die sich diesen Herausforderungen stellen, um den skizzierten Entwicklungen „zum Trotz“ eine zeitgemäße Förderung von Ehrenamt und freiwilligem Engagement zu praktizieren, haben die Transformation vom „alten“ hin zum „neuen“ Akteur der Engagementförderung erfolgreich in die Wege geleitet.

⁸ Vgl. Enquete-Kommission (2002), S. 564-577.

⁹ Vgl. ebd., S. 569.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 570.

Diese Grundaussage lässt sich generalisieren für die weiteren traditionellen Förderinstitutionen wie insbesondere Kommunen (Stichwort: Transformation von der hoheitlichen über die Dienstleistungs- bis hin zur „Bürgerkommune“), aber auch Sportvereine, Bürgervereinigungen, Kirchengemeinden und Freiwillige Feuerwehr: Gerade in Zeiten abnehmender Milieubindung, von Kirchenaustritten und Sparhaushalten ist die intelligente Einbeziehung der aktiven (und aktivierbaren) Bürgerschaft Erfolgsbedingung für die Vitalität und die Fortexistenz von Organisationen oder Institutionen. Unter dem Aspekt der Organisationsentwicklung geht es im Kern darum, in den sozialen Institutionen – vom Kindergarten bis hin zu Pflegeeinrichtungen – zivilgesellschaftliche Leitbilder und Organisationskulturen zu entwickeln und umzusetzen, die Gestaltungsspielräume für Ehrenamtliche einschließlich einer differenzierten Anerkennungskultur hervorbringen.¹¹

Der Verbund der Freiwilligenzentren ist hierbei nur ein Beispiel, wie es Verbänden gelingen kann, sich durch neue Konzepte und Organisationsformen zu modernisieren, um dem Strukturwandel des Ehrenamtes offensiv zu begegnen. Die Einstellungen von bezahlten „Freiwilligenmanagern“ in zahlreichen Gliederungen der Wohlfahrtsverbände sind weitere Bausteine zur Verbesserung der Interaktion von hauptamtlich Beschäftigten und freiwillig Engagierten.

Im Lichte dieser hier lediglich angedeuteten Transformations- und Organisationsentwicklungsprozesse traditionsreicher (Wohlfahrts-)Verbände empfiehlt es sich, ggf. vorfindbare Wechselwirkungen zwischen „neuen“ und „alten“ Akteuren der Engagementförderung in einer separaten Studie systematisch zu untersuchen. Hierbei können z.B. folgende Untersuchungsebenen eingehender analysiert werden, die in der aktuellen Fachdebatte sowie in der Praxis der Engagement fördernden Infrastruktur eine zunehmend wichtige Rolle spielen:

- Öffnung von Einrichtungen und sozialen Diensten für ehrenamtliche Aktivitäten (Kindergarten, Schulen, Krankenhäuser, Pflegestationen etc.).
- Hiermit zusammenhängend: Verbandliche Organisationsentwicklung zur stärkeren Einbeziehung ehrenamtlichen Engagements.
- Aufbau neuer Partnerschaften zwischen Wohlfahrtsverbänden, Freiwilligenagenturen, Unternehmen und Staat/Kommune zur Stärkung des Gemeinwesens.
- Rolle von Wohlfahrtsverbänden in trägerübergreifenden Netzwerken der Engagementförderung (z.B. mit Blick auf die Arbeit im BBE oder in Landesnetzwerken der Engagementförderung).

¹¹ Vgl. Schmidt (2006)

4. --- Methodisches Vorgehen

--- 4.1 Rahmen der Datengewinnung

Im Zeitraum 7. Mai bis 19. Juli 2007 haben wir 14 Interviews mit 20 Expertinnen und Experten aus Kommunen, Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Netzwerken und Support-Organisationen führen können. Die Experteninterviews dienten als wichtige empirische Grundlage für die im Rahmen der Delphi-Methode gewonnenen Thesen und Empfehlungen zu Perspektiven der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen.

Zur Entwicklung des im Anhang dokumentierten Interviewleitfadens analysierten wir die einschlägige Fachliteratur, generierten relevante (d.h. den Zielsetzungen der Studie angepasste) Fragestellungen und ergänzten diese mit aktuellen Erkenntnissen, die sich aus Primärquellen sowie Internetrecherchen der zu untersuchenden Engagement fördernden Organisationen gewinnen ließen.

Differenziert wurde der Leitfaden nach Fragen zur Ist-Analyse und nach Fragen zur Potenzialanalyse Engagement fördernder Infrastruktur. Als Maximalversion unseres Forschungsinteresses sendeten wir den 26 Fragen umfassenden Interviewleitfaden im Vorfeld an die ausgewählten Interviewpartnerinnen und Interviewpartner. Der Leitfaden diente der Orientierung und Vorbereitung auf das Interview. Detailfragen zu den spezifischen Aspekten von Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, kommunalen Stabsstellen oder trägerübergreifenden Netzwerken wurden entsprechend der unterschiedlichen Erfahrungen und Aufgaben unserer Interviewpartnerinnen und Interviewpartner erörtert. Die Interviewdauer variierte von 45 Minuten (Minimum) bis zu maximal 90 Minuten.

Im Rahmen der Studie soll eine Einschätzung dessen vorgestellt werden, wie sich Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen in Zukunft entwickeln wird und welche Aspekte an Bedeutung gewinnen oder auch verlieren werden. Um auf diesem sehr spezifischen Gebiet eine Vorausschau leisten zu können, ist das Wissen und Know-how von Expertinnen und Experten, die sich in diesem Feld bewegen, eine nützliche und hilfreiche Quelle. Um diese Daten- und Informationsquelle systematisch und Ziel führend zu erschließen, ist für dieses Vorhaben das Verfahren der sog. Delphi-Befragung bzw. die Delphi-Methode¹² zum Einsatz gekommen. Zum einen bot sich diese Methode aus Gründen der hier zugrunde liegenden Aufgabenstellung an,

¹² Vgl. Häder (2002)

zum anderen konnte auf eine entsprechende Anzahl von Fachleuten zurückgegriffen werden, die bereit waren an dem im Folgenden umrissenen Erhebungsverfahren teilzunehmen. Eine weitere Voraussetzung, nämlich die forschungsmethodischen Kenntnisse und das damit verbundene Know-how, sind durch die Expertise des Labors für Organisationsentwicklung der Universität Duisburg-Essen und die Erfahrungen des Leiters Prof. Dr. Wolfgang Stark mit der Durchführung von Delphi-Befragungen gegeben.

4.2 Die Delphi-Methode als zentrales Element der Datengewinnung

Namensgeberin für die von der RAND Corporation und Oscar Helmer im Jahr 1963 entwickelte Methode war ist das bekannte Orakel von Delphi. Dabei handelt es sich bei dem heutigen „Delphi“ um ein mehrstufiges Befragungsverfahren, welches dazu dient, zukünftige Ereignisse bzw. Entwicklungen sowie Trends möglichst genau einschätzen zu können und diese Einschätzungen beispielsweise als Entscheidungshilfe oder Handlungsempfehlung zu nutzen. An den Delphi-Befragungen nehmen ausgesuchte Expertinnen und Experten eines speziellen Themenfeldes teil. Nach dem „Delphi-Effekt“, der von Eric S. Raymond beschrieben wurde, ergibt sich aus der gemittelten Meinung einer Masse von gleich bzw. ähnlich kompetenten Beobachtern (damit sind die Experten gemeint), eine zuverlässigere Vorhersage, Prognose und Trend, als die eines einzelnen, willkürlich ausgewählten Beobachters bzw. Experten. In der Literatur findet sich eine relativ große Anzahl von Einsatzmöglichkeiten sowie Varianten und Typen des Delphi-Verfahrens.¹³

Die im Weiteren dargestellte Vorgehensweise kommt den von Häder beschriebenen Typen 1 und 3 nahe.¹⁴ Entscheidend bei der Konzeptionierung einer Delphi-Befragung ist die Berücksichtigung der klassischen Wesenselemente des Delphis, wie sie u.a. von Linstone und Turoff 1975 beschrieben wurden:

- Verwendung eines formalisierten Fragebogens
- Befragung von Experten
- Ermittlung einer Gruppenantwort
- Information der Teilnehmer über diese Gruppenantwort (Feedback)
- (Mehrfache) Wiederholung der Befragung nach beschriebenem Vorgehen.¹⁵

¹³ Vgl. ebd., S. 24-27

¹⁴ Vgl. ebd., S. 32-33

¹⁵ Vgl. ebd., S. 25

4.3 Delphi-Design und Datengewinnung

Um das Feld der Engagement fördernden Strukturen in Nordrhein-Westfalen zu erschließen (Feldphase), wurde zunächst auf Recherchen und die eigene Feldkompetenz zurückgegriffen. Dabei sind die Informationsunterlagen und Webauftritte einer Vielzahl von Engagement fördernden Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen gesichtet worden, wobei insbesondere Aufgabenstellung und Ziele wie auch Struktur, Personalausstattung und Finanzierung fokussiert wurden. Zur Orientierung in diesem Feld dienten ferner die aktuell diskutierten Themen auf Veranstaltungen wie Tagungen und Kongressen. Auf dieser Datengrundlage wurden zu Beginn der Befragung Themencluster mit möglichen, für die Durchführung der Studie relevanten, inhaltlichen Schwerpunkten gebildet. Diese Cluster dienten in Folge zur Formulierung eines Interviewleitfadens, der die relevanten Schwerpunktbereiche abdeckte. Vor dem Einsatz des Interviewleitfadens wurde dieser einem Pre-Test und einer Expertenbegutachtung unterzogen.

Aufgrund der entsprechend guten Datenlage zur Vorstrukturierung der geplanten Delphi-Befragung wurde die erste Befragungsrunde - geführt wurden 14 qualitative Interviews - als erste von drei Delphi-Runden durchgeführt. Die Interviews wurden aufgezeichnet und anonymisiert verschriftlicht. Die Ergebnisse der Analyse des Datenmaterials mittels Techniken aus dem Methodenrepertoire der Grounded-Theory¹⁶ bildete die Grundlage für die zweite Delphi-Befragungsrunde. Diese zweite Runde wurde einige Wochen später mit 15 Expertinnen und Experten durchgeführt, wobei der Kreis der Befragten gegenüber den Teilnehmern aus der ersten Befragungsrunde teilweise variiert wurde. Diese Befragung erfolgte schriftlich über den postalischen Weg. Die Befragten konnten zu sieben Themenblöcken Einschätzungen abgeben, die durch Thesen, welche die Ergebnisse der Experteninterviews plakativ widerspiegeln, eingeleitet wurden. Hilfestellung zur Bearbeitung boten konkrete Fragestellungen bzw. Aussagen, die von einer standardisierten Auswahl von Einschätzungstendenzen flankiert wurden.

Die Analyseergebnisse bildeten die Grundlage zur Generierung weiterer z.T. übergreifender Thesen und Fragestellungen. Fünf Themenblöcke bildeten die dritte Delphi-Runde, in denen jeweils zu Beginn einleitend die Ergebnisse der vorherigen Delphi-Runde thesenhaft skizziert und von offenen Fragestellungen flankiert wurden. Zusätzlich wurde in dieser letzten Delphi-Runde ein standardisierter Befragungsbogen eingesetzt, bei dem konkrete Ergebnisse, abgeleitet aus den Daten der ersten beiden Delphi-Runden, als Empfehlungen formuliert, den Befragten zur Einschätzung vorgelegt wurden. Mit diesem Instrument sollten bereits verdichtete Teilergebnisse mit Hilfe der Experteneinschätzungen verifiziert werden.

¹⁶ Vgl. Strauss/Corbin (1996)

4.4 Datengewinnung im Überblick

| Phase | Instrumente/ Methoden/ Vorgehen | Daten | Analyse, Auswertung |
|-------------------------------|--|---|---|
| Vorarbeiten, Felderkundung | Recherchen, Textanalyse, Vorgespräche | Informationsbroschüren, Web-Auftritte, Fachliteratur | Bildung von Themenclustern und Analysekriterien für die Interviews |
| Delphi 1 | Interviewleitfaden, qualitative Interviews | Tonbandaufzeichnungen transkribierte Interviews | Konzeptualisierung mittels Analysekriterien, Generierung neuer Thesen |
| Delphi 2 | Delphi- Befragungsbogen, qualitativ, teilstandardisiert bzw. multiple choice | schriftliche Antworten/ Einschätzungen der befragten Experten | Zusammenfassung, Affirmation, Generierung neuer Thesen |
| Delphi 3 | Delphi- Befragungsbogen, qualitativ + Befragungsbogen standardisiert bzw. multiple choice | schriftliche Antworten/ Einschätzungen der befragten Experten | Zusammenfassung, Interpretation => Empfehlungen |

Im Rahmen der dritten Delphi-Runde wurde den teilnehmenden Expertinnen und Experten zusätzlich die Möglichkeit eröffnet eine kurze Stellungnahme zu der Frage „Wie sehen Sie die Zukunft der Engagement fördernden Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen?“ abzugeben. Die so entstandenen Statements werden in Kapitel 10 (S. 98) der hier vorgelegten Studie im Original wiedergegeben und dienen der Anreicherung des ausgewerteten Datenmaterials. Des Weiteren bilden sie das z.T. durchaus unterschiedliche Spektrum der Perspektiven und Sichtweisen ab. Sie flankieren und pointieren das hier dargelegte Ergebnis.

5. _____

Delphi 1: Interviews mit Expertinnen und Experten

_____ **5.1 Kurzporträts der befragten Organisationen**

Die Expertinnen- und Experteninterviews dienten als wichtige empirische Grundlage für die im Rahmen der Delphi-Methode gewonnenen Thesen und Empfehlungen zu Perspektiven der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen. Entsprechend sorgfältig wurden im Vorfeld (mit Blick auf das Erkenntnisinteresse und die Ziele der Studie) relevante Interviewpartnerinnen und Interviewpartner ausgewählt, die in leitenden oder koordinierenden Funktionen von Engagement fördernden Organisationen bzw. Kommunen tätig sind. Deren Interesse zur Mitwirkung am Forschungsprojekt war sehr groß. Diese hohe Mitwirkungsbereitschaft zog sich durch die weiteren Phasen der Delphi-Befragung.

Zur besseren Übersicht wird im Folgenden eine Auflistung gegeben, mit welchen Organisationen und Personen Interviews durchgeführt wurden und welche Kernaufgaben und Ziele diese im Rahmen der Engagementförderung verfolgen.

Aktive Bürgerschaft ist ein bundesweit tätiges Kompetenzzentrum für die Theorie und Praxis der Bürgergesellschaft. Arbeitsschwerpunkte des Vereins sind Bürgerstiftungen, Corporate Citizenship, Dritter-Sektor-Forschung und Non-Profit-Management. Finanziert wird diese nach eigener Definition „gesellschaftliche Plattform für ein zeitgemäßes Bürgerengagement“ durch den genossenschaftlichen Finanzverbund unter der Schirmherrschaft des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. **Dr. Stefan Nährlich** ist als Geschäftsführer von Aktive Bürgerschaft e.V. ein ausgewiesener Kenner von Theorie und Praxis der Bürgerstiftungen in Deutschland.

**Aktive
Bürgerschaft e.V**

Weiterführende Informationen:

www.aktive-buergerschaft.de

Am 5. Juni 2002 durch 31 Organisationen gegründet, arbeiten im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) inzwischen mehr als 200 Mitglieder aus den Sektoren Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft zusammen. In den Mitgliedsorganisationen des BBE sind viele Millionen Menschen organisiert. Übergeordnetes Ziel des BBE ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen. Das Netzwerk sieht seinen Auftrag darin, Impulse zur Engagementförderung in der Praxis von Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft sowie in der Politik zu setzen. Engagementförderung begreift das BBE als eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die sich nicht auf einzelne Engagementfelder beschränkt, sondern sämtliche Gesellschafts- und Politikbereiche umfasst. **Dr. Ansgar Klein** verfügt als Geschäftsführer des BBE über detaillierte Kenntnisse engagementpolitischer Akteure und deren Infrastruktureinrichtungen.

Weiterführende Informationen:

www.b-b-e.de

**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**

Das Centrum für bürgerschaftliches Engagement e.V. (CBE) ist als lokale Freiwilligenagentur zentraler Ansprechpartner zu allen Fragen bürgerschaftlichen Engagements in Mülheim/Ruhr. Seine Arbeit basiert auf drei Säulen: der Vermittlung von Freiwilligen als Kerngeschäft, der Entwicklung von (zielgruppenspezifischen) Projekten sowie des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen. Das 3-Säulen-Konzept des CBE spiegelt sich auch in der Breite seiner Mitgliederstruktur: Neben Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen sind Unternehmen sowie die Stadt Mülheim in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt. **Andrea Hankeln** ist Geschäftsführerin des CBE und Mitinitiatorin innovativer Projekte wie der „Freiwilligenkarte“.

Weiterführende Informationen:

www.cbe-mh.de

**Centrum für
bürgerschaftliches
Engagement e.V.**

Die Freiwilligenakademie OWL bietet und entwickelt Freiwilligenprojekte und -tätigkeiten in Ostwestfalen-Lippe. Zudem versteht sie ihre Angebote als Möglichkeit zum Einmischen und als Lobby für das Soziale. Hierzu hat die Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen-Lippe e.V. als Trägerin der Freiwilligenakademie z.B. das Projekt „Kinderlobby OWL“ initiiert, das engagierte Erwachsene anspricht, sich für die Interessen von Mädchen und Jungen einzusetzen, um Zukunftschancen von Kindern zu fördern und mit ihnen Freizeit zu gestalten. **Gabriele Stillger** skizzierte als Geschäftsführerin das Innovationspotenzial der Freiwilligenakademie OWL. **Wolfgang Stadler**, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen-Lippe, erläuterte als Vorsitzender des Arbeitsausschusses „Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW (www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de) wichtige Aspekte zur Engagementförderung aus Sicht der Wohlfahrtsverbände.

Weiterführende Informationen:

www.freiwillige-owl.de

**Freiwilligenakademie
Ostwestfalen-Lippe
OWL**

Die Initiative Bürgerstiftungen (IBS) versteht sich als unabhängige und zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen in Deutschland. Sie berät und koordiniert die Arbeit des Arbeitskreises Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen. Schwerpunkte der IBS-Arbeit sind die Vernetzung der Bürgerstiftungen untereinander, die Professionalisierung der bestehenden Bürgerstiftungen sowie die Verbreitung der Idee der Bürgerstiftung. **Dr. Elisabeth Nilkens** ist als Vorstandsvorsitzende der Hertener Bürgerstiftung zugleich die Regionalkuratorin der IBS für das südliche Nordrhein-Westfalen.

Weiterführende Informationen:

www.die-deutschen-buengerstiftungen.de

www.hertenerbuengerstiftung.de

**Initiative
Bürgerstiftungen**

Die lagfa NRW ist ein verbandsübergreifendes Fachforum für Freiwilligenarbeit, in der Freiwilligenagenturen, -zentren und -börsen mit ihrer vielfältigen Träger- und Organisationsstruktur vertreten sind. Ihre Wertorientierung zielt auf die Stärkung und Entwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft im Sinne einer mündigen und partizipativ eingebundenen Bürgerschaft. Die lagfa NRW setzt sich für die Förderung der Rahmenbedingungen und die Entwicklung von Qualitätsstandards für Freiwilligenagenturen in Nordrhein-Westfalen ein.

Mit **Ulrike Reddemann** (Sprecherin) und **Nicole Lau** (stellvertretende Sprecherin) wurde über Praxis und aktuelle Herausforderungen von Freiwilligenagenturen gesprochen. Beide sind in leitender Funktion in Recklinghausen (Netzwerk Bürgerengagement) und Münster (Freiwilligenagentur) aktiv in der Engagementförderung vor Ort.

Weiterführende Informationen:

www.lagfa-nrw.de

**Landesarbeits-
gemeinschaft der
Freiwilligenagenturen
in Nordrhein-Westfalen
lagfa NRW**

Das Netzwerk Ruhrgebiet ist eine Plattform für den überregionalen Erfahrungsaustausch von kommunalen Stellen, Freiwilligenzentralen und ehrenamtlichen Initiativen im Ruhrgebiet. Es setzt sich dafür ein, dass der Aufbau Engagement unterstützender Strukturen weiter vorangetrieben wird. Mit der Organisation des „Ruhrdax“ konnte das Netzwerk ein innovatives Instrument für Corporate Citizenship implementieren. Auf der Engagementbörse werden nicht im eigentlichen Sinn Waren gehandelt, sondern Partnerschaften zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen aufgebaut, konkrete Projekte verabredet und Ideen gemeinsam verwirklicht. **Dr. Jörg Ernst** ist als Leiter der Servicestelle des Netzwerks Ruhrgebiet Ansprechpartner zu Fragen interkommunaler Vernetzung und Projektentwicklung.

Weiterführende Informationen:

www.be-ruhrgebiet.de

**Netzwerk
Ruhrgebiet**

Die Engagementförderung der Stadt Arnsberg setzt seit einigen Jahren Akzente durch Projektentwicklung und Netzwerkbildung. So hat die Kommune ein Leitbild zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements und ein Konzept für die „Arnsberger Allianzen“ erarbeitet. Diese sind als Plattform zur Projektentwicklung sowie als Forum des Erfahrungsaustauschs verschiedener Akteure konzipiert. Ein Schwerpunkt der Projektarbeit liegt in Arnsberg in der Qualifizierung älterer Menschen im Rahmen des Bundesprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen“. **Petra Vorwerk-Rosendahl** bündelt als Leiterin der Stabsstelle die zahlreichen Projekte der Engagementförderung in Arnsberg.

Stadt Arnsberg

Weiterführende Informationen:

www.arnsberg.de

Die Ruhrgebietsmetropole ist 1999 von der Bertelsmann Stiftung durch einen Wettbewerb zu einer der führenden bürgerorientierten Kommunen Deutschlands ausgewählt worden. Seitdem konnten diverse Akzente zur Engagementförderung in Essen gesetzt werden, insbesondere in den Bereichen Stadtteilentwicklung, Corporate Citizenship und Bürgerbeteiligung. **Monika Hanisch** ist Mitarbeiterin der Kommune im Büro Stadtentwicklung und „Civitas-Botschafterin“ (Netzwerk von Bürgerkommunen).

Stadt Essen

Weiterführende Informationen:

www.essen.de

www.buergerorientierte-kommune.de

www.soziale-stadt.nrw.de

Die Stadt Köln hat mit der Kommunalstelle zur Anerkennung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements (FABE) einen Knotenpunkt der lokalen Engagementförderung geschaffen. Politik, Verwaltung, Organisationen und Bürgerschaft sollen hier, so der Anspruch, in allen Belangen des Ehrenamtes miteinander verzahnt werden. Umgesetzt wird dies z.B. durch die Koordination des „Kölner Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement“, in dem nach dem Vorbild des BBE wichtige Akteure der „Engagementszene“ Kölns zusammenarbeiten mit dem

Stadt Köln

Ziel, freiwilliges Engagement in Organisationen und Unternehmen sowie die kommunale Bürgerbeteiligung (z.B. „Kölner Bürgerhaushalt“) zu stärken. **Susanne Kunert** als Leiterin der FABE und **Ulrike Han** als Mitarbeiterin standen für Auskünfte zu den Spezifika der Engagementförderung in der größten Stadt des Bundeslandes zur Verfügung.

Weiterführende Informationen:

www.stadt-koeln.de

www.engagiert-in-koeln.de

Die Stadt Rheine verfolgt mit ihrer Engagementpolitik eine Strategie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements, die zum einen vergleichbare Merkmale zu anderen „Bürgerkommunen“ aufweist, zum anderen aber eigene innovative Akzente setzt. Der selbst formulierte Anspruch der Stabsstelle Bürgerengagement, „trägerübergreifende Kontakt-, Beratungs- und Förderstelle für alle Generationen, Vereine, Einrichtungen, Verbände, Initiativen und Unternehmen in der Stadt“ zu sein, wird Schritt für Schritt mit innovativen Projekten realisiert. So schlägt Rheine z.B. mit dem Stadtteilwettbewerb „Gemeinsam Zukunft gestalten“ einen konsequenten Weg sozialräumlicher Vernetzung ein. Mit dem Wettbewerb wurden Projekte angeregt und z.T. prämiert, die in Gemeinschaftsarbeit z.B. von Vereinen und Schulen, Kindergärten und Unternehmen oder Stadtteilbeiräten und Nachbarschaftsinitiativen durchgeführt werden und die zur Bereicherung des Miteinanders im Stadtteil beitragen. **Wibke Gehrke** und **Siegmar Schridde** erläuterten als Koordinatoren der Stabsstelle die Besonderheiten der Engagementförderung in der Kleinstadt im nördlichen Nordrhein-Westfalen.

Stadt Rheine

Weiterführende Informationen:

www.rheine.de

Als Dienstleistungsagentur von Kommunen für Kommunen unterstützt das Städte-Netzwerk NRW (Unna) Städte und Gemeinden auf vielfältige Weise bei der Weiterentwicklung ihrer öffentlichen Einrichtungen. Es organisiert den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen, berät und begleitet sie, organisiert Fortbildungen und würdigt mittels des „Robert-Jungk-Preises“ innovative Zukunftsprojekte. Ein Schwerpunkt seiner Serviceleistungen liegt darin, die neuartige Organisationsform Bürgerstiftung als Trägermodell für öffentliche Infrastruktureinrichtungen (Kulturzentren, Schwimmbäder oder Bibliotheken) in die Diskussion zu bringen. **Arnd Pricibilla** hat als Projektleiter für den Bereich Beratung zu diversen Interaktionen von Bürgerstiftungen und Kommunen Auskunft gegeben.

Weiterführende Informationen:
www.netzwerk.nrw.de

**Städte-Netzwerk
NRW e.V.**

Die in Bonn ansässige Stiftung Mitarbeit hat sich die „Demokratieentwicklung von unten“ zur Aufgabe gemacht und versteht sich als Servicestelle für das bürgerschaftliche Engagement außerhalb von Parteien und großen Verbänden. Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen steht die Stiftung mit Beratung und Information, der Vermittlung von Kontakten und Vernetzungsmöglichkeiten zur Verfügung. Über 1000 lokale Gruppen wurden seit 1991 mit kleinen finanziellen Starthilfeforschüssen in ihrer Arbeit unterstützt. Durch die Organisation von Fachtagungen und die Publikation von Fachliteratur (u.a. zur lokalen/kommunalen Bürgerbeteiligung sowie zu Freiwilligenagenturen) bündelt die Stiftung zudem Experteninformationen zu relevanten und aktuellen Themen Engagement fördernder Infrastruktur. **Ludwig Weitz** war zum Zeitpunkt des Interviews Stiftungsreferent mit dem Beratungsschwerpunkt Bürgerbeteiligung, **Eva-Maria Antz** zeichnet als Referentin u.a. verantwortlich für die Stiftungsschwerpunkte „Wegweiser Bürgergesellschaft“ (Internetportal) und Methodenseminare (z.B. für Freiwilligenagenturen).

Weiterführende Informationen:
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Stiftung Mitarbeit

Im Jahr 1996 wurde vom Deutschen Caritasverband der Modellverbund der Freiwilligen-Zentren (FWZ) konzipiert und im Folgejahr mit 16 FWZ gestartet. Mit seinen drei Profildbereichen „Engagementberatung und Vermittlung“, „Werkstatt sozialer Aktionen“ und „Forum freiwilligen Engagements“ war die damalige Konzeption wegweisend für die gesamte Entwicklung von Freiwilligen-Zentren und Freiwilligen-Agenturen in Deutschland. Aus dem Modellverbund hat sich nach dreijähriger Laufzeit der Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband entwickelt. Im Verbund sind mittlerweile 46 FWZ bundesweit zusammengeschlossen. **Aloys Bushuven** vermittelte als Sprecher des Verbundes Expertise und Positionen zu Gegenwart und Zukunft von Freiwilligen-Zentren.

Weiterführende Informationen:

www.freiwilligen-zentren.de

**Verbund der
Freiwilligen-
Zentren im
Deutschen
Caritasverband**

5.2 Leitfaden für die Experteninterviews

Die grundsätzliche Ausrichtung der Interviews war mit Blick auf eine Soll-Ist-Analyse¹⁷ angelegt. Die zu erschließende Diskrepanz sollte Aufschlüsse über mögliche Bedarfsfelder und unsichere „blinde Flecken“ im behandelten Kontext geben. Das Destillat wurde zur Generierung weiterer übergreifender Thesen genutzt, um Prognosen zu diesen (kritischen) Zukunftsthemen in den weiteren Befragungen anzustoßen.

5.3 Analyse Kriterien für die Auswertung der Experteninterviews

Das umfassende Datenmaterial wurde für eine strukturierte und Ziel führende Auswertung anhand von zehn Kategorien analysiert. Diese ergaben sich zum einen aus den Vorannahmen zu relevanten Details der Engagement fördernden Infrastruktur, welche sich im Interviewleitfaden widerspiegeln, sowie zum anderen aus Punkten, die sich aus der Gesamtschau der geführten Experteninterviews herauskristallisiert haben. Mittels der so generierten und im Folgenden abgebildeten Kriterien wurde das erhobene Datenmaterial einer detaillierten Analyse unterzogen:

1. Leistungen und Angebote der einzelnen Einrichtungen und Stellen
2. Unterstützungsbedarfe (immateriell)
3. Organisationen im Vergleich: Stärken, Schwächen und Profile
4. Kommunale Engagementförderung
 - 4.1. Konzeption, Leitbild und Strategie
 - 4.2. Projekte
 - 4.3. Instrumente
5. Kooperationen, Netzwerke und Allianzen
 - 5.1. Örtlich/ lokal
 - 5.2. Überörtlich/ regional/ auf Landes-Ebene
 - 5.3. Mehrwert der Vernetzung
 - 5.4. Erfolgsfaktoren
 - 5.5. Konfliktlinien
6. Qualitätsentwicklung und Professionalisierung
7. Finanzierung und Ressourcen (materiell)
8. Erfolgsfaktoren der Engagementförderung
9. Entwicklungsperspektiven des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementförderung
 - 9.1. Zukunftsthemen
 - 9.2. Herausforderungen
10. Rolle der Landesregierung bzw. des MGFFI

¹⁷ Die einzelnen Fragestellungen, welche die Grundlage der Analyse bildeten, finden sich im Anhang.

6. --- Ergebnisse Delphi 1: Interviewauswertung nach Analysekriterien

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Interviewauswertung in einer Zusammenfassung kompakt und schlagwortartig dargestellt. Die ausführliche Clusterung der Daten anhand der oben beschriebenen Kriterien kann auf Anfrage bei den Autoren eingesehen werden.

--- 6.1. Leistungen und Angebote der einzelnen Einrichtungen und Stellen

Die kommunalen Stabsstellen sind für die Information zum Thema BE auf städtischer Ebene zuständig. Zielgruppen sind hier die kommunale Verwaltung, Akteure der Kommunalpolitik, aber auch die Bürger (z.B. über Web-Portale oder andere Medien). Engagementförderung und Bürgerbeteiligung sind ein weiteres Handlungsfeld. Häufig werden hierzu interne Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt bzw. entwickelt, z.B. Bausteine für Fortbildungen von Mitarbeitern, Azubis und Führungskräften. Teilweise werden auch Maßnahmen im Bereich Supervision, Qualifizierung und Gesprächsführung für Engagierte angeboten. Zusammenarbeit mit Unternehmen findet an gemeinsamen konkreten Projekten statt, die etwa auf Basis so genannter „Runder Tische“ auf kommunaler Ebene entwickelt bzw. angestoßen werden. Stadtteilentwicklung liegt häufig im Fokus dieser Stabsstellen; hier werden strategische Handlungskonzepte für die Kommune entwickelt. Zum Teil werden konkrete Leistungen und Angebote entwickelt und durchgeführt: Freiwilligenbörsen, turnusmäßige Ehrenamtstage, Empfänge und Ehrungen für Freiwillige im Rahmen von Preisauslobungen, aber auch Beratung und Hilfestellung für Vereine und andere Organisationen angeboten (zu Fragen des Versicherungsschutzes, der Pressearbeit, des Netzwerkes und der Kontaktherstellung. Ferner werden Ämter (z.B. Bürgermeisteramt) oder politische Gremien in Fragen des Bürgerschaftlichen Engagement bzw. der Engagementförderung beraten und unterstützt. Stabsstellen innerhalb der Stadtverwaltung werden unterschiedlich angesiedelt; häufig sind sie an das

Kommunale Stabsstellen

Bürgermeisteramt gekoppelt. Ferner ist es Aufgabe entsprechender Stabsstellen, mit Blick auf die Gesamtverwaltung Engagementförderung zu koordinieren.

Sie engagieren sich in der Regel durch Finanzierung von konkreten Projekten im Rahmen gemeinwohlorientierter Aktivitäten auf regionaler und kommunaler Ebene. Teilweise legen sie selbst Projekte auf bzw. stoßen diese an und führen diese auch selbst durch (siehe Herten).

Bürgerstiftungen

Die Stiftung Mitarbeit ist aktiv im Feld der Organisationsberatung und -entwicklung und bietet Qualifizierung (Fortbildungs- und Methodenseminare) an. Sie organisiert Fachtagungen zu spezifischen Themen (Bürgerbeteiligung, Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftung, Soziale Stadt - siehe auch hierzu Jahrbuch der Stiftung Mitarbeit 2007), berät im Themenfeld von Teilnahmeverfahren und leistet Starthilfezuschüsse für Initiativen.

Ebene der Freiwilligenagenturen:

Spezifische Netzwerke/ Lobbynetzwerke

Netzwerke geben z.B. Starthilfen für neue Initiativen zur Gründung von Freiwilligenagenturen. Sie unterstützen ebenso bestehende Einrichtungen bei der Qualitäts- und Projektentwicklung. Des Weiteren initiieren sie den Austausch von Erfahrungen und Informationen. Sie geben Vernetzungshilfen und fahren Fortbildungsangebote (im Rahmen von Workshops), formulieren und entwickeln Standards im Bereich des Betriebs von Freiwilligenagenturen.

Ebene der Bürgerstiftungen:

Hier werden vor allem Unternehmen beraten, die sich für Bürgerstiftungen engagieren¹⁸. Hinzu kommt die Durchführung von Informationsveranstaltungen auf Landesebene sowie die Vernetzung von Bürgerstiftungen mit Hilfe von Bürgerstiftungsforen (Ost, West, Süd), die auch dem Austausch und der Weiterbildung dienen.

¹⁸ Im Falle der „Aktive Bürgerschaft e.V.“ sind dies beispielsweise die Volksbanken.

Ebene des bürgerschaftlichen Engagements, allgemein:

Hier geht es um die Organisation des Erfahrungsaustausches zu Fragen des bürgerschaftlichen Engagements und Engagementfeldern in trisektoraler Perspektive sowie das Begleiten und Entwickeln von Infrastruktur(Einrichtungen) für bürgerschaftliches Engagement z.B. durch Beratung und Projektentwicklung, aber auch durch Lobbyarbeit. Netzwerke übernehmen auf dieser Ebene eine Sprecherrolle als „public interest lobbyist“ mit dem Ziel, auf die Engagementpolitik und relevante Gesetzesinitiativen der Bundesregierung einzuwirken.

Diese Einrichtungen beraten Bürgerinnen und Bürgern zum Thema bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement und vermitteln (potenzielle) Ehrenamtliche und Freiwillige an entsprechende Organisationen wie z.B. Vereine oder gemeinnützige Einrichtungen. Dazu unterhalten sie stationäre Einrichtungen bzw. Anlaufstellen, in denen teils bezahlte, teils unbezahlte Kräfte tätig sind. Sie sind darüber hinaus im Feld der konkreten Projektentwicklung und –durchführung aktiv und befassen sich in diesem Zusammenhang teilweise auch mit Corporate Citizenship, also dem bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen (Unternehmen als Bürger). Freiwilligenagenturen leisten dabei intensive Überzeugungsarbeit bei Politik und Multiplikatoren (PR- und Lobbyarbeit). Hier geht es auch, darum die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement auf lokaler Ebene zu verbessern. Sie führen Stadtteil- oder themenbezogene Bedarfs- und Situationsanalysen durch, entwickeln daraus Projektideen und Strategien zur Finanzierung bzw. Förderung dieser Projekte. Als ein weiteres Element ihres Angebotes beraten einige Freiwilligenagenturen andere Organisationen zur Fragestellung der Einbindung von Ehrenamtlichen. Dazu zählt vor allem auch die Beratung zum Thema Versicherungsschutz im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten.

**Freiwilligenagenturen/
Ehrenamtsagenturen/
Freiwilligenzentren**

6.2. Unterstützungsbedarfe (immateriell)

Wichtigstes Thema im Rahmen des Unterstützungsbedarfes sind bei den operativ tätigen vermittelnden und meist nicht-stifterischen Einrichtungen die Finanzen. Die Finanzierung wird im Allgemeinen als die größte Herausforderung gesehen. Dabei geht es weniger um eine Vollfinanzierung von allen Aktivitäten und Projekten, sondern vielmehr um eine Sockelfinanzierung, die den Grundbedarf bzw. den Grundbetrieb von Einrichtungen der Engagementförderungen (vor allem Freiwilligenagenturen) sichert. Bisweilen fehlt es auch an Know-how zur Spendenakquise, um entsprechende Mittel für konkrete Einzelprojekte aufzubringen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wie an Unternehmen herangetreten werden kann bzw. wie geeignete Unternehmen als Unterstützer für bestimmte Projekte gefunden und gewonnen werden können.

Als weiterer bedeutender Punkt wird die ideelle Unterstützung durch die Politik und öffentlichkeitswirksame Organisationen bemängelt. Erwünscht ist eine bessere Unterstützung durch die Politik, wo es um die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und die Herausstellung des Nutzens für den Einzelnen und die Gemeinschaft geht. Also konkret der Bedarf an mehr Akzeptanz durch die gewählten politischen Akteure in den Stadtteilen und in den Stadträten. Dazu gehört ein explizites Bekenntnis der Führungsspitze zu der Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement. Bisweilen fehlte es aber auch an Transparenz zu der Thematik bürgerschaftliches Engagement und Engagementförderung in der Politik selbst. Dazu wird als hilfreicher Faktor genannt, dass die Bürger die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagement bei der Politik, den kommunalen Behörden mehr einfordern müssten, damit das Thema an Gewicht gewinnt. Es müsse Menschen in der Politik und in Organisationen geben, die sich für eine Öffnung hin zum Engagement und zur Teilhabe aussprechen.

Als ein weiterer Punkt wird die Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen angesprochen, die a) ideell und b) auch finanziell erfolgen sollte.

Teilweise wird ein fehlender Austausch auf überregionaler Ebene gesehen. Zwar wird der lagfa-Ansatz positiv bewertet, aber der Zeitbedarf für den Besuch von Veranstaltungen als kritischer Punkt. Ferner wäre eine Supervision für die Akteure vor Ort nützlich, weil durch die vielen Projekte auch sehr hohe Konfliktpotenziale entstehen.

Ferner gibt es Unterstützungsbedarf durch „Beiräte“, in dem unabhängige Fachleute, Wissenschaftler und Unternehmer aktiv sind.¹⁹

¹⁹ Im Falle des CBE in Mülheim a.d.R. ist ein solcher Beirat in Gründung bzw. kürzlich berufen worden.

Im Bereich der Bürgerstiftungen, und dort im Bereich der konkreten Stiftungsverwaltung, wird die Vereinheitlichung der Regelungen durch das Bundesfinanzamt (Abgabenordnung) als sehr hilfreich gesehen sowie eine damit in Zusammenhang stehende Vereinfachung und Entschlackung der Regelungen der Finanzverwaltung (Finanzämter). Ferner wären ein Gründungs-leitfaden und eine Mustersatzung für bürgerschaftliches Engagement hilfreich. Zudem bestehen Bedarfe an Weiterbildungsmaßnahmen für Bürgerstifter bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bürgerstiftungen, um diese „fit“ zu machen (beispielsweise im Bereich Fundraising).

Eine Möglichkeit der Unterstützung wären hier Bildungsgutscheine, die vom Land Nordrhein-Westfalen ausgegeben werden könnten.

6.3. Organisationen im Vergleich: Stärken, Schwächen und Profile

Als besondere Vorzüge von Freiwilligenagenturen gelten, dass sie die Schnittmenge zwischen Menschen, die sich engagieren wollen, und Organisationen bilden. Ferner wird die Fähigkeit zur niederschweligen Ansprache (durch die Präsenz an zentralen Orten in der Kommune) von Bürgerinnen und Bürgern als eine besondere Stärke hervorgehoben. Die Fähigkeit, Engagementpotenzial zu erkennen, zu kanalisieren und einem entsprechenden Engagement zuzuführen, wird diesem Einrichtungstyp ebenso zugeschrieben wie eine gute Kenntnis der lokalen Engagementszene.

**Freiwilligenagenturen/
Ehrenamtsagenturen/
Freiwilligenzentren**

Als nachteilig gilt vor allem die Finanzierungssituation, da dieser Einrichtungstyp nicht primär aus eigenen Mitteln finanzierbar ist. Als eine Folge von fehlenden Eigenmitteln wird z.B. die Schwierigkeit skizziert, eigene Themen zu setzen bzw. zu besetzen. Die Abhängigkeit von Drittmitteln und Drittmittelgebern zieht eine Ressourceneinschränkung durch Aktivitäten der Mittelbeschaffung (Förderanträge) nach sich. Eingehend mangelt es an Ressourcen, um öffentlichkeitswirksame Kampagnen aufzulegen.

Für den Einrichtungstypus Freiwilligenagentur, Freiwilligenzentrum und Ehrenamtsagentur wird aufgrund des Finanzierungsproblems tendenziell eine unsichere Zukunft prognostiziert. Aufzufangen sei diese beispielsweise durch eine synergetische Verbindung mit Bürgerstiftungen, die eine grundständige Finanzierung von Freiwilligenagenturen sicherstellen könnten.

Bürgerstiftungen

Entgegen der Finanzierungssituation der Freiwilligenagenturen wird dem Einrichtungstyp Bürgerstiftung eine (Über-)Lebensfähigkeit aus eigener Kraft, also aus eigenen Mitteln bescheinigt. In Folge entfällt das Ressourcen raubende Schreiben von Förderanträgen, um überleben zu können. Dadurch ergibt sich die Möglichkeiten, eigene Themen zu setzen. Bürgerstiftungen gelten als kompetent in der Mittelbeschaffung, teilweise auch aufgrund des besseren Zugangs zu Unternehmen sowie durch generell bessere Voraussetzungen zur Mitteleinwerbung. Als Träger (z.B. von ehemaligen städtischen Bädern) sind Bürgerstiftungen gegenüber Vereinen durch eigenes Stiftungskapital im Vorteil. Da dieses auf Dauer angelegt ist, ergibt sich ebenso eine größere Nachhaltigkeit. Der emotionale Faktor wird bei Bürgerstiftungen hoch eingeschätzt durch den Aufmerksamkeitsfaktor – das Gewinnen von Bürgerinnen und Bürgern als Stifter fällt verhältnismäßig leicht: „Wer ist schon Stifter?“

Allerdings wird den Bürgerstiftungen ein fehlendes bzw. schwächeres Know-how gegenüber den Freiwilligenzentren und Freiwilligenagenturen zugesprochen, wenn es darum geht, das Engagementpotenzial anzusprechen. Bürgerstiftungen ergänzen die Arbeit von Freiwilligenagenturen: sie ersetzen diese folglich nicht. Eine Bürgerstiftung, die es nicht schafft, mit Freiwilligenzentren und anderen Akteuren in lokalen Netzwerken bürgerschaftliches Engagement zu fördern, verschenkt einen Großteil ihrer Potenziale.

In der Prognose wird die Zukunft der Bürgerstiftungen mehrheitlich in Zusammenhang mit den Freiwilligenagenturen bzw. den Freiwilligenzentren gesehen. Insgesamt schätzen die Expertinnen und Experten die Zukunft der Bürgerstiftungen aufgrund der Eigenfinanzierung optimistisch ein.

Kommunale Verwaltungen gelten als gute Ansprechpartner im Rahmen der Engagementförderung. Ihnen werden eine sachorientierte Arbeitsweise sowie eine gewisse weltanschauliche und politische Neutralität (im Gegensatz zu Wohlfahrtsverbänden) attestiert. Ferner sind sie finanziell unabhängig und stehen nicht unter dem Druck der

Stabsstellen/ kommunale Stellen

Spendenakquise und Einwerbung von Drittmitteln.

Als nachteilig gilt dagegen die Einbindung in einen großen Verwaltungsapparat und folglich das verwaltungstechnische Denken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Vielfalt an Organisationen kann sich durch z.T. andere Schwerpunkte und Kompetenzen hervorragend ergänzen: Anerkennungsarbeit (Kommune), Vermittlung und Beratung (Freiwilligenagenturen), Finanzierung (Bürgerstiftungen).

**Mehrwert-
einrichtungs-
übergreifend:**

Ein spezifischer Mehrwert für die Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagement konnte dadurch erreicht werden, dass im Kontext des BBE ein bundesweites Forum des Erfahrungsaustausches (AG) für die Dachorganisationen wie bagfa, NAKOS, Freiwilligenzentren, BAGSO etc. konstituiert werden konnte. In diesem Rahmen findet eine trägerübergreifende Debatte zu Bedarfen und Entwicklungen der Infrastruktureinrichtungen statt. Aber: „Die Bürgerstiftungen gehören diesem Forum nicht an.“

6.4. Kommunale Engagementförderung

6.4.1 Konzeption, Leitbild und Strategie

Als Ausgangspunkt kommunaler Engagementförderung gilt die Entwicklung strategischer Handlungskonzepte zur Stadt- bzw. Stadtteilentwicklung sowie die Suche und Aktivierung von Engagierten für kommunal relevante Themenfelder. Dies erfordert ein Einzelinteressen übergreifendes Operieren auf lokaler Ebene und demzufolge ein Schnittstellenmanagement zwischen Kommune und Engagement fördernder Infrastruktur sowie die Zusammenarbeit mit Unternehmen. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Schaffung von Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Flankierend gehört u.a. die Präsenz in großen, strategisch relevanten Netzwerken („networking“) und die Entwicklung von Förderkonzepten und Handlungsempfehlungen für bürgerschaftliches Engagement dazu. Weitere Ziele sind die Entwicklung von Integrationskonzepten und die städtische Leitbildentwicklung mit Bürgerbeteiligung.

6.4.2 Projekte

Folgende Aktivitäten, Initiativen, Projekte und Förderungen sind im Rahmen kommunaler Engagementförderung zu verzeichnen:

- Großstadt für Kinder
- Gesundheitsförderung
- Kooperationen mit Akteuren der Stadtgesellschaft
- Lernwelten
- Erfahrungswissen für Initiativen
- Seelsorgerische Begleitung älterer Menschen ohne Konfession
- Jugend und Schulprojekte u.a. im Bereich Service-Learning²⁰
- Begleitung und Unterstützung von demenzkranken Senioren und deren Familien
- Aktivierung von psychisch und ehemals psychisch Kranken für ehrenamtliches Engagement
- Quartiersmanagement und Integration
- Fort- und Weiterbildung von sozial Benachteiligten vor Ort (z.B. Computerkurse)
- Förderung von Begegnungen in Stadtteilen (z.B. Begegnungszentren)
- Jugend- und Jugendarbeitslosigkeit (z.B. arbeitslose Jugendliche bauen einen alten verfallenen Bauernhof wieder auf).

6.4.3 Instrumente

Im Rahmen kommunaler Engagementförderung finden sich eine Reihe von Maßnahmen und Instrumenten. Ein wesentliches Element ist die Beteiligung und Gewinnung von Bürgern, Institutionen des Dritten Sektors und Unternehmen für bürgerschaftliches Engagement. In diesem Zusammenhang stellt die Entwicklung und der Einsatz von Bausteinen zum Thema bürgerschaftliches Engagement für Fortbildungen von Mitarbeitern der städtischen Verwaltung bzw. der städtischen Betriebe, also das Heranführen und Sensibilisieren von Führungskräften, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die Thematik, eine Möglichkeit dar. Darüber hinaus sind Corporate Volunteering Programme²¹ für Azubis von städtischen Verwaltungen und Betrieben eine bereits praktizierte Personalentwicklungsmaßnahme. Damit geht die Förderung von Corporate Volunteering einher, auch durch die kommunale Verwaltung als Vorbild. Die Etablierung einer Anerkennungskultur z.B. durch Bürgerpreise und Ehrenamtstage auf kommunaler Ebene ist ein weiteres Förderinstrument zur Stärkung der kommunalen Engagementkultur. Online-Angebote für potenzielle Ehrenamtliche (z.B. Vereinsregister), Zukunftswerkstätten zum ehrenamtlichen

²⁰ Lernen durch Engagement bzw. Lernen in ehrenamtlich durchgeführten Projekten. Informationen hierzu z.B. unter www.servicelearning.de.

²¹ Im Deutschen „gemeinnütziges Arbeitnehmerengagement“, d.h. Arbeitgeber stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für gemeinwohlorientierte Aktivitäten frei und unterstützen diese Aktivitäten ggf. mit weiteren eigenen Ressourcen (Geld, Material).

Engagement und Qualifizierungen sowie Supervision für Engagierte ergänzen die genannten Instrumente. Ein weiterer Ansatzpunkt im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten stellt die Arbeit mit bzw. an Schulen dar, wie z.B. die Durchführung von Infoveranstaltungen für Schulleitungen zur Thematik zu bürgerschaftlichem Engagement, sowie die Erkundung von Engagementfeldern für Schulen. Die Beteiligung von Bürgern an städtischen Planungsverfahren bzw. Bürgerbeteiligungsverfahren wird als ein weiteres flankierendes Instrument der Engagementförderung auf kommunaler Ebene gesehen. Die Etablierung von Bürgerstiftungen als Instrument für Trägerschaften (Bäder, Kulturzentren) stellt eine weitere Option dar.

————— **6.5. Kooperationen, Netzwerke und Allianzen**

6.5.1 Örtlich/ lokal

Als wünschenswerte Konstellation im Rahmen örtlicher bzw. lokaler Kooperationen wird grundsätzlich eine starke Vernetzung zwischen nicht-städtischen bzw. außerbehördlichen Organisationen und Institutionen sowie städtischen bzw. kommunalen Einrichtungen und Stellen gesehen. Kooperation zwischen lokalen Einrichtungen der Engagementförderung, wie z.B. Stabsstellen und/oder Freiwilligenagenturen mit Bürgerstiftungen im Sinne des Modells, in welchem die Agenturen vor Ort mit den Bürgern arbeiten, d.h. diese in Engagements vermitteln und die lokale(n) Bürgerstiftung(en) diese Arbeit als kompetente Finanziere und Akquisiteure unterstützen. Diese Variante wird von der überwiegenden Zahl der befragten Experten als die zukunftsträchtigste Konstellation gesehen.

Eine mögliche und bereits vorhandene Konstellation im Rahmen von Netzwerken und Kooperationen ist beispielsweise im Kreis Heinsberg vorhanden, wo Freiwilligenzentrum und Selbsthilfekontaktstelle unter einem Dach in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden tätig sind. Neben solchen Beispielen vernetzen sich diverse Akteure der Engagementförderung über Stadtteilgesprächskreise. Auch Kooperationen zwischen der Kommune (z.B. Stadtspitze) und Akteuren der Engagementförderung in bestimmten ausgesuchten Themenfeldern, wie die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte oder generationenübergreifende Projekte, sind gängige Praxis. Darüber hinaus existieren Netzwerke durch Mitgliedschaften von verschiedenen Verbänden (u.a. Wohlfahrtsverbände) in einem Verein, der sich um die Engagementförderung auf lokaler Ebene operativ wie strategisch kümmert – ein Beispiel hierfür wäre das CBE in Mülheim a.d.R.

6.5.2 Überörtlich/ regional/ auf nordrhein-westfälischer Ebene

Auf überörtlicher Ebene existieren einige Netzwerke und Verbände, wie z.B. im Kreis Steinfurt als auch im Kreis Recklinghausen. Ebenso sind Kooperationen zwischen Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung sowie Hoch- und Fachhochschulen anzutreffen. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Rheine und der FH Münster ist eine solche Konstellation. Neben genannten Optionen gibt es Kooperationen zwischen Wohlfahrtsverbänden auf Landesebene als auch Kooperationen zwischen Infrastruktureinrichtungen bzw. Wohlfahrtsverbänden und Unternehmerverbänden. Nachfolgend sind konkrete Beispiele für Netzwerke und Kooperationsprojekte in Nordrhein-Westfalen aufgeführt:

- CIVITAS - Netzwerk bürgerorientierter Kommunen
- Projekt „EFI“
- Städtenetzwerk „Soziale Stadt“
- Internationale Vereinigung der Freiwilligendienste
- Initiative Bürgerstiftungen
- Städte-Netzwerk NRW
- Verbund der Freiwilligenzentren (Caritas)
- Netzwerk Ruhrgebiet als interkommunales Netzwerk von Freiwilligenagenturen, kommunalen Akteuren und ehrenamtlichen Initiativen.

6.5.3 Mehrwert der Vernetzung

Synergieeffekte ergeben sich im Bereich von Vernetzung und Kooperation durch Ressourcenbündelung, Ressourcenfreisetzung und -erschließung. Ebenso wird gemeinsames Lernen gefördert. Dies schließt die Entwicklung neuer Ideen, neuer Möglichkeiten und neuer Lösungswege ein. Auch wird die Finanzierung und Förderung von Projekten durch die Beteiligung mehrerer Akteure meist unkomplizierter. So können beispielsweise stadtteil-spezifische Lösungen entwickelt und realisiert werden, die ohne Vernetzungsstruktur nicht denkbar wären. Impulse aus anderen Städten und Gemeinden zu erhalten, stellt einen wichtigen Mehrwert der überörtlichen und überregionalen Vernetzung dar. Netzwerke dienen hier u.a. als Fundus für die Projektentwicklung. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Akzeptanz von Zielen und Ideen für Projekte, die aus Netzwerken stammen bzw. aus ihnen heraus entwickelt worden sind, im Gegensatz zu aufgesetzten Projekten hoch ist. Darüber hinaus ermöglichen Netzwerke die Integration von ansonsten schwer erreichbaren Akteuren. Insofern sind Netzwerke auch eine Plattform für unternehmerisches Engagement. Netzwerke und Verbände ermöglichen die Gewinnung von Unternehmen und Sponsoren in Quantität und Qualität, die bei alleiniger Trägerschaft beispielsweise einer Freiwilligenagenturen bzw. einer einzigen Trägerorganisation nicht möglich ist. In diesem

Kontext wird das Zusammenwirken von Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen aufgrund sich ergänzender Kompetenzen und Ressourcen als sehr fruchtbare Konstellation angesehen. Ein weiterer positiver Aspekt ist der Informations- und Erfahrungsaustausch auf Netzwerkebene. Informationstransparenz kann helfen, Doppelgleisigkeit und Ressourcenvergeudung zu vermeiden und trägerübergreifend über Bedarfe und Entwicklungen der Infrastruktureinrichtungen zu debattieren.

6.5.4 Erfolgsfaktoren

Die genannten Erfolgsfaktoren für Netzwerke im Bereich der Engagementförderung sind vielschichtig. Eine wesentliche Grundvoraussetzung für das Funktionieren von derartigen Netzwerken ist ein hohes Maß an Offenheit bei den beteiligten Akteuren. Daneben muss eine Kommunikation auf gleicher Augenhöhe möglich sein. Die Zielsetzung muss geklärt und von allen Akteuren geteilt und unterstützt werden. Ähnliches gilt für den Mehrwert von Netzwerken, auch dieser muss eindeutig zu erkennen sein. Eine Unterscheidung von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen sollte dabei dem gemeinsamen Ziel untergeordnet sein. Vorteilhaft für das Gelingen sind unterstützende Strukturen der Förderung, die Politik bzw. Verwaltung bereitstellen. Dazu kommen die Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten sowie der relevanten und auch der potenziellen Akteure und das Vermögen auf diese zugehen zu können. Der Aspekt des gegenseitigen Vertrauens schließt sich dem an. Netzwerke sollten darüber nicht sich selbst überlassen, sondern moderiert werden und im Zuge dessen eine Verbindlichkeit ausstrahlen. Es sollte vermieden werden, heterogene Interessen und Ansprüche der Netzwerkteilnehmer und Netzwerkteilnehmerinnen gegeneinander auszuspielen. Auch Unternehmen können bei der Unterstützung von Netzwerken oder deren Gründung durch ihr Know-how, z.B. im Rahmen von Corporate Citizenship Projekten, hilfreich sein. Ein erfahrungsgemäß arbeitsfähiges Netzwerkmodell besteht aus einem „inneren Kreis“ (Aktive und Promotoren) sowie einem „äußeren Kreis“ von weniger aktiven Teilnehmern und Interessenten.

Im Besonderen werden Faktoren zur erfolgreichen Kooperation zwischen den beiden Organisationstypen Freiwilligenagentur und Bürgerstiftung angeführt. Zum einen ist der Aspekt der Profilschärfung von Bedeutung: Freiwilligenagenturen müssen ihr Profil als Projektentwickler schärfen, um von Bürgerstiftungen, aber auch Unternehmen ernst(er) genommen zu werden. Zum anderen sind klare Vereinbarungen zwischen den beiden Organisationstypen, insbesondere im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit sowie zur Klärung von Kernkompetenzen und Arbeitsteilung, notwendig. Um die Zusammenarbeit möglichst fruchtbar zu gestalten, sollten sich Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen demnach auf komplementäre und synergetische Kooperationsformen verständigen, die den Erfordernissen des Einzelfalls vor Ort Rechnung tragen.

6.5.5 Konfliktlinien

Neben Erfolgsfaktoren und -modellen sind auch Konfliktpotenziale und kritische Momente bei Kooperationen und Netzwerkarbeit anzutreffen. Besteht bei der Neugründung oder Neuentwicklung von Projekten grundsätzlich die Möglichkeit, viele Akteure von Beginn an ins Boot zu holen, ist der Umgang mit bzw. die Diskussion um bereits bestehende ehrenamtliche Projekte dagegen nicht unproblematisch, da hier immer Befindlichkeiten existent sind, die angetastet werden können. Die Unkenntnis über die Beschaffenheit (Ziele, Möglichkeiten, Aktivitäten) anderer Akteure im Feld der Engagementförderung wirkt hemmend und vorurteilsfördernd. Demnach entstehen Konflikte, wenn Themen aufgegriffen und bearbeitet werden sollen, die in tatsächliche und/oder gefühlte Kompetenz- und Zuständigkeitsbereiche anderer Stellen, Organisationen bzw. Institutionen fallen.

Weitere Konfliktpotenziale birgt nach Experteneinschätzung die Einflussnahme von Kommunen auf bzw. in Bürgerstiftungen. Als problematisch wird der Eindruck des „Geschmäckle“ gesehen, wenn mächtige Personen der Stadtverwaltung und Politik in Vorständen von Bürgerstiftungen sitzen. Es besteht die Gefahr der Befangenheit und der Übervorteilung anderer Organisationen.

Ebenso liegen Ursachen für mögliche Konflikte in der Konkurrenz zweier oder mehrerer Akteure im Engagementfeld. Konkurrenz ist grundsätzlich nicht negativ, allerdings ist Konkurrenz insbesondere im Dritten Sektor oftmals ein verdecktes Thema, das nicht offen ausgehandelt wird. Im Besonderen ist hier das z.T. angespannte Verhältnis zwischen Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen anzusprechen: Ressourcenmangel und der daraus resultierende Kampf könnte eine mögliche Ursache dafür sein.

6.6. Qualitätsentwicklung und Professionalisierung

Erstes Thema der einzelnen Einrichtungen ist zunächst die Entwicklung von entsprechenden Profilen. Die Qualitätsentwicklung wird als ein Thema und Handlungsfeld für die nächsten fünf Jahre gesehen, da diese Thematik weitgehend unbearbeitet ist bzw. sich dort noch keine einheitlichen Standards etabliert haben. Bei den Bürgerstiftungen ist diese Entwicklung noch eher zaghaft, obwohl es seit dem Jahr 2000 die sog. „10 Merkmale“ des AK Bürgerstiftungen des Bundesverbands Deutscher Stiftungen gibt. Daraus leitet sich aber noch keine systematische Qualitätsentwicklung ab. Im Rahmen der Freiwilligenagenturen wurde auf Bundesebene ein Qualitätssiegel erarbeitet, das inhaltlich hauptsächlich Beratungsstandards betrifft. Im Kontext der Qualitätsentwicklung orientiere sich die lagfa NRW an der erfolgreichen Arbeit der bagfa („Qualitätssiegel“). Die bagfa führt acht Freiwilligenagenturen mit Qualitätssiegel in Nordrhein-Westfalen auf. Bzgl. der Infrastrukturstärkung bzw. der Sicherstellung von Angeboten im Rahmen

der Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren wird der Einsatz von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Erfolgsbedingung von Qualitätsentwicklung gesehen.

Die Professionalisierung wird in Zukunft immer bedeutender werden, jedoch steht diese im Widerspruch zu den knappen Finanzmitteln. An dieser Stelle driften Anspruch und Wirklichkeit stark auseinander, wirkt sich die Ressourcenknappheit negativ auf die Bereiche Qualitätsentwicklung, Professionalisierung, Profilbildung und Vernetzung bzw. Kooperationsfähigkeit aus.

6.7. Finanzierung und Ressourcen (materiell)

Einrichtungen der Engagementförderung, insbesondere Freiwilligenagenturen, finanzieren sich neben öffentlichen Zuwendungen zunehmend durch Drittmittel. Dies können öffentlich vergebene Projektmittel sein wie aber auch Zuwendungen von Sparkassen, Stiftungen oder Stadtwerken. Daneben bieten Honorare für Beratungs- und Vermittlungsleistungen (z.B. von Unternehmen im Kontext von Corporate Volunteering) eine Möglichkeit der Kofinanzierung. Trägerorganisationen oder Verbände unterstützen daneben mit Know-how, Materialien, Ansprechstellen und Hilfe bei der Projektakquise. Eine substanzielle Förderung umfasst dies jedoch nicht.

Unterstützungsbedarfe gibt es zum einen beim Know-how zur Spenden- und Drittmittelakquise sowie bei speziellen Tätigkeiten wie den Aufbau, den Umbau bzw. die Umstellung von Homepages. Finanzielle Bedarfe gibt z.B. im Rahmen der Erstattung von Ausfallkosten für ehrenamtlich Engagierte (z.B. Fahrtkosten). Ein wesentlicher und stark artikulierter Bedarf besteht hinsichtlich fest finanzierter Stellen zur Sicherung der Basisarbeit und des Kerngeschäfts von Einrichtungen der Engagement fördernden Infrastruktur.

Defizite, insbesondere in der Arbeit von Freiwilligenagenturen, entstehen dadurch, dass Kraft und Ressourcen, die eigentlich dem Kerngeschäft der Engagementförderung gewidmet werden müssten, in nicht unerheblichem Maße in die Beschäftigung mit dem Selbsterhalt fließen (Motto: "Wie kriege ich nächstes Jahr meine Stelle noch finanziert?"). Der Antrags- und Akquisitionsaufwand für den Dritten Sektor steigt deutlich an: „Viel Energie und Arbeit muss aufgewandt werden hierzu. Oftmals muss die Hälfte der Arbeitszeit für die Refinanzierung der eigenen Stelle investiert werden.“ Resultat dieser Situation ist, dass viele Freiwilligenagenturen mit ihrer eigenen finanziellen Existenzsicherung (Anträge, Fundraising etc.) derart ausgelastet sind, dass nur wenig Zeit für inhaltliche Arbeit übrig bleibt. Viele Neugründungen von Freiwilligenagenturen werden zwar an eine kommunale Verwaltungseinheit angedockt, dort jedoch mit zu geringen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet. Einige Freiwilligenagenturen sind nur dank einer langjährigen Arbeit (mittelfristig) konsolidiert und verfügen über einen ausgewogenen Finanzierungs-

mix - gleichwohl wird angenommen, dass bei keiner Freiwilligenagentur in Nordrhein-Westfalen eine langfristige Finanzierung gesichert ist.

In diesem Zusammenhang wird ein grundsätzliches strukturelles Finanzierungsproblem in Nordrhein-Westfalen gesehen: Zwar ist der Erhalt von Anschubfinanzierungen z.B. im Rahmen eines Modellprojektes relativ leicht möglich, die Mittel für eine dauerhafte, langfristige Infrastrukturförderung sind jedoch kaum zu beschaffen. Es besteht demnach ein Ungleichgewicht zwischen Modell- bzw. Modellprojektfinanzierung und Infrastrukturförderung.

Bürgerstiftungen insbesondere in kleineren Städten haben ebenfalls Probleme mit der Mittelbeschaffung – eine effektive und nachhaltige Stiftungsarbeit ist jedoch nur mit hinreichendem Stiftungskapital möglich. Ferner sind Genehmigungsverfahren zur Stiftungsgründung bisweilen aufwendig. Probleme liegen hier z.B. in einer bundesweit uneinheitlichen Regelung zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die strukturelle Ressourcenknappheit der Infrastruktur von bürgerschaftlichem Engagement auf folgende Bereiche negativ auswirkt:

- **Qualitätsentwicklung**, weil kaum Ressourcen für die Umsetzung oder (Weiter-) Entwicklung von Standards zur Verfügung stehen.
- **Professionalisierung**, weil Finanzmittel zur Einrichtung von Stellen fehlen.
- **Profilbildung**, das zeitintensive Tagesgeschäft die konzeptionelle Entwicklung eines Profils und dessen Umsetzung/ Implementierung erschwert. Finanzen für eine professionelle Organisationsentwicklungsberatung fehlen darüber hinaus.
- **Vernetzungs- und Kooperationsfähigkeit**, weil auch hier die notwendige Netzwerkarbeit zeitlich bzw. ressourcentechnisch nur schwer zu integrieren ist.

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation sehen die befragten Expertinnen und Experten z.B. in einer Mischfinanzierung öffentlicher Geldgeber, also aus Bund, Ländern und Kommunen, einhergehend mit einer grundständigen Finanzierung von Personal in Einrichtungen der Engagementförderung.

6.8. Erfolgsfaktoren der Engagementförderung

Erfolgsfaktoren für bürgerschaftliches Engagement liegen nicht nur allein in der Engagement fördernden Infrastruktur begründet, sondern haben auch ganz konkret etwas mit den Akteuren bürgerschaftlichen Engagements zu tun. Erfolgsfaktoren beziehen sich auf Rahmenbedingungen, die die Engagementförderung für diese Akteure schaffen kann, und wie sie mit den Akteuren umgeht. Hierzu haben die befragten Expertinnen und Experten einige Aspekte genannt. Ins-

besondere kommunale Stellen und die Politik können entscheidend unterstützen, wenn es darum geht, eine Atmosphäre bzw. Kultur der Anerkennung und Wertschätzung zu etablieren. Hierzu gehören beispielsweise das Ausloben von Preisen und die Vergabe von Auszeichnungen (z.B. Bürgermedaillen). Eine so geschaffene positive Grundstimmung in der Bevölkerung ist ein Erfolgsfaktor, damit sich Bürgerinnen und Bürger engagieren. Einhergehend muss kommuniziert werden, wie groß der Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement ist und welche konkreten Bedarfe es gibt. Wichtig ist es ebenso, „vernünftige“ Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche zu schaffen – qualitativ hochwertige Engagements stellen für viele eine interessante Herausforderung dar – dementsprechend ist für eine entsprechende Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen zu sorgen.

Durch hochwertige Tätigkeiten, Teamarbeit und Qualifizierungsmöglichkeiten für den Einzelnen erfährt das Ehrenamt eine Aufwertung, die wiederum zu Imagegewinn und allgemeiner Akzeptanz des bürgerschaftlichen Engagements beiträgt. Schnupperangebote zählen zu den unterstützenden Maßnahmen, um Bürgerinnen und Bürger an konkrete ehrenamtliche Tätigkeiten heranzuführen. Neben dem durchaus verpflichtenden Charakter, der auch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht vergessen werden sollte, muss jedoch die Freude an einem Engagement im Vordergrund stehen. Ehrenamtliche überzustrapazieren wäre in diesem Zusammenhang fahrlässig. Ehrenamtlichkeit beinhaltet auch einen ethischen Aspekt – es liegt in der Verantwortung der Organisationen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten, dass sich Engagierte darüber gewiss sein können, warum sie was tun.

Grundsätzlich stellt sich die Frage der Aktivierung und der Gewinnung von Menschen nicht nur für aktive ehrenamtliche Engagements. Bürgerschaftliches Engagement kann ebenso Stifterwirken bedeuten. Auch hier gilt es Nachwuchs zu gewinnen, um einer Überalterung der Stifterinnen und Stifter entgegenzuwirken. Es stellt sich also die Frage der Attraktivität von Stiftungen für Jüngere als „Mitmachorganisation“.

Auf der Ebene der Förderstruktur zeichnen sich Erfolgsfaktoren ab, die in Teilen bereits angedeutet wurden. An dieser Stelle sind noch einmal verschiedenen Aspekte zusammengetragen:

Sollen Förderstrukturen auf lokaler Ebene erfolgreich aufgebaut werden, ist es erforderlich wichtige Akteure wie Bürger, Unternehmen, Institutionen und deren Ressourcen auf kommunaler Ebene mit ins Boot zu holen. Mit anderen Worten: Engagementförderung sollte auf eine - idealiter trisektorale - breite Mitgliederbasis gestellt werden. Die beteiligten Akteure müssen im Zuge ihrer Aktivitäten für eine ausreichende Transparenz sorgen. Dabei sollte die Kommune bei Initiierungsprozessen nicht unbedingt mitbestimmen und sich über Gebühr einmischen. Sie sollte aber durch Anwesenheit signalisieren, dass es ihr ein wichtiges Anliegen ist. Die Unterstützung durch die Stadtspitze wird in diesem Kontext als sehr wichtig eingeschätzt. Allerdings wird in diesem Zusammenhang die Forderung zur (gesetzlichen) Verpflichtung von Kommunen zur Einrichtung von

hauptamtlichen Stellen und Ämtern zur Engagementförderung von vielen Expertinnen und Experten als kontraproduktiv gesehen. Die freiwillige Einrichtung dieser Stellen mit authentischem und qualifiziertem Personal dagegen wird positiv betrachtet und kommt der Feststellung, dass Ehrenamt das Hauptamt bzw. hauptamtliche Unterstützungsstrukturen benötigt, sehr entgegen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der über die lokalen Aktivitäten der Engagement fördernden Infrastruktur hinausgeht, besteht in Lobbyarbeit und Vernetzung. Die Kooperation in Netzwerken (vor Ort und im Bundesland Nordrhein-Westfalen) wird in diesem Zusammenhang als ein wichtiges strategisches Instrument angesehen. Als positives Vorbild wird auf die Lobbyarbeit von Kuratorien (Freiwilligenagentur Münster) und Bürgermeisterrunden (Netzwerk Recklinghausen) sowie von „Kamingesprächen“ (CBE) hingewiesen. Erfolgsfaktor ist demnach eine intensive PR und Lobby-/Überzeugungsarbeit bei Politik und Multiplikatoren. Hierzu gehört auch das offensive Zugehen auf Unternehmen. Unterstützen kann ein Beirat, welcher perspektivisch auch Lobbyfunktionen wahrnimmt. Die interkommunale Vernetzung kann durch Promotoren und/oder Vorreiterkommunen erfolgreich vorangetrieben werden.

6.9. Entwicklungsperspektiven des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementförderung

6.9.1 Zukunftsthemen

Unter Entwicklungsperspektiven werden Engagementfelder vorgestellt, die nach Einschätzung der befragten Expertinnen und Experten aus heutiger Sicht zukünftige Themen für bürgerschaftliches Engagement und die Förderung des Engagements darstellen bzw. schon heute Felder darstellen, auf denen ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement möglich und wünschenswert wäre.

Eines der großen Themen ist der **Demographische Wandel**. Hier spielen verschiedene Tätigkeitsbereiche, die auf das wachsende Problem der Überalterung und Vereinsamung reagieren, eine Rolle. Dabei geht es um die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und Hilfestellungen, Besuchsdienste im häuslichen Bereich, Pflege und Versorgung.

Bedingt durch den demographischen Wandel und seinen Begleiterscheinungen wird zudem ein steigendes Potenzial an jungen Senioren, die für bürgerschaftliches Engagement mobilisiert werden könnten, antizipiert, das es durch geeignete Fördermaßnahmen zu aktivieren gilt.

Ein weiteres Engagementfeld ist die Verbesserung der **Beteiligungskultur in Organisationen und Gesellschaft**. Hier geht es vor allem um die strategische Verankerung von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung in der „Bürgerkommune“ vor Ort.

Dies umfasst strategische Instrumente, angefangen bei einer Leitbildentwicklung über Organisationsentwicklung und organisationale Innovationen wie z.B. der Aufbau von Stabsstellen in den

Kommunen. Hier schließt sich die Herausforderung eines erfolgreichen Partizipationsmanagements, insbesondere bzgl. des optimalen Einsatzes von Verfahren der Bürgerbeteiligung, an. Eine flankierende Maßnahme zur Stärkung einer Kultur des bürgerschaftlichen Engagements stellt z.B. die Einführung und Verbreitung einer Freiwilligenkarte dar. Aktivitäten in diesem Themenfeld werden auch als Beitrag zur „Lokalen Demokratiebilanz“ als Instrument des Monitoring bzgl. der Engagementförderung gesehen.

Insbesondere wird von den Expertinnen und Experten der Punkt der **Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte** als besondere Herausforderung hervorgehoben. Es geht vor allem um die Integration und Aktivierung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für bürgerschaftliches Engagement. Aktive Menschen mit Zuwanderungsgeschichte werden als mögliche Multiplikatoren und Hebel für bürgerschaftliches Engagement gesehen. Darüber hinaus ist nicht ausschließlich die Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine Herausforderung für die Engagementförderung. Generell geht es um die Frage, wie Menschen mit geringer Affinität zu bürgerschaftlichem Engagement und/oder Menschen aus bildungsfernen und unterprivilegierten Schichten (z.B. in sozialen Brennpunkten) für bürgerschaftliches Engagement aktiviert werden können.

Im weiteren Sinne spielt hier auch das Thema **Stadtentwicklung** eine Rolle bzw. stellt einen weiteren Engagementfeld dar. Schlagworte sind hier Stadtteilentwicklung und Quartiersmanagement. Auch vor dem Hintergrund schrumpfender Städte und Regionen geht es darum, die Lebensqualität in den einzelnen Stadtteilen zu erhalten bzw. zu verbessern.

Im Rahmen der Diskussion um die zukünftigen Perspektiven von Einrichtungen der Engagementförderung scheinen insbesondere im Bereich der Bürgerstiftungen noch offene und ungeklärte Fragen und Herausforderungen anzustehen. In diesem Zusammenhang wurde u.a. die Frage nach der Ordnungspolitik im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement aufgeworfen. Dabei sollte geklärt werden: Wofür ist der Staat da? Ein weiterer Punkt ist die Kontrolle des Managements und die Aufsicht von Bürgerstiftungen. Wie steht es in diesem Zusammenhang um die Unabhängigkeit von Bürgerstiftungen? Dieser Aspekt zielt vor allem auf den potenziellen Einfluss von Geldgebern, der Politik und der Mächtigen ab, welche z.T. in den Vorständen bzw. Stiftungsräten von Bürgerstiftungen sitzen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach dem Einsatz, der Sinnhaftigkeit und der Handhabung des vom Bundesverband Deutscher Stiftungen vergebenen Gütesiegels.

6.9.2 Herausforderungen

Unter Punkt 9.1 sind bereits einige Herausforderungen für bürgerschaftliches Engagement unter dem perspektivischen Fokus der Themenfelder angedeutet worden. An dieser Stelle werden noch einmal vertiefend spezifische Herausforderungen angesprochen, die das Feld des bürgerschaftlichen Engagements wie das der Engagementförderung auch im Sinne einer qualitativen Verbesserung und Überlebensfähigkeit dieses Bereiches in den Blick nehmen.

Neben der Finanzierung stellt die Verbesserung und Sicherstellung der Qualität im ehrenamtlichen Bereich sowie die Qualifizierung ehrenamtlichen Personals eine bedeutende Herausforderung dar. Hier sind insbesondere Engagementfelder angesprochen, bei denen die Laienkompetenz ehrenamtlicher Helfer nicht mehr ausreicht. Dabei geht es insbesondere um die Frage, wie die Qualität der ehrenamtlichen Arbeit z.B. bei Besuchs- und Pflegediensten sichergestellt werden kann. Dem schließt sich die Frage nach der Abdeckung eines insgesamt stark steigenden Qualifikationsbedarfes an.

Im Rahmen der Finanzierung des bürgerschaftlichen Engagements sehen Expertinnen und Experten die Herausforderung, hauptamtliche Strukturen bzw. eine leistungsfähige Infrastruktur für das Ehrenamt zu schaffen. Ebenso stellt sich die Frage, wie eine grundständige, flächendeckende Finanzierung von Einrichtungen im Bereich Besuchs- und Pflegedienste für Ältere gewährleistet werden kann. Der Bereich Mittelbeschaffung durch Fundraising scheint ebenso ausbaufähig zu sein. Bei Bürgerstiftungen stellt die Erhöhung des Stiftungskapitals eine Herausforderung dar.

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als **Daueraufgabe der Kommune** ist immer wieder ein Punkt mit hohem Diskussionsbedarf. Hier sehen die Expertinnen und Experten insbesondere die Herausforderung, dass Kommunen die Förderung der Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements verstärkt als Steuerungsaufgabe begreifen und wahrnehmen müssen. In diesem Zusammenhang geht es ebenso darum, bürgerschaftliches Engagement zu fördern, ohne es als „Ausfallbürge“ zu missbrauchen. Hier seitens der Kommune ein Gespür für relevante Bürgerinteressen zu entwickeln und entsprechende Themen und Bedarfe zu kommunizieren, stellt eine weitere Herausforderung dar. Die bereits angesprochene Stärkung der Anerkennungskultur durch die Kommune schließt sich dem an.

Ein weiterer Baustein im Rahmen der Herausforderungen der Engagementförderung stellt die **Stärkung der Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren bzw. der Ehrenamtsagenturen** dar. Hier geht es vor allem um die Entwicklung erfolgreicher Finanzierungsstrategien, um Profilbildung und Schaffung einer Nutzentransparenz nach außen. Damit gehen eine gelungene Lobbyarbeit und effizientes Netzwerken einher. Diese Aspekte umfassen ebenso die Entwicklung von Kommunikationsstrategien für Sponsoringaktivitäten. Den Ausbau bzw. die Erweiterung bisheriger

Vermittlungsleistungen auf die Felder Umwelt, Naturschutz und Entwicklungshilfe sehen einzelne der befragten Expertinnen und Experten als mögliche Herausforderung der Freiwilligenvermittlung. Ein weiterer herausfordernder Aspekt, der insbesondere als Aufgabe der Freiwilligenagenturen gesehen wird, stellt die **Aktivierung und Ansprache** der Bevölkerung dar. Dies geht mit der Forderung einher, jenseits von akademischen Beschreibungen zu operieren, um nicht nur eine kleine Schicht ohnehin aktiver Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Ziel soll die Erhöhung der Reichweite sein. Ansprache und Aktivierung umfasst ebenso das Heranführen von jungen Menschen an ein konkretes ehrenamtliches Engagement oder auch Stifterwirken. Bürgerstiftungen sind ebenso angesprochen, wenn es um die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern für freiwilliges Engagement geht. Eine weitere Herausforderung, die bereits im Kontext des demographischen Wandels zu Sprache gekommen ist, bezieht sich auf die Schaffung von Angeboten zum Einbezug der „jungen Alten“ in Engagementfelder und Engagementstrukturen. Ein weiteres Aktivitätenfeld für Freiwilligenagenturen sehen die befragten Expertinnen und Experten in der Unterstützung von Vereinen. Gerade die klassischen Vereine haben Probleme ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zu gewinnen. Hier können Freiwilligenagenturen entsprechendes Know-how vermitteln.

Eine Herausforderung an die Engagementförderung, ist beispielsweise das Auseinanderbrechen der Gesellschaft zwischen Arm und Reich – hier könnte bürgerschaftliches Engagement als möglicher Kitt wirken. Ebenso könnten Brücken geschlagen werden zwischen „ausländischen“ und deutschen Vereinen, Einrichtungen und Institutionen. In diesem Kontext spielt der Vertrauensaufbau als Herausforderung für die Gewinnung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine Rolle. Angedeutet wurde bereits mehrfach das Zusammenspiel von Bürgerstiftungen und Freiwilligenagenturen: Die Entwicklung synergetischer Kooperationsformen wird als eine der Herausforderungen in diesem Bereich gesehen. Ebenso herausfordernd ist die strukturierte, gezielte Erschließung und Herangehensweise an neue Themenfelder für bürgerschaftliches Engagement.

6.10. Rolle der Landesregierung bzw. des MGFFI

Bundesländer besitzen vielfältige Möglichkeiten, um bürgerschaftliches Engagement mit geeigneten Instrumenten, Programmen und Projekten zu fördern. Auch die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und insbesondere das MGFFI wenden hierzu Förderinstrumente an (Stichworte: Internetportal, Landesversicherung, Engagementnachweis sowie CC-Wettbewerb „ENTERPreis“), die großteils von den Akteuren der Infrastruktureinrichtungen begrüßt werden. Kritik wird geäußert mit Blick auf die strategische Verankerung sowie die ressortübergreifende Abstimmung der Engagementpolitik der Landesregierung.

Neben der direkten finanziellen Förderung könne die Landesregierung **diverse Initiativen zur Engagementförderung** starten. Oben auf der Prioritätenliste der interviewten Expertinnen und Experten stehen der verbesserte interkommunale Erfahrungsaustausch sowie der Austausch zwischen Verbänden, Stiftungen und Unternehmen. Ferner wird die Schulung von Landesbehörden zu Bedarfen und Spezifika des bürgerschaftlichen Engagements und dessen Infrastruktureinrichtungen empfohlen und eingefordert. Investitionen in Qualifizierung und Kompetenzentwicklung werden zudem für die Mitarbeitenden in Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen und Kommunen erwartet. (Freiwilligenmanagement, Partizipationsmanagement, Qualitätsmanagement, Marketing, Fundraising etc.). Zusätzlich wird die Nachfrage nach einem Landesnetzwerk nach Vorbild anderer Bundesländer artikuliert, allerdings mit teilweise skeptischen bis ablehnenden Gegenpositionen.

7. --- Ergebnisse Delphi 2: Schriftliche Befragung von Expertinnen und Experten

Auf Grundlage der Expertinnen -und Experteninterviews wurden die thesenhaften Ergebnisse der Interviews gebündelt und geschärft. Darüber hinaus wurden zum Teil neue, übergreifende Themen formuliert und diese an die Experten zurückgespiegelt. Die Aufgabe der Expertinnen und Experten war es, die formulierten Thesen einzuschätzen. Gezielte und vertiefende Fragen zu diesen Thesen bieten Anhaltspunkte zur Orientierung und zur Generierung neuer möglicher unentdeckter Gesichtspunkte. Insgesamt wurden sieben Themenbereiche angesprochen, dessen Auswertungsergebnisse im Folgenden dargestellt werden.

--- 7.1 Themenbereich 1:

Infrastruktureinrichtungen: Kompetenzen und Kooperationen

In den letzten Jahren hat sich in Nordrhein-Westfalen eine Vielfalt an Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung entwickelt. Diese lässt sich differenzieren in die folgenden vier Einrichtungstypen²²:

- Freiwilligenagenturen/ Freiwilligenzentren/ Ehrenamtsagenturen (kurz: **FA**)
- Bürgerstiftungen (kurz: **BS**)
- kommunale Stabs- bzw. Koordinierungsstellen (kurz: **KSKS**)
- lokale/ regionale Netzwerke²³ (kurz: **NW**)

These 1a

Es scheinen sich bisher folgende Kernkompetenzen der Einrichtungstypen herausgebildet zu haben:

- FA** Vermittlung, Beratung, Qualifizierung
- KSKS** Anerkennungsarbeit, Bürgerbeteiligung, Vernetzung auf kommunaler Ebene
- BS** Finanzierung, Projektförderung und -entwicklung
- NW** Trägerübergreifende Projektentwicklung, Know-how-Transfer, Initiierung wechselseitiger Lernprozesse

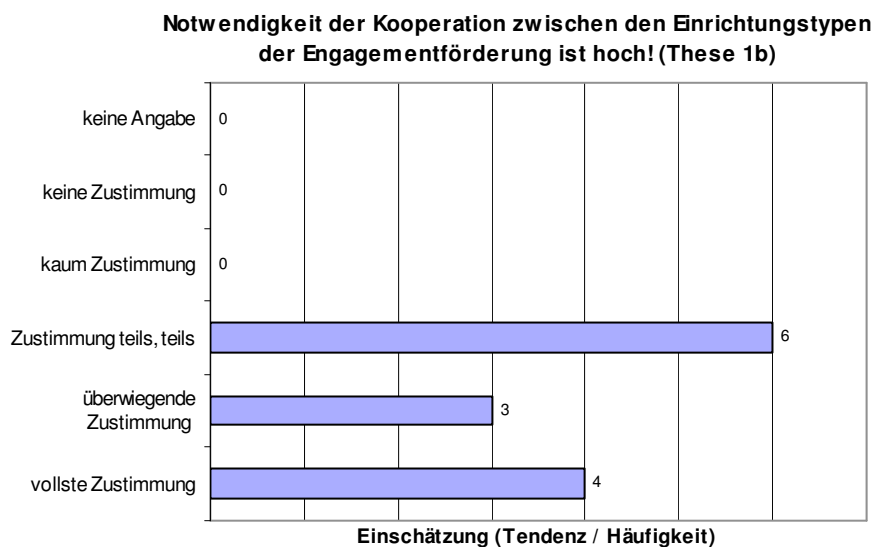
²² Spezifische Infrastruktureinrichtungen wie Selbsthilfekontaktstellen, Senioren- oder Agendabüros sind nicht Gegenstand der angestrebten Studie.

²³ Z.B. Netzwerk Ruhrgebiet, Kölner Netzwerk Bürgerengagement.

Die befragten Expertinnen und Experten stimmten dieser Aufteilung weitestgehend zu mit keinen grundsätzlichen Abweichungen.

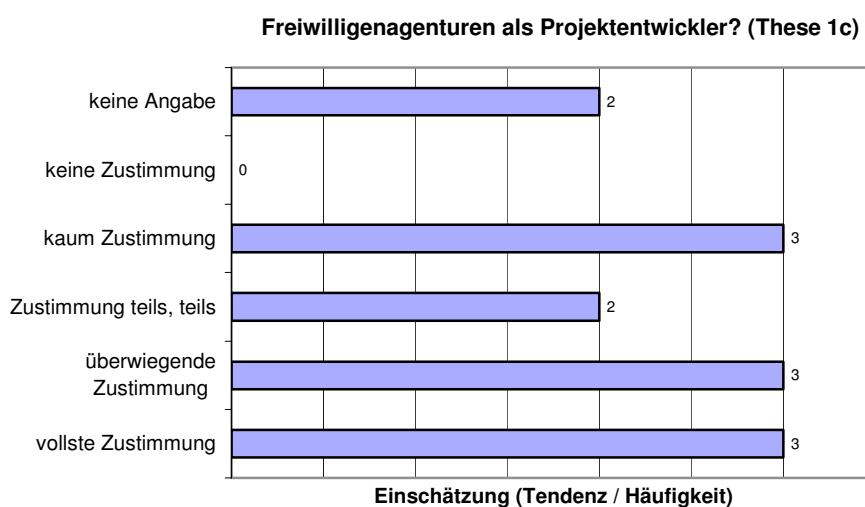
These 1b

Die skizzierten Kompetenzen bergen ein hohes Synergiepotenzial. Eine wirksame und nachhaltige Engagementförderung vor Ort ist demnach nur durch optimale Kooperation und abgestimmte Arbeit-teilung dieser Einrichtungstypen möglich!



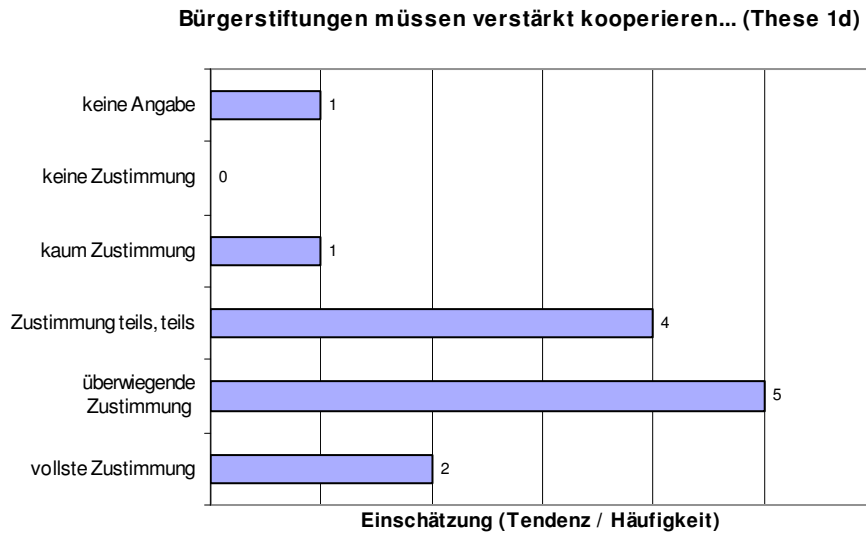
These 1c

Um tragfähige und gleichberechtigte Partnerschaften zwischen FA und BS zu fördern, sollten insbesondere die FA ihr Profil als Projektentwickler schärfen!



These 1d

Damit BS Engagement vor Ort gezielter und wirksamer fördern können, müssen sie verstärkt strategische Allianzen (Kooperationen über Projekthorizonte hinaus) mit den oben genannten Einrichtungen und weiteren Organisationen eingehen!



7.2 Themenbereich 2:

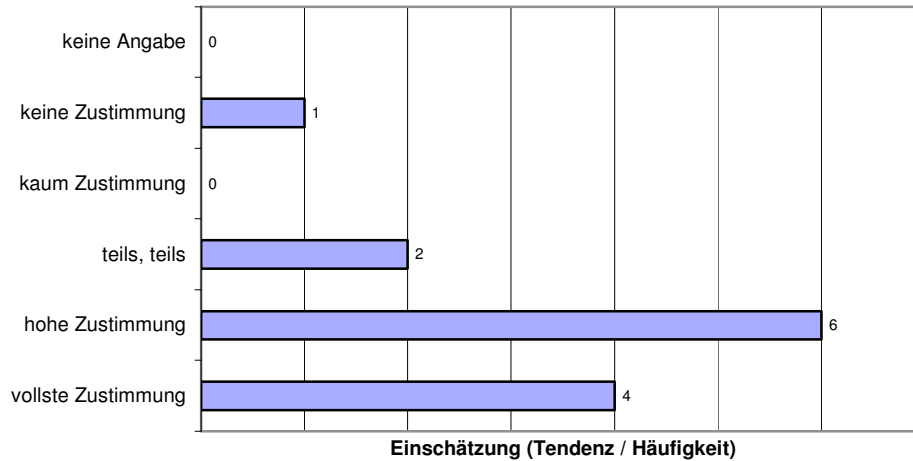
Ressourcen von Infrastruktureinrichtungen

Die Anforderungen an die Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung steigen. Die Bereiche Qualitätsentwicklung, Profilbildung und Vernetzung werden immer bedeutender für eine erfolgreiche Arbeit, so dass entsprechende Managementkompetenzen angeeignet werden müssen. Zugleich ist eine prekäre Ressourcenknappheit der Engagement fördernden Infrastruktur festzustellen, die tendenziell negative Rückwirkung auf die Qualität der Leistungen, die Profilbildung und die Vernetzungs- und Kooperationsfähigkeit der o.g. Einrichtungen hat.

These 2a

Der Widerspruch zwischen den wachsenden Anforderungen und der Realität prekärer Ressourcenausstattung kann nur durch eine grundständige öffentliche Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen überwunden werden!

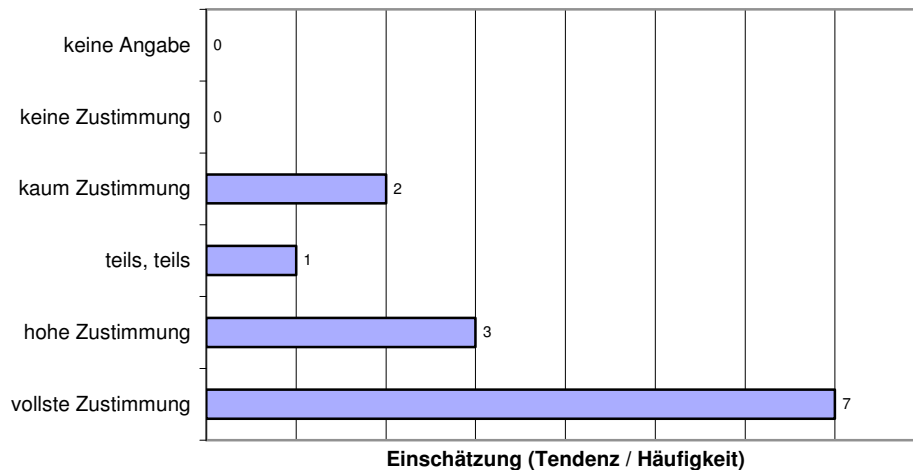
Grundständige Finanzierung der Infrastruktur? (These 2a)



These 2b

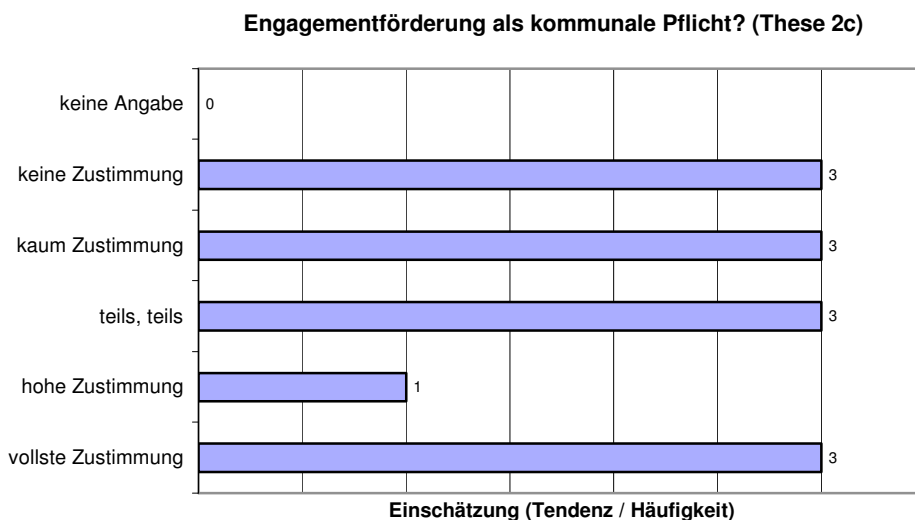
Die Infrastruktureinrichtungen müssen ihre Fundraising-, Marketing- und Lobbystrategien ausweiten, um längerfristig auf einem gesicherteren Fundament zu stehen!

Ausweitung des Fundraising zur Finanzierung der engagementfördernden Infrastruktur? (These 2b)



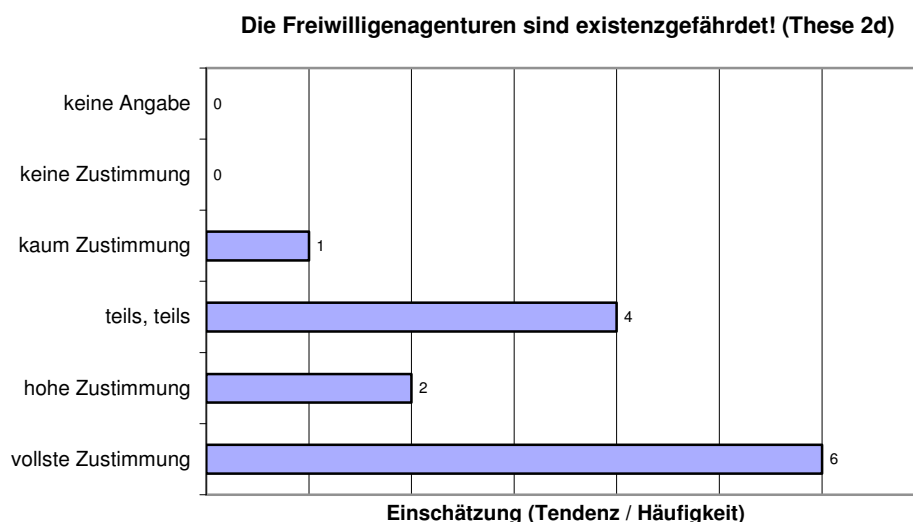
These 2c

Die Engagementförderung vor Ort wird in Zukunft gesetzlich verankerte Pflichtaufgabe der Kommunen werden!



These 2d

Die reale Finanzausstattung der Engagement fördernden Infrastruktur konterkariert den hohen Anspruch an deren künftige Entwicklung. Unter den derzeitigen Prekaritätsbedingungen werden sich insbesondere FA nicht zu den „zivilgesellschaftlichen Entwicklungsagenturen“ entwickeln, wie es von vielen Akteuren verstärkt eingefordert wird.



7.3 Themenbereich 3: Netzwerkbildung

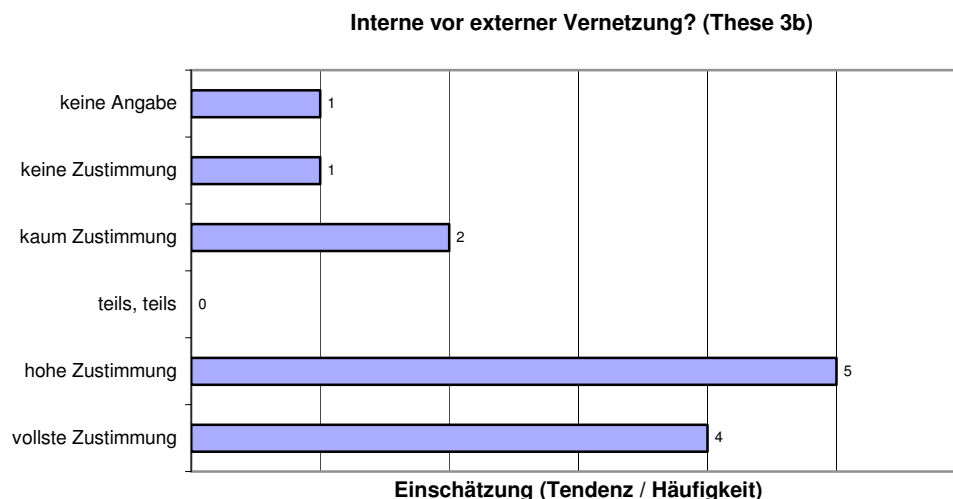
Die Gründung von Netzwerken ist auch im Bereich der Engagement fördernden Organisationen ein starker Entwicklungstrend. Während auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene derartige "Engagementnetzwerke" (z.B. BBE, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg, Netzwerk Ruhrgebiet und Kölner Netzwerk Bürgerengagement) existieren, arbeiten auf der nordrhein-westfälischen Landesebene lediglich träger- bzw. themenspezifische Netzwerke (z.B. lagfa für die FA, Arbeitsausschüsse der LAG der freien Wohlfahrtspflege NRW sowie Städte-Netzwerk NRW). Hinsichtlich der Einschätzung des Mehrwertes derartiger Netzwerkstrukturen ergibt sich ein zum Teil widersprüchliches Bild, das auf latente bis manifeste Konkurrenzen im Engagementsektor hinweist.

These 3a

Netzwerkgründung und Vernetzung wird einerseits als wichtiges strategisches Instrument der Projektentwicklung, des Kompetenztransfers und der effektiven Engagement-Förderung betrachtet. Andererseits bestehen nach wie vor erhebliche Vorbehalte gegen eine Gründung neuer Netzwerke (der Engagementförderung). Die in der These formulierte Ambivalenz von Netzwerken wird von den Expertinnen und Experten überwiegend geteilt. Konkurrenz im Dritten Sektor um knappe (öffentliche) Mittel sowie oftmals ungeklärte Mehrwerte der Netzwerkarbeit werden hierzu als Erklärung angeführt.

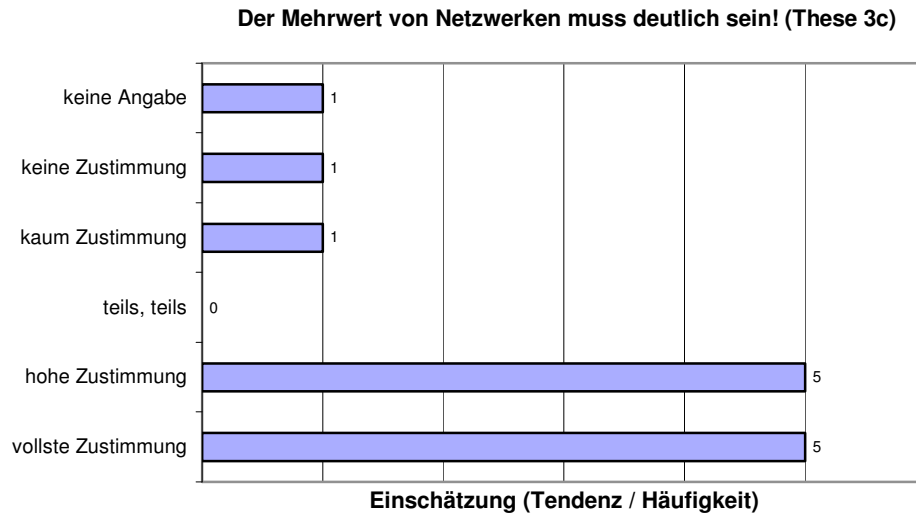
These 3b

Bevor träger- oder sektorübergreifend Netzwerkgründungen forciert werden, muss erst einmal organisationsinterne Vernetzung (zur Engagementförderung) intensiviert und optimiert werden.



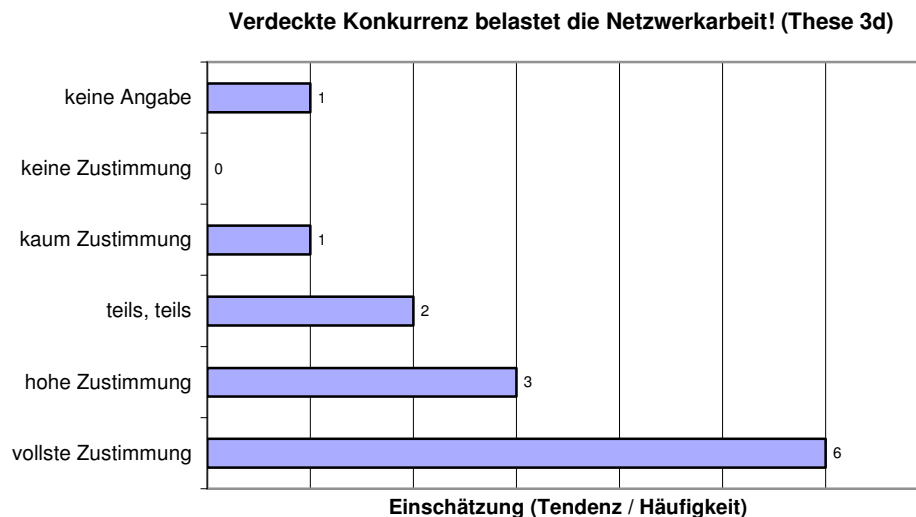
These 3c

Um den Mehrwert realer und künftiger Netzwerkarbeit besser zu kommunizieren, ist es ratsam, Kooperationsangebote gezielt zu offerieren sowie den Vorteil der Serviceleistungen der entsprechenden Netzwerke zu betonen.



These 3d

Konkurrenz und Wettbewerb sind verdeckte Themen im Dritten Sektor und werden häufig nicht offen ausgehandelt. Dies gilt auch für die Engagement fördernde Infrastruktur und belastet Netzwerkgründungen bzw. die Netzwerkarbeit vor Ort.

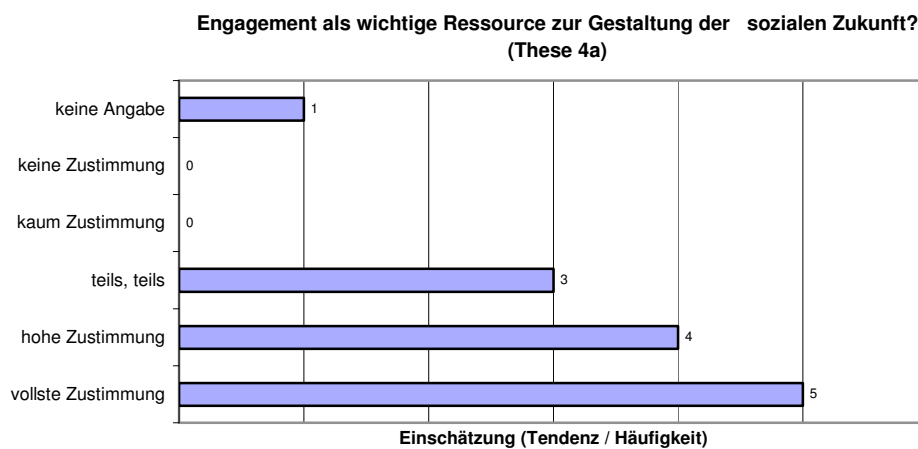


7.4 Themenbereich 4:

Entwicklungsperspektiven der Engagementförderung

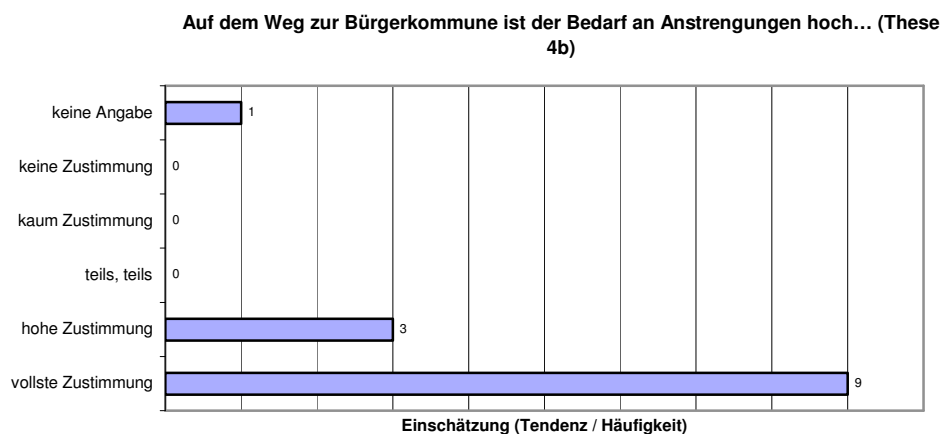
These 4a

Derzeit in der Gesellschaft diskutierte Zukunftsthemen und -herausforderungen wie der demographische Wandel, die Herausforderungen von Migrationsprozessen bzw. der Zuwanderungsgesellschaft sowie die Zukunft von Bildung und Stadtentwicklung spiegeln sich in den Themen und aktuellen Projekten der Engagement fördernden Infrastruktur. Es scheint, als würde Engagement als Ressource zur Bewältigung dieser Zukunftsherausforderungen eine immer wichtigere Rolle spielen.



These 4b

Bürgerorientierte Kommunen und Organisationen sind in Nordrhein-Westfalen und bundesweit bislang eher eine Ausnahmeerscheinung. Um einen qualitativen Sprung in Richtung mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement zu machen, bedarf es erheblicher Anstrengungen in Bezug auf Organisationsentwicklungs- und Leitbildprozesse in Kommunalverwaltungen, Unternehmen und Organisationen.

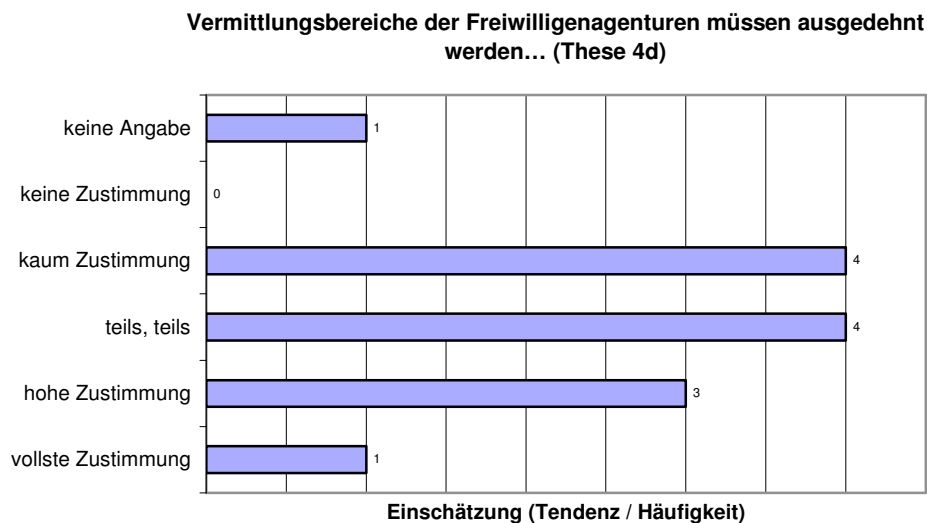


These 4c

Eine zentrale Herausforderung bleibt die Aktivierung von Menschen mit geringer Engagement-Affinität, wie z.B. Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund und Erwerbslose. Die Infrastruktureinrichtungen spielen hierbei eine herausragende Rolle. Um die o.g. Zielgruppen stärker für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen, empfehlen die Expertinnen und Experten eine lebensweltbezogene, zielgruppengerechte(-re) Ansprache, z.B. organisierbar durch gemeinwesenorientierte Stadtteilarbeit, spezifische Instrumente der Anerkennungskultur sowie langfristige, strategisch ausgerichtete Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen und Stadtteilinitiativen.

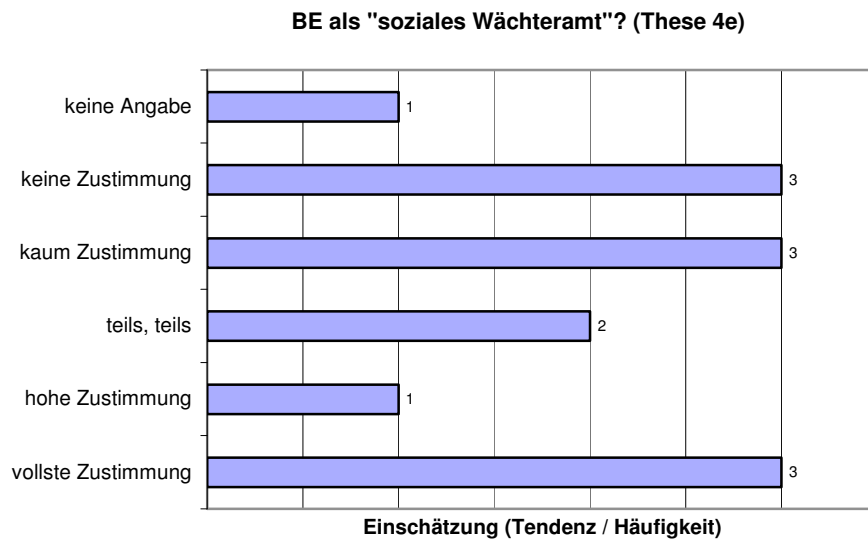
These 4d

Bislang vermitteln Freiwilligenagenturen vorwiegend in die Bereiche Soziales und Kultur. Freiwilligenagenturen müssen sich künftig verstärkt um bislang vernachlässigte Vermittlungsbereiche bzw. Organisationen (z.B. Umwelt- und Naturschutz, Sport und Entwicklungshilfe) kümmern!



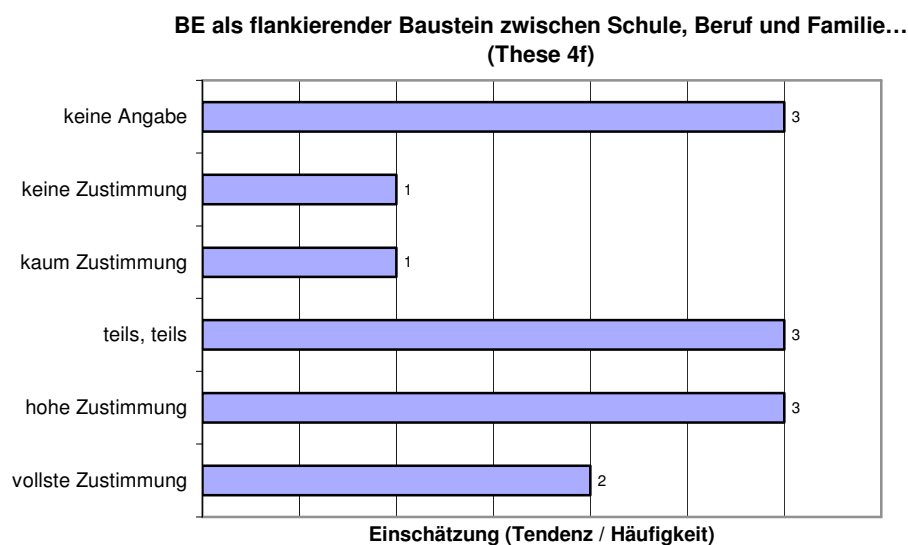
These 4e

Das Auseinanderbrechen der Gesellschaft und der Verteilungskonflikt zwischen Arm und Reich ist problematischer als der Generationenkonflikt. In diesem Kontext erhält das bürgerschaftliche Engagement eine zunehmend wichtige Rolle als soziales „Wächteramt“ oder „public interest lobbyist“.



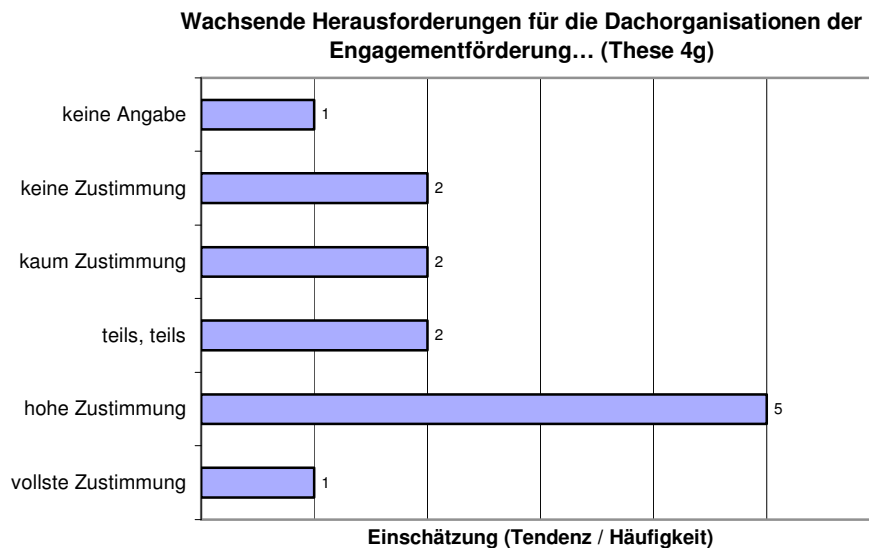
These 4f

Mittel- bis langfristig müssen Mischformen zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und bürgerschaftlichem Engagement entwickelt werden, um Übergänge in die und aus der Erwerbsarbeit besser flankieren zu können. Dies gilt z.B. für Schülerinnen, Schüler und Studierende ebenso wie für Erwerbslose und Senioren.



These 4g

Dach- bzw. Supportorganisationen Engagement fördernder Einrichtungen (bagfa, lagfa, Aktive Bürgerschaft etc.) müssen künftig verstärkt zwischen den Bedürfnissen rein ehrenamtlich arbeitender Initiativen und hochprofessioneller Einrichtungen vermitteln. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, erwächst die Herausforderung, die Serviceangebote weiter zu diversifizieren.



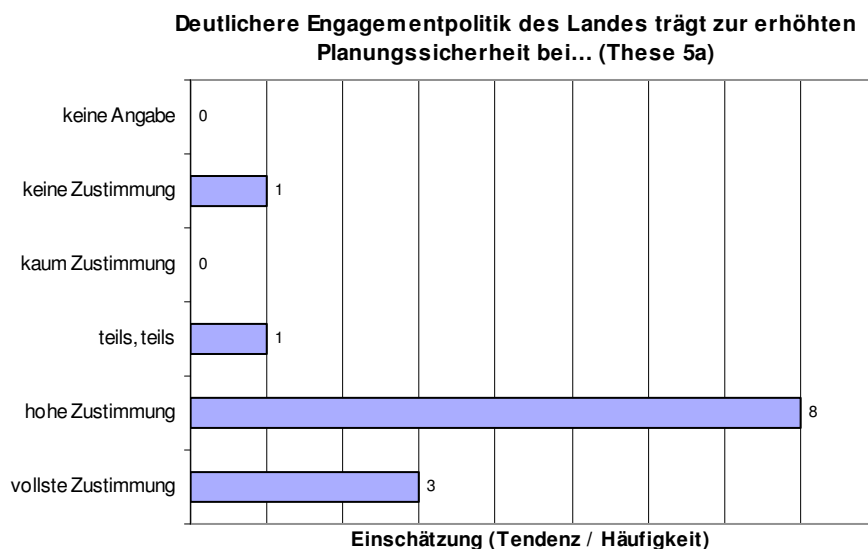
7.5 Themenbereich 5:

Erwartungen an die Landesregierung / MGFFI

(5/I) Bundesländer besitzen vielfältige Möglichkeiten, um bürgerschaftliches Engagement mit geeigneten Instrumenten, Programmen und Projekten zu fördern. Auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und insbesondere das MGFFI wenden hierzu Förderinstrumente an (Stichworte: Internetportal, Landesversicherung und Engagementnachweis sowie Corporate Citizenship-Wettbewerb „ENTERPreis“), die großteils von den Akteuren der Infrastruktureinrichtungen begrüßt werden. Kritik wird geäußert mit Blick auf die strategische Verankerung sowie die ressortübergreifende Abstimmung der Engagementpolitik der Landesregierung.

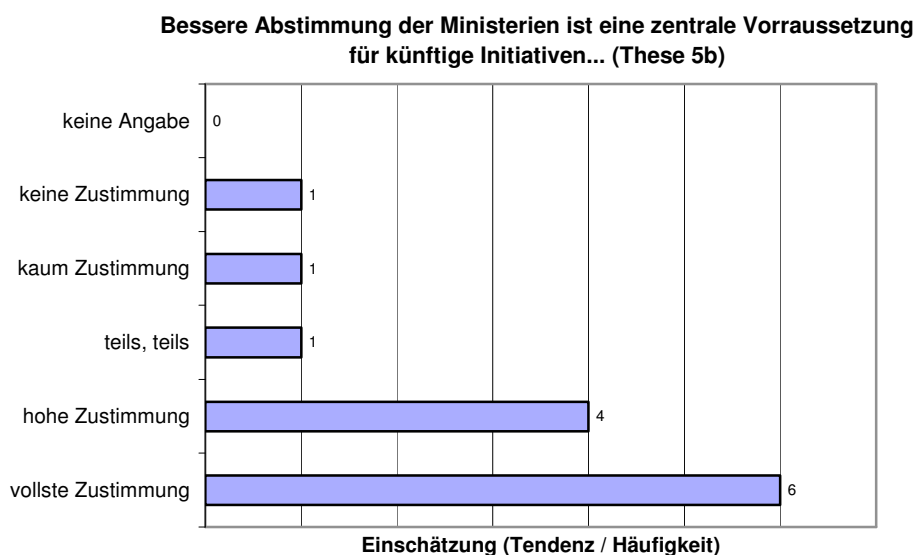
These 5a

Eine besser abgestimmte und kommunizierte Strategie zur Engagementpolitik der Landesregierung würde für mehr Planungssicherheit für die Organisationen des Dritten Sektors, die Infrastruktureinrichtungen und die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sorgen.



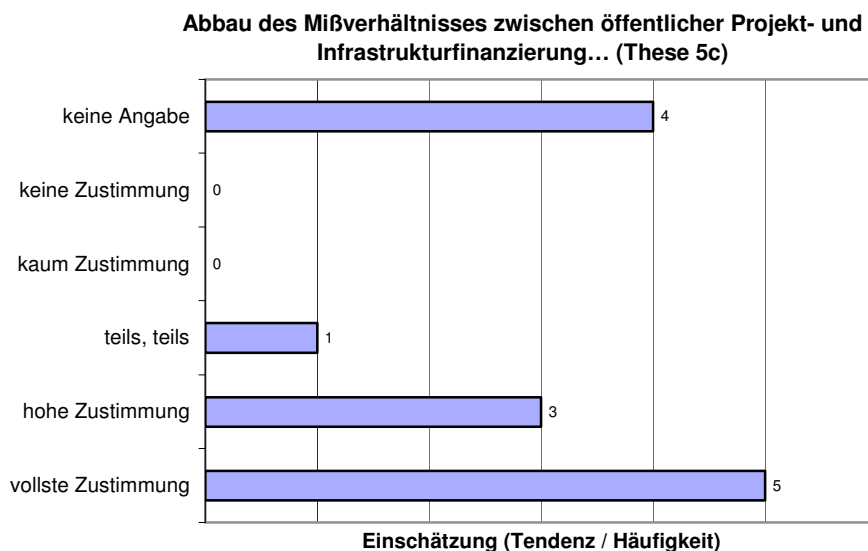
These 5b

Eine bessere interministerielle Vernetzung und Abstimmung zu Engagementpolitik ist eine zentrale Voraussetzung für künftige Initiativen zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen.



These 5c

Sinnvolle Modellfinanzierung von bürgerschaftlichen Engagements (z.B. generations-übergreifende Freiwilligen-Dienste, EFI, Familienzentren) darf nicht gegen notwendige Infrastrukturfinanzierung ausgespielt werden. Das quantitative Missverhältnis zwischen diesen beiden Arten öffentlicher Finanzierung muss längerfristig auch in Nordrhein-Westfalen abgebaut werden.



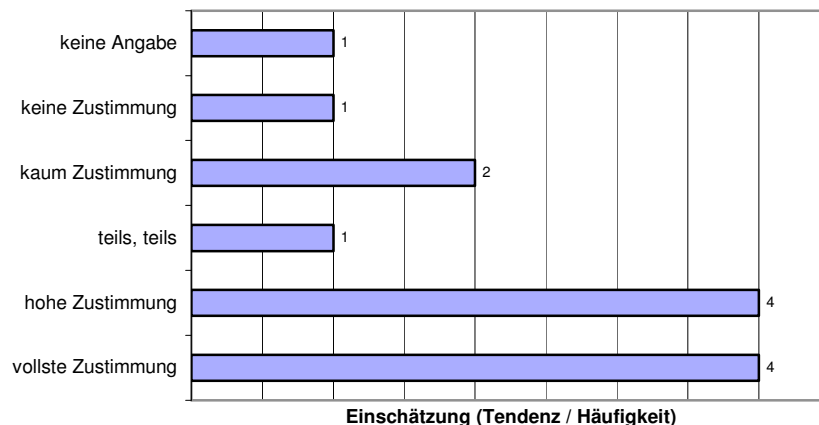
(5/II) Neben der direkten finanziellen Förderung kann die Landesregierung **diverse Initiativen zur Engagementförderung** starten. Oben auf der Prioritätenliste der interviewten Expertinnen und Experten stehen der verbesserte interkommunale Erfahrungsaustausch sowie der Austausch zwischen Verbänden, Stiftungen und Unternehmen. Ferner wird die Schulung von Landesbehörden zu Bedarfen und Spezifika bürgerschaftlichen Engagements und dessen Infrastruktureinrichtungen empfohlen und eingefordert. Investitionen in Qualifizierung und Kompetenzentwicklung werden zudem erwartet für die Mitarbeitenden in Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen und Kommunen (Freiwilligenmanagement, Partizipationsmanagement, Qualitätsmanagement, Marketing, Fund-raising etc.). Zusätzlich wird die Nachfrage nach einem Landesnetzwerk nach Vorbild anderer Bundesländer artikuliert, allerdings mit teilweise skeptischen bis ablehnenden Gegenpositionen.

These 5d

Ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche und langfristig tragfähige Gründung eines Landesnetzwerkes zur Förderung bürgerschaftlichem Engagements besteht darin, eine präzise Aufgabenbestimmung in Abgrenzung und Arbeitsteilung mit bestehenden Netzwerken, Infrastruktureinrichtungen und Zusammenschlüssen in Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

Eine derartige Sondierung ist eine strategische und vorrangige Aufgabe für die Landesregierung bzw. das MGFFI.

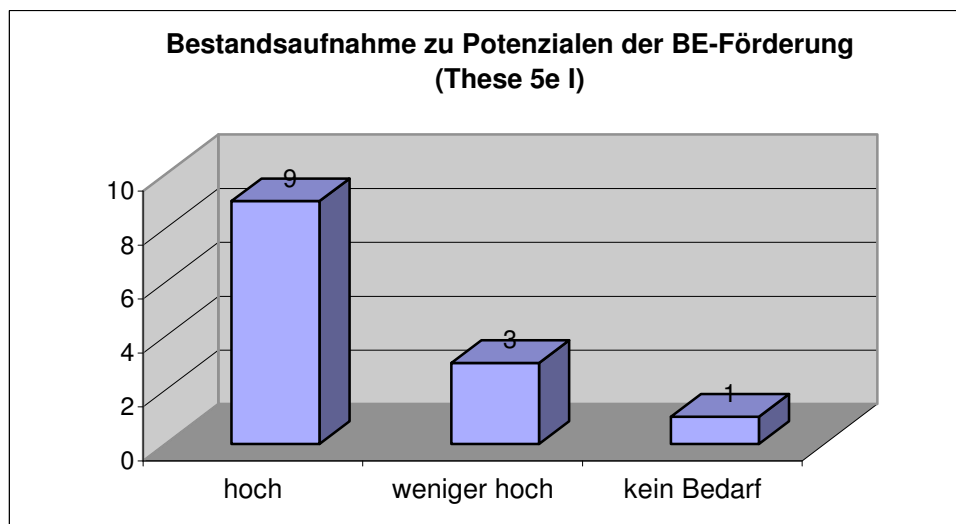
Gründung eines Landesnetzwerkes für die Engagementförderung als vorrangige Aufgabe der Landesregierung... (These 5d)



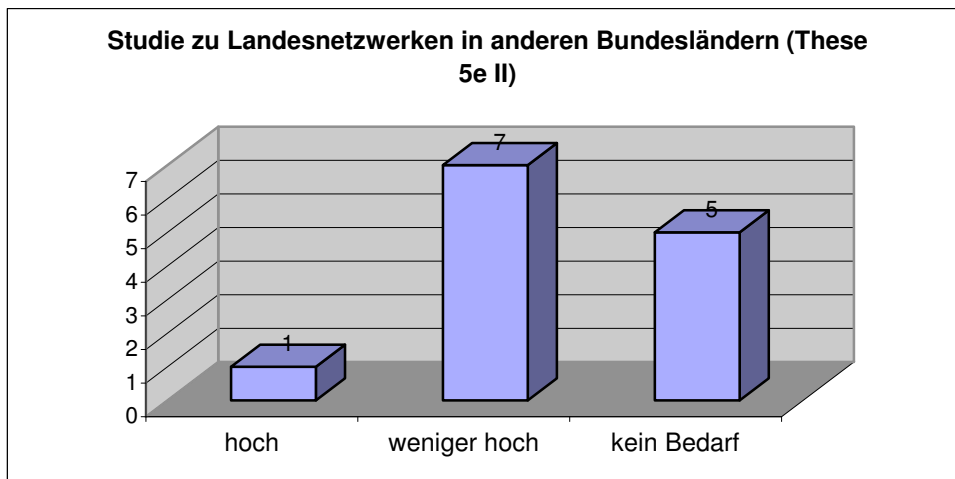
These 5e

Investitionen in Forschung und Evaluation von Prozessen bürgerschaftlichen Engagements und -Projekten sind erforderlich, um eine strategische Engagementpolitik langfristig abzusichern.

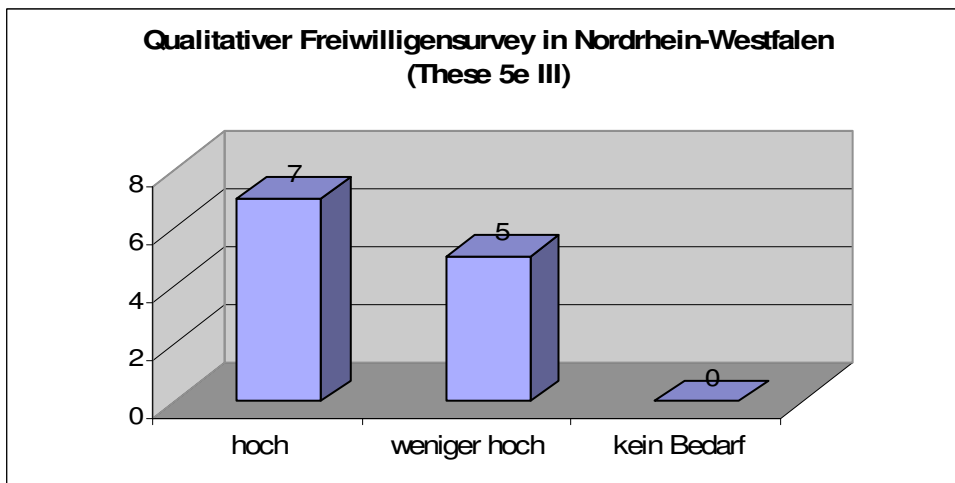
(i) Fachpapier zum Ist-Stand und zu den Potenzialen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch die Landesministerien: ressortspezifisch und -übergreifend als Synopse



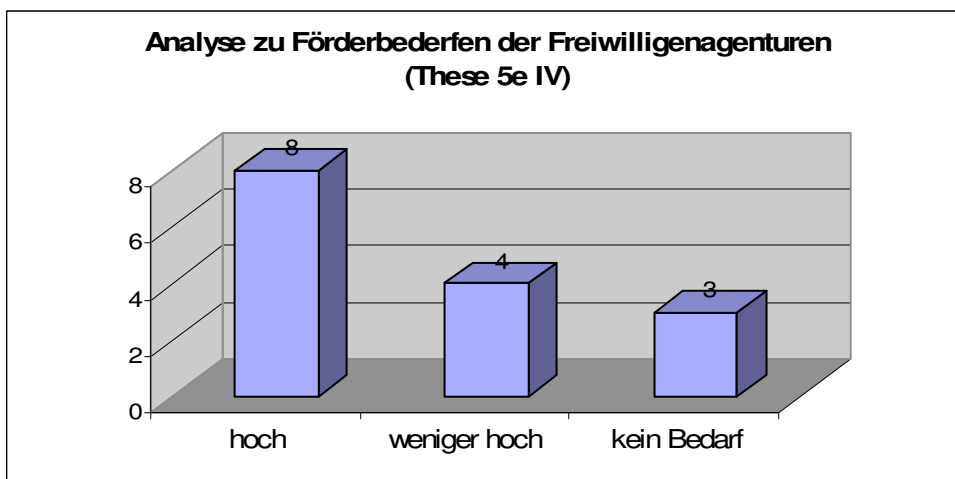
(ii) Studie zu Landesnetzwerken der BE-Förderung in anderen Bundesländern



(iii) Qualitativ ausgerichteter Freiwilligensurvey mit Nordrhein-Westfalen-Spezifika



(iv) Analyse zu spezifischen Förderbedarfen der FA in Nordrhein-Westfalen



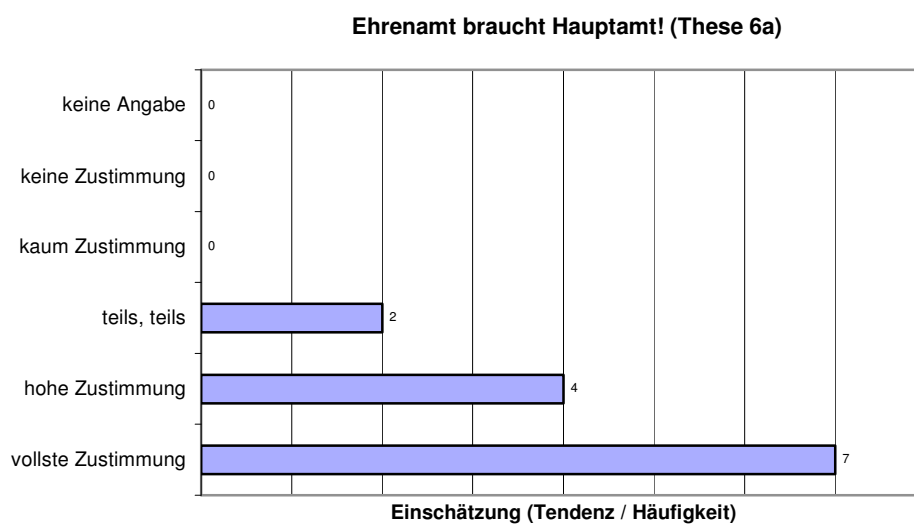
7.6 Themenbereich 6:

Erfolgsbedingungen für die Engagementförderung

Die Zukunft und der Erfolg des bürgerschaftlichen Engagements hängen von diversen Kriterien und Bedingungen ab. Hierzu folgende Thesen:

These 6a

Um ehrenamtliche Arbeit erfolgreich zu fördern und zu unterstützen, werden dringend Mitarbeiter in hauptamtlichen Basisstrukturen z.B. seitens der Kommune benötigt (Schlagwort: Ehrenamt braucht Hauptamt!).



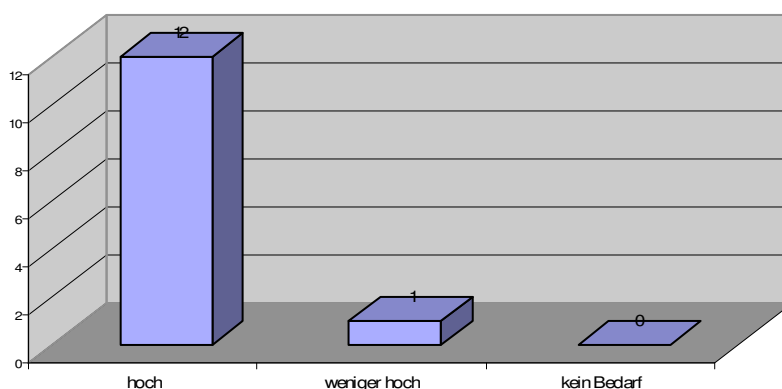
7.7 Themenbereich 7:

Unterstützung

Für die Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung ergeben sich einige konkrete Unterstützungsbedarfe. Dies betrifft die operativ tätigen vermittelnden und meist nicht-stifterischen Einrichtungen als auch die Bürgerstiftungen selbst. Bei den folgenden Punkten wurden die Expertinnen und Experten gebeten den Bedarf einzuschätzen.

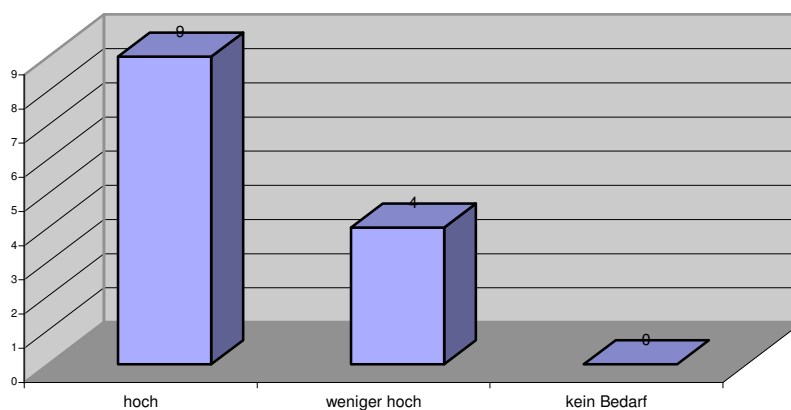
Einschätzung 7a ²⁴

FA: Sockelfinanzierung durch Land und/oder Kommune für den Basisbetrieb²⁴ (Unterstützungsbedarf 7a)



Einschätzung 7b

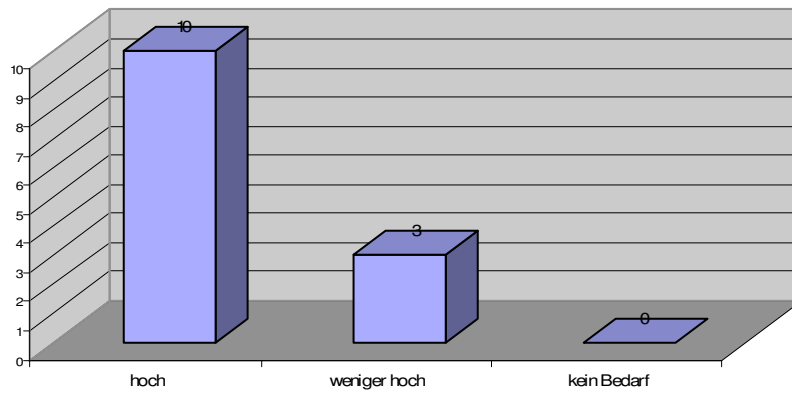
FA: Know-how zur Spenden-/ Mittelakquise (Unterstützungsbedarf 7b)



²⁴ Dabei geht es nicht um eine Vollfinanzierung von allen Aktivitäten und Projekten, sondern vielmehr um eine Sockelfinanzierung, die den Grundbedarf bzw. den Grundbetrieb von Einrichtungen der Engagementförderungen (vor allem FA) sichert.

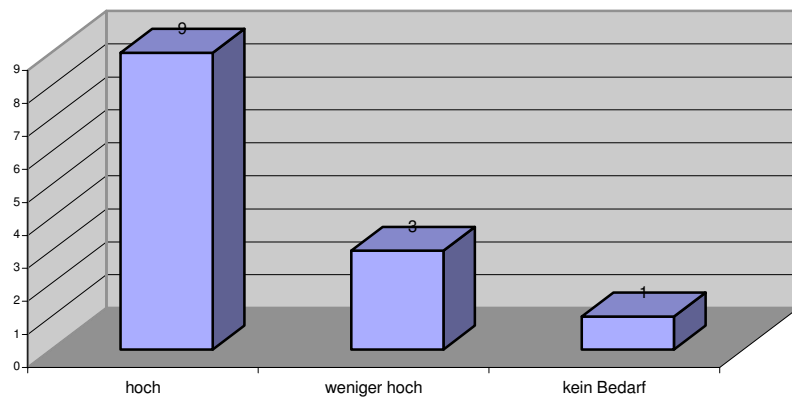
Einschätzung 7c

FA: Know-how: „Wie trete ich an Unternehmen heran?“
(Unterstützungsbedarf 7c)



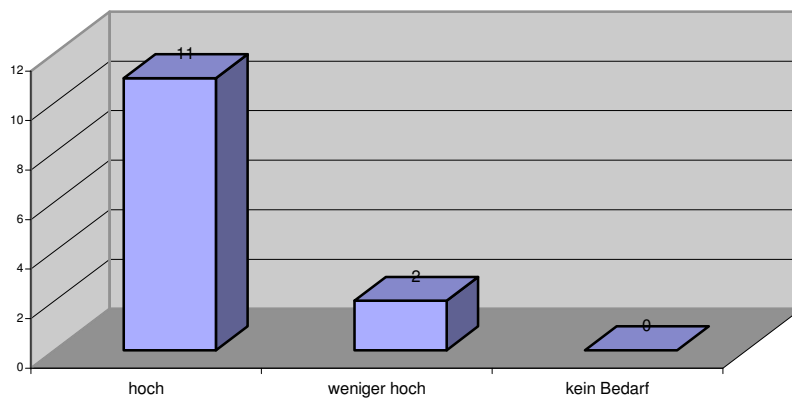
Einschätzung 7d

FA: Ideelle Unterstützung durch die Politik und öffentlichkeitswirksame Organisationen
(Unterstützungsbedarf 7d)



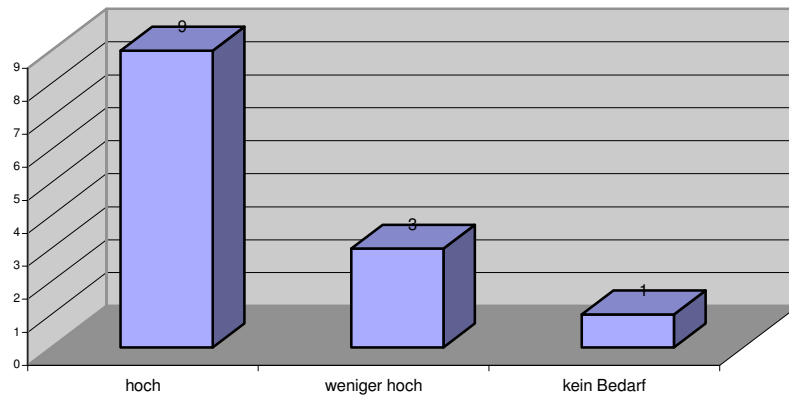
Einschätzung 7e

FA/ KSKS: Akzeptanz durch die gewählten politischen Akteure
(Unterstützungsbedarf 7e)



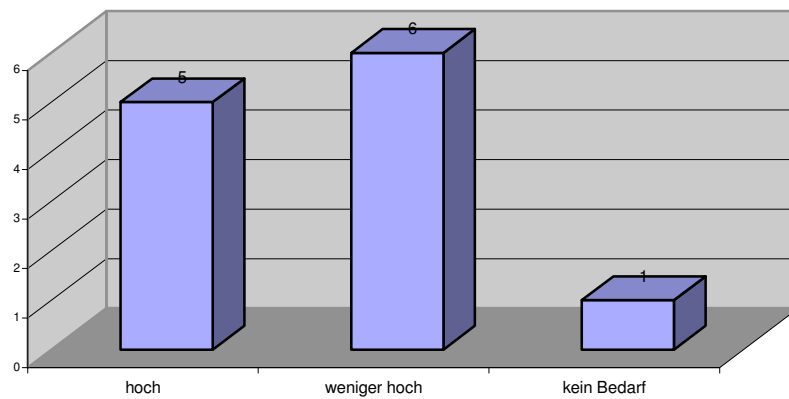
Einschätzung 7f:

KSKS: Bürger/ Wähler müssen die Unterstützung des BE bei der Politik, den kommunalen Behörden stärker einfordern (Unterstützungsbedarf 7f)



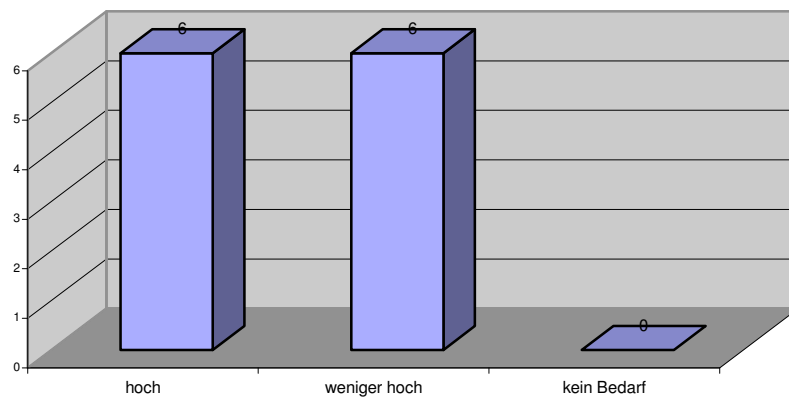
Einschätzung 7g

FA: Supervision für die Akteure vor Ort, weil durch die vielen Projekte auch sehr hohe Konfliktpotenziale entstehen (Unterstützungsbedarf 7g)



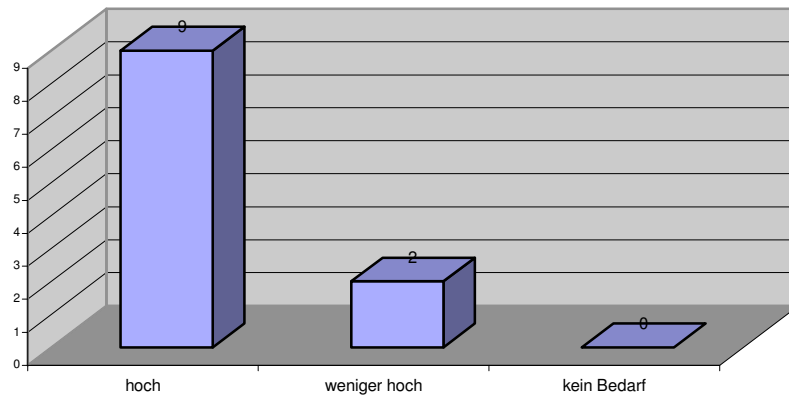
Einschätzung 7h

BS: Vereinheitlichung der Regelungen durch das Bundesfinanzministerium (Abgabenordnung) (Unterstützungsbedarf 7h)



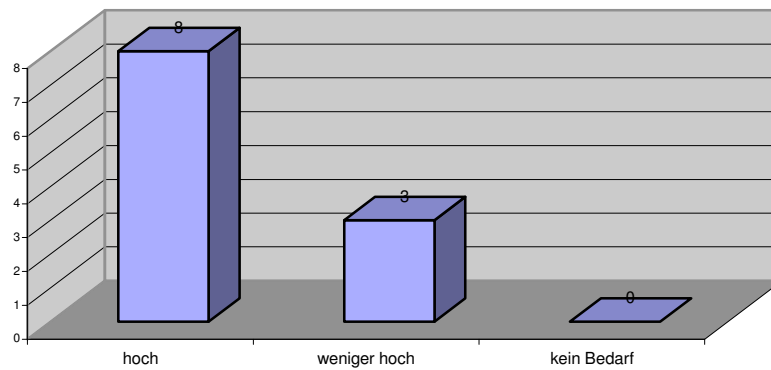
Einschätzung 7i

BS: Vereinfachung und Entschlackung der Regelungen der Finanzverwaltung (Unterstützungsbedarf 7i)



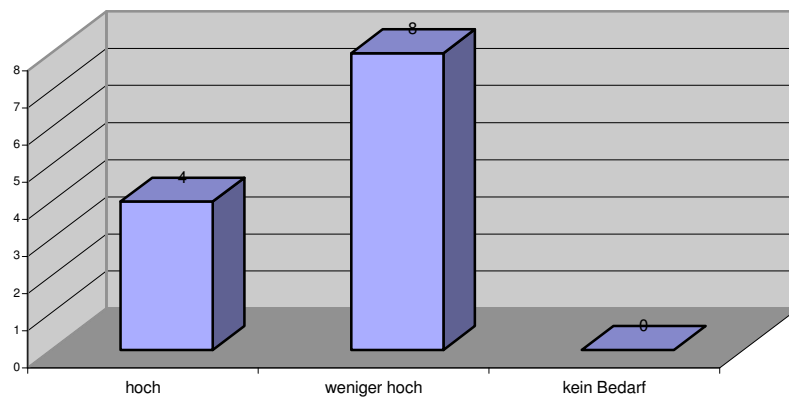
Einschätzung 7j

BS: Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter von Bürgerstiftungen in Richtung Fundraising, (Finanz-)Verwaltung (evtl. Bildungsgutscheine vom Land Nordrhein-Westfalen) (Unterstützungsbedarf 7j)



Einschätzung 7k:

BS: Gründungsleitfaden und eine Mustersatzung (Unterstützungsbedarf 7k)



7.8 Zusammenfassung Delphi 2

Neben Antwortmöglichkeiten im Multiple-Choice-Verfahren standen den Expertinnen und Experten die Möglichkeit offen in freier Rede die einzelnen Thesen zu kommentieren und auf verschiedene Fragen einzugehen. Dabei haben sich insgesamt vier relevante Themenbereiche herauskristallisiert. Die Antworten sind im Folgenden zusammengefasst dargestellt und bilden gleichzeitig das in der dritten Delphi-Runde zurück gespiegelte Thesen- bzw. Datenmaterial.

Finanzierung

Die überwiegende Mehrheit der Expertinnen und Experten sieht in einer grundständigen öffentlichen Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen einen notwendigen Beitrag zur Bewältigung der wachsenden Anforderungen der Engagementförderung. Diese Forderung an die öffentliche Hand wird ergänzt um Empfehlungen an die Infrastruktureinrichtungen selbst: Diese sollten ihre Fundraising-, Marketing- und Lobbystrategien ausweiten, um längerfristig auf einem gesicherten Fundament arbeiten zu können und somit der einseitigen finanziellen Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln zu entgehen. Die Ausweitung derartiger Strategien sollte in einem angemessenen Verhältnis zum Kerngeschäft der Infrastruktureinrichtungen stehen. In diesem Kontext wird die Forderung nach einer gesetzlich verankerten Pflichtaufgabe für Kommunen zur Engagementförderung mehrheitlich abgelehnt bzw. als unrealistisch eingeschätzt.

Netzwerkbildung und Kommunikation

Dass Konkurrenz und Wettbewerb als verdeckte Themen im Dritten Sektor oftmals nicht offen ausgehandelt werden, bestätigen fast alle Expertinnen und Experten. Dies belastet Netzwerkbildungen, welches durch die prekäre Ressourcenausstattung der Infrastruktureinrichtungen noch verstärkt wird. Der latente Konflikt um Ressourcen und Einfluss spiegelt sich auch in der Experten-Einschätzung des Mehrwertes eines bereichs- und sektorenübergreifenden Landesnetzwerks zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen wider: Während mehrheitlich dessen Chancen hervorgehoben und auf Erfolgsfaktoren hingewiesen werden, bleibt ein Minderheitsvotum bei einer skeptischen bis ablehnenden Haltung. Als zentrale Faktoren erfolgreicher Netzwerkarbeit werden genannt: gemeinsam getragene Ziele, angemessene Kosten-Nutzen-Relation, klare Kommunikation des Mehrwertes, (finanzielle) Planungssicherheit der Netzwerkmitglieder sowie die Garantie, keine Lückenbüßerfunktion (Sozialabbau etc.) zu übernehmen.

Rolle der Förderung bürgerschaftlichen Engagements vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen

Die Frage der Rolle der Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und Herausforderungen - insbesondere demographischer Wandel und das sich ausdifferenzierende Gefälle zwischen Arm und Reich - trifft auf stark divergierende

Experteneinschätzungen. Zum einen wird die Problembearbeitungskompetenz eher dem Staat bzw. der Politik zugeschrieben und die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements bzw. der Förderung bürgerschaftlichen Engagements als gering eingeschätzt oder nicht als deren Zuständigkeit gesehen. Zum anderen aber wird bürgerschaftliches Engagement als wichtiger Ort der Wertevermittlung (z.B. Verantwortung, Zivilcourage) und der Vergemeinschaftung begriffen, der sich mit dieser Problematik vor Ort konkret konfrontiert sieht und sich sehr wohl mit diesen Thematiken auseinandersetzen sollte. Einigkeit besteht darin, dass bürgerschaftliches Engagement keinesfalls als Ausfallbürge für wegfallende soziale Leistungen der Gemeinschaft bzw. des Staates herhalten darf.

Erwartungen der Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen an die Landesregierung

Eine besser abgestimmte und kommunizierte Strategie zur Engagementpolitik der Landesregierung wird von der überwiegenden Mehrheit der Expertinnen und Experten eingefordert. Engagementförderung sollte als Querschnittsaufgabe und ressortübergreifendes Politikfeld gestaltet werden. Ein Minderheitsvotum argumentiert in die Gegenrichtung: Engagementförderung vor Ort in den Kommunen sei effizienter und relevanter als landesweite Förderpolitiken.

Als Beispiel für eine verbesserte strategische Abstimmung wird eine Bestandsaufnahme der bestehenden Förderinstrumente und deren Bedarfsorientierung/Passgenauigkeit empfohlen. Im Hinblick auf ein - mehrheitlich befürwortetes - künftiges Landesnetzwerk wird dafür plädiert, vor dessen Gründung präzise Aufgabenbestimmungen in Abgrenzung und Arbeitsteilung mit bestehenden Netzwerken, Infrastruktureinrichtungen und Zusammenschlüssen in Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

Unter den Expertinnen und Experten besteht sehr großer Konsens darin, sinnvolle Modellfinanzierung zur Engagementförderung nicht gegen notwendige (und defizitäre) Infrastrukturfinanzierung auszuspielen.

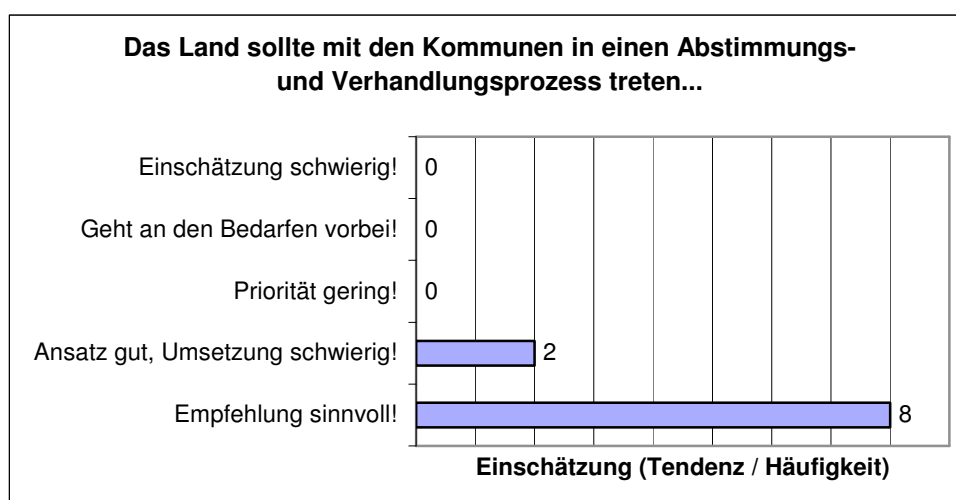
8. Ergebnisse Delphi 3: Schriftliche Befragung von Expertinnen und Experten

Für die dritte Stufe der Befragung (Delphi 3) wurden den Expertinnen und Experten vorab Handlungsempfehlungen zur Einschätzung und Bewertung vorgelegt (siehe Anhang Fragebogen Delphi 3). Deren Auswertung zeigt: In den Grundtendenzen teilen die Expertinnen und Experten die ihnen vorgelegten Handlungsempfehlungen, die große Mehrheit stimmt diesen mit unterschiedlicher Intensität zu. Tendenziell umstritten bleiben die bereits in den beiden ersten Befragungsrunden (Expertinnen und Experten-Interviews und Delphi2) ermittelten Einstellungen zu sektorübergreifenden Vernetzungsformen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen. Nachfolgend die Bewertungen im Einzelnen, dabei standen den Expertinnen und Experten folgende Antwortkategorien zur Auswahl (in den Grafiken verkürzt wiedergegeben):

- Eine sinnvolle Empfehlung, die ich unterstütze!
- Guter Ansatz, aber in der Umsetzung schwierig bzw. unrealistisch!
- Eine Empfehlung, deren Priorität ich als gering einschätze!
- Diese Empfehlung geht völlig an den Bedarfen vorbei!
- Die Einschätzung fällt mir schwer!

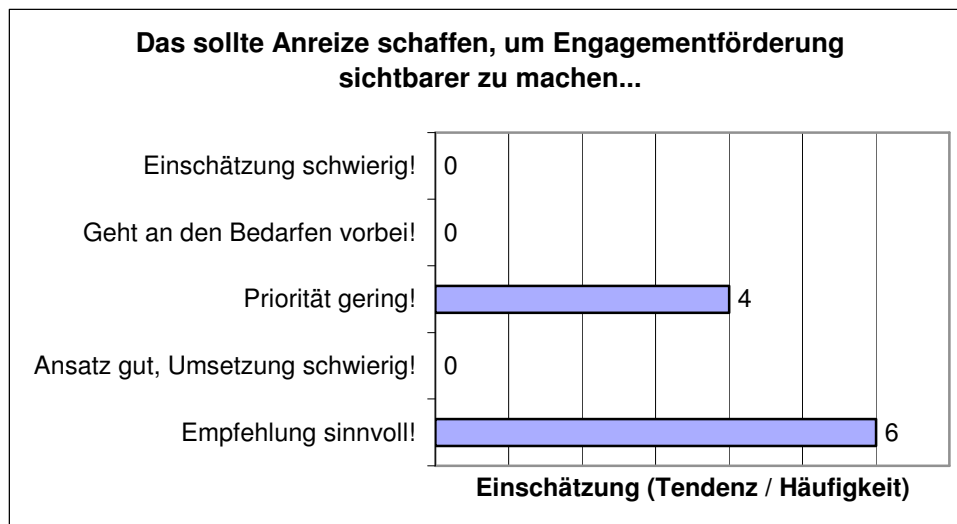
Empfehlung 1

Das Land Nordrhein-Westfalen sollte mit den Kommunen (ggf. auch Bundesregierung) in einen Abstimmungs- und Verhandlungsprozess treten, um Möglichkeiten der zukünftigen Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen zu erörtern!



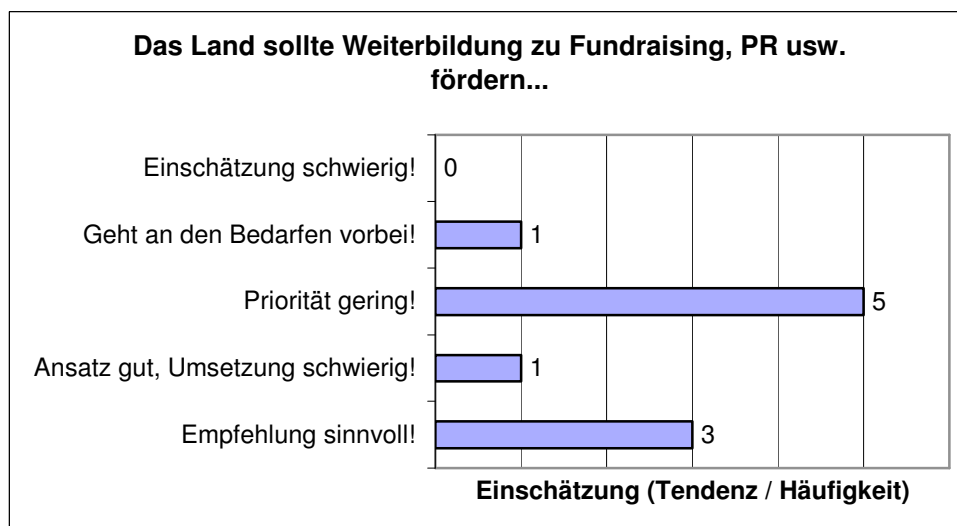
Empfehlung 2

Das Land Nordrhein-Westfalen sollte Anreize schaffen (z.B. über einen Wettbewerb „Bürgerkommune“), um die Engagementförderung in den 396 Kommunen des Landes zu unterstützen und sichtbarer zu machen!



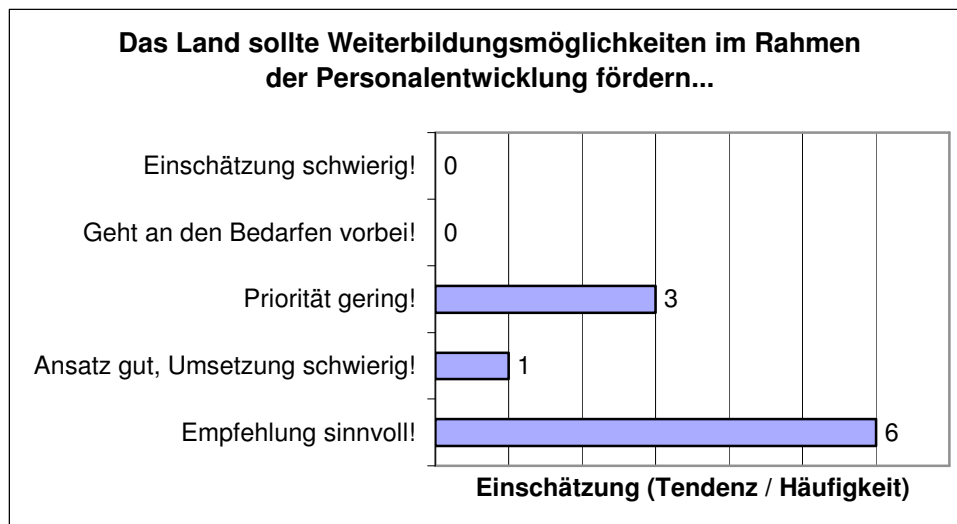
Empfehlung 3

Das Land sollte spezifische Weiterbildungsmöglichkeiten zu Fundraising und Marketing/PR für Infrastruktureinrichtungen fördern!



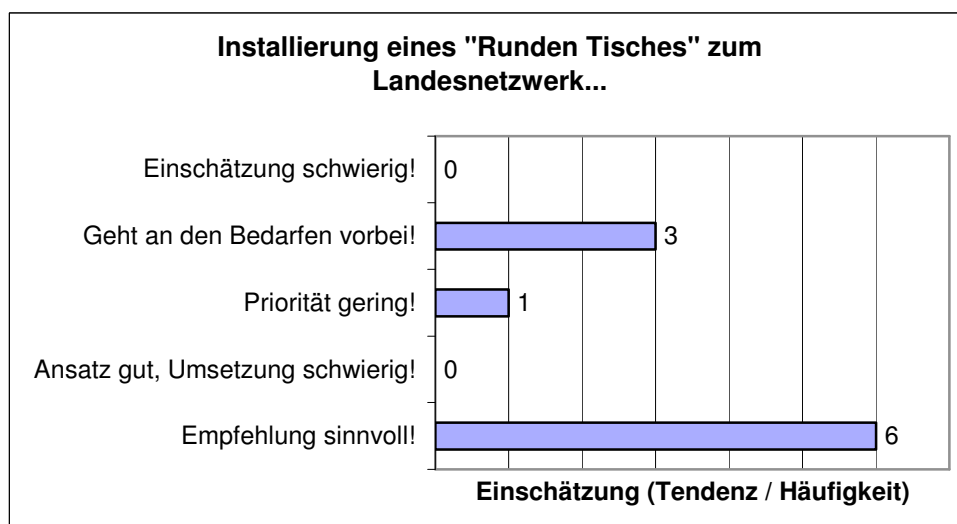
Empfehlung 4

Das Land bzw. das MGFFI sollte Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Personalentwicklung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Engagementförderung auch bei den „Soft Skills“ (Kommunikations- und Beratungsfähigkeiten, Konfliktfähigkeit usw.) anbieten bzw. fördern.



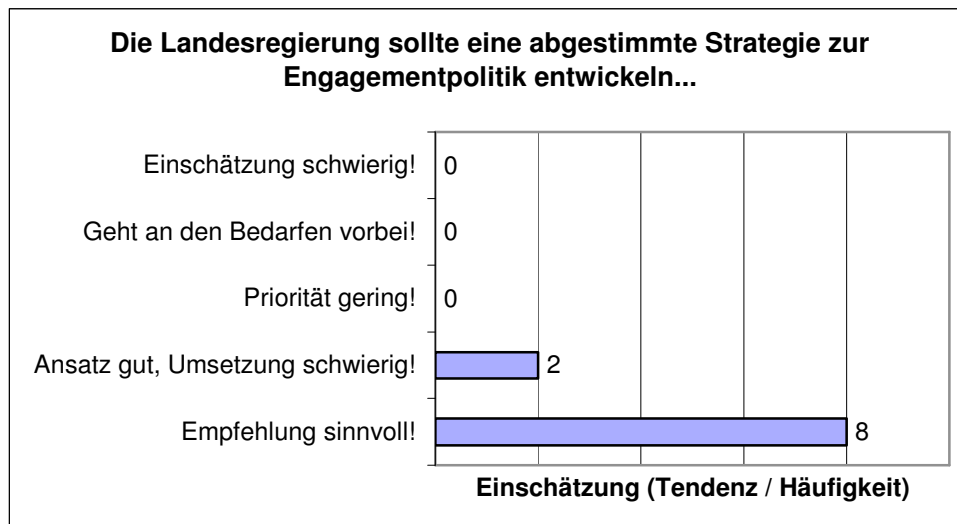
Empfehlung 5

Bevor ein Landesnetzwerk zur Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen gegründet wird, sollte ein Runder Tisch nebst Expertenhearing installiert werden, an dem alle relevanten Dachorganisationen, Netzwerke und Infrastrukturen dessen Möglichkeiten und Grenzen partizipativ erörtern.



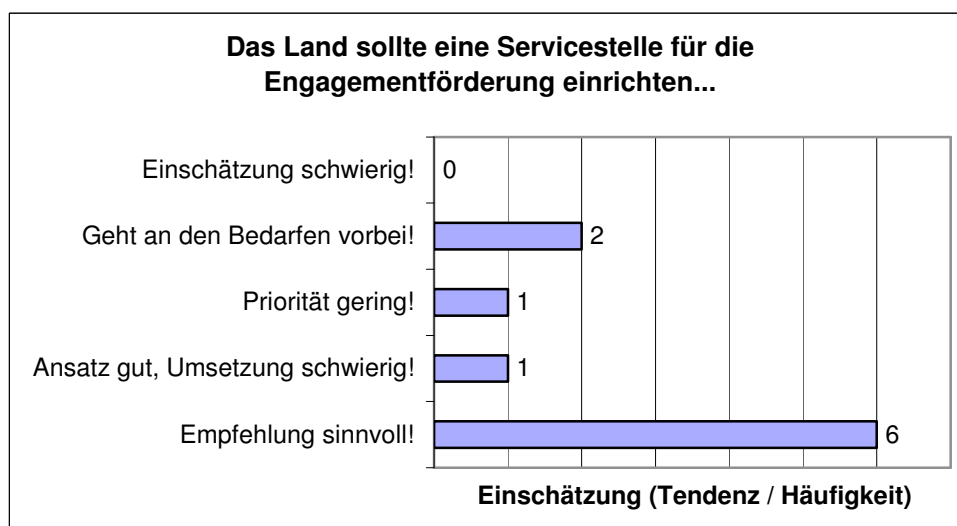
Empfehlung 6

Die Landesregierung / das MGFFI sollte mit hoher Priorität eine abgestimmte Strategie zur Engagementpolitik entwickeln und veröffentlichen, die auf einer Bestandsanalyse der bisherigen Förderinstrumente und deren Wirksamkeit basiert.



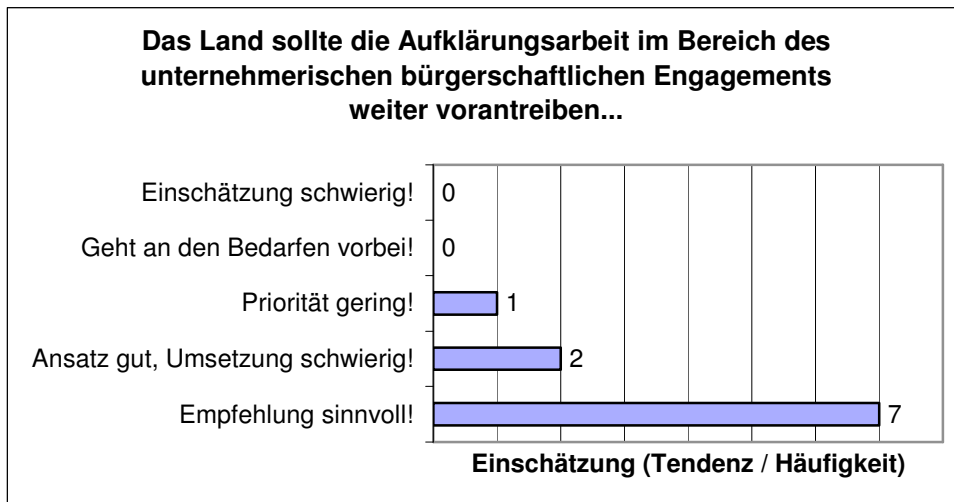
Empfehlung 7

Das Land sollte eine Servicestelle einrichten, die die Einrichtungen der Engagementförderung mit aktuellen Informationen zu Gesetzesänderungen, wissenschaftlichen Erkenntnissen, Veranstaltungshinweisen, Förderprogrammen und dergleichen mehr versorgt.



Empfehlung 8

Das Land sollte die Aufklärungsarbeit im Bereich des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements weiter vorantreiben und die weitere Vernetzung zwischen Unternehmen und Einrichtungen der Engagementförderung fördern.



9. Handlungs- empfehlungen

Die nachfolgenden Empfehlungen zur Stärkung einer zukunftsfähigen Infrastruktur der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen versuchen, die Quintessenz des methodisch aufwendigen, mehrstufigen Verfahrens der Expertenbefragung zu pointieren.

Die Tendenzen der Zustimmung zu den angebotenen Handlungsempfehlungen werden illustriert, indem die Reihenfolge der aufgeführten Empfehlungen die Prioritäten der befragten Expertinnen und Experten dokumentieren. Im Lichte der Gesamtergebnisse der umfangreichen Befragung werden diese kommentiert und konkretisiert. Ergänzt werden die fünf „Kernempfehlungen“ um flankierende Empfehlungen, die sich aus der Reflexion der Gesamtergebnisse der Forschungsarbeiten generieren lassen.

A) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte mit hoher Priorität eine abgestimmte Strategie zur Engagementpolitik entwickeln und veröffentlichen, die auf einer Bestandsanalyse der bisherigen Förderinstrumente und deren Wirksamkeit basiert.

Kommentierung und Konkretisierung:

Die Voten der Expertinnen und Experten zu dieser Empfehlung sind so eindeutig, dass die eingeforderte Strategieentwicklung mit hoher Priorität implementiert werden sollte. Die hierzu erforderliche ressortübergreifende Abstimmung der jeweiligen engagementpolitischen Akteure innerhalb der Landesregierung ist zudem Erfolgsbedingung, dass die vielfältigen und zahlreichen Förderinstrumente der einzelnen Ressorts einer Bestands- und Wirksamkeitsanalyse unterzogen werden. Konkret empfehlen wir dem MGFFI die Erarbeitung eines Fachpapiers, das die ressortspezifischen wie die -übergreifenden Instrumente bürgerschaftlichen Engagements synoptisch gegenüberstellt, um den Status der engagementpolitischen Aktivitäten transparent zu machen und ggf. Synergienmöglichkeiten zu analysieren.

Wir interpretieren dieses klare Expertenvotum auch als Hinweis darauf, dass ambitionierte landesweite Projekte, Kampagnen oder Netzwerke dann besonders wirksam bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen stärken, wenn die Landesregierung ihre eigenen Förderinstrumente besser koordiniert und strategisch verankert hat. Mit Blick auf das mehrheitlich befürwortete, jedoch mit ernstzunehmenden Gegenargumenten konfrontierte (sektorübergreifende) Landesnetzwerk (siehe Handlungsempfehlung 5) lässt sich daher eine weitere Empfehlung generieren: Je besser die Landesregierung in der Engagementpolitik „vernetzt“ ist und auf dieser Basis eine

konsistente Strategie entwickelt hat, desto erfolgreicher können staatliche Institutionen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen in einem (mittelfristig denkbaren) Landesnetzwerk zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen kooperieren.

Innerhalb der Landesregierung existiert eine interministerielle Arbeitsgruppe zum bürgerschaftlichen Engagement, in der ein regelmäßiger Informationsaustausch sowie Erörterung und Abstimmung über aktuelle Entwicklungen und Projekte in den Ressorts, auf Landes- sowie auf Bundesebene, stattfindet. Dieses Gremium eignet sich als Forum zur kontinuierlichen Abstimmung der eingeforderten Strategieentwicklung.

B) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte mit dem Bund und den Kommunen in einen Abstimmungs- und Verhandlungsprozess treten, um Möglichkeiten der zukünftigen Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen zu erörtern.

Kommentierung und Konkretisierung:

Auch dieser Handlungsempfehlung stimmen die Expertinnen und Experten mit Nachdruck zu – auch wenn einzelne die Umsetzbarkeit dieses Vorschlags skeptisch sehen. Konkrete Vorschläge für eine gemeinsame Finanzierungsverantwortung von Land und Kommunen finden sich mit Blick auf die Expertenantworten (Delphi 3).

Die zukünftige (öffentliche) Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen sieht die überwiegende Mehrheit der Expertinnen und Experten als Notwendigkeit an, um den wachsenden Anforderung an die Einrichtungen gewachsen zu sein. Im Rahmen von Delphi 3 fragten wir daher nach Konkretisierungen der Kernforderung einer „grundständigen öffentlichen Finanzierung“ von Infrastruktureinrichtungen. Neben quantitativen Parametern wie der Größe der Kommune werden auch qualitative Förderkriterien artikuliert, die auf strukturelle Rahmenbedingungen von Kommunen verweisen (ländliche oder urbane Region, soziale Problemlagen etc.). Bestätigt wird auch in der letzten Expertenbefragung, dass eine solide öffentliche Basisfinanzierung ein Erfolgsfaktor für die Entwicklung (innovativer) Projekte ist, was wiederum die Konsolidierung der Einrichtungen unterstützen kann (positiver Rückkopplungseffekt).

Es mag überraschen, wie stark die expertengestützten Forschungsergebnisse mit den diesbezüglichen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission übereinstimmen: „Der Aufbau einer lokalen Infrastruktur für Bürgerengagement lässt sich auf Dauer nicht ohne eine öffentliche Grundfinanzierung bewältigen. Die Kommunen sind damit allein ebenso überfordert wie die Länder; erst

als Gemeinschaftsaufgabe aller föderalen Ebenen kann die Förderung lokaler Infrastruktureinrichtungen auf sicheren Füßen stehen.“²⁵

An die Adresse der Infrastruktureinrichtungen lassen sich ergänzende Empfehlungen richten: So ist es insbesondere für Freiwilligenagenturen überlebenswichtig, tragfähige Modelle der Mischfinanzierung sowie kreative Fundraisingkonzepte zu entwickeln, damit keine einseitigen Abhängigkeiten von öffentlichen Ressourcen produziert werden. Ein Blick auf erfolgreich arbeitende Agenturen belegt zudem, dass deren Finanzierungsbasis durch diverse Mittelgeber aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (v.a. Stiftungen) gesichert wird. Auf diese Weise kann es gelingen, den Spagat zwischen der Kernarbeit (Vermittlung und Beratung) und der Realisierung (innovativer) Projekte zu meistern.

Hinsichtlich der Frage, welcher Einrichtungstyp für eine öffentliche Förderung mit Priorität in Frage kommt, tendiert die Mehrheit klar in Richtung Freiwilligenagenturen bzw. -zentren. Gleichwohl auch Bürgerstiftungen erhebliche Schwierigkeiten haben, hauptamtliche Infrastruktur aufzubauen bzw. aufrechtzuerhalten, wird ihnen dennoch eher die Fähigkeit zur Selbstfinanzierung zugetraut sowie die Rolle des Geldgebers von Projekten bürgerschaftlichen Engagements zugewiesen (Details zum Verhältnis Freiwilligenagenturen/Bürgerstiftungen siehe Handlungsempfehlung 6).

Eine bessere Kommunikation zwischen Landesregierung und den Kommunen in Nordrhein-Westfalen wird ferner eingefordert zur Frage der interkommunalen Vernetzung. Auf der einen Seite können und sollen dies Kommunen selbst organisieren, indem sie auf Kreisebene (siehe z.B. Netzwerk Bürgerengagement im Kreis Recklinghausen), in einer kreisfreien Stadt (siehe z.B. Netzwerk Bürgerengagement Köln) bzw. in einer Region (siehe z.B. Netzwerk Ruhrgebiet) geeignete Foren der Vernetzung realisieren. Auf der anderen Seite sollte die Landesregierung Anreize schaffen, um die Engagementförderung in den 396 Kommunen des Landes zu unterstützen und sichtbarer zu machen (siehe hierzu Handlungsempfehlung Delphi 3). Ob und inwieweit hierzu die Initiierung eines Landeswettbewerbs unter der Überschrift „Bürgerkommunen in Nordrhein-Westfalen“ Ziel führend sein kann, ist zumindest unter den Expertinnen und Experten umstritten. Wir empfehlen Initiativen zur Stärkung von Kommunikation und Kooperation zwischen Land und Kommunen, die z.B. mittels Fachtagungen sondiert und weiterentwickelt werden können.

²⁵ Vgl. Enquete-Kommission 2002: S. 317.

C) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte die Aufklärungsarbeit im Bereich des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements weiter vorantreiben und die weitere Vernetzung zwischen Unternehmen und Einrichtungen der Engagementförderung fördern.

Kommentierung und Konkretisierung:

Dieser Empfehlung wird in der Grundtendenz zugestimmt. Konkretisiert wird sie z.B. mit Blick auf unterstützende Hilfestellungen für die Infrastruktureinrichtungen vor Ort. So könnte die Landesregierung z.B. Schulungen und Beratungen für die Kommunen und Freiwilligenagenturen anbieten, damit diese effektiver und gezielter Instrumente und Methoden zur Gewinnung des Engagements von Unternehmen („Marktplatzmethode“ etc.) einsetzen können. Beispiele für derartige Aktivitäten und Kooperationen sind der ENTERPreis²⁶ als Unternehmenswettbewerb des MGFFI, in dem Ende 2007 erneut herausragende Beispiele für unternehmerisches Engagement im Rahmen von Corporate Citizenship prämiert wurden. Ein weiterer Leuchtturm hinsichtlich Zusammenarbeit zwischen sozialen bzw. gemeinwohlorientierten Organisationen und Unternehmen ist der in 2006 erstmals durchgeführte Ruhrdax²⁷. In dieser Initiative arbeiten Sponsoren aus Unternehmen partnerschaftlich mit Engagement fördernden Einrichtungen, wie dem CBE, der Ehrenamt Agentur Essen e.V., dem Paritätischen NW e.V. und dem Netzwerk Ruhrgebiet zusammen. Das Kölner Netzwerk Bürgerengagement ist ebenfalls auf dem Gebiet des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements aktiv. Die Initiative „Unternehmen – Engagiert in Köln“²⁸ will, dass Köln eine noch lebendigere Bürgerstadt wird. Unternehmen können hier eine Selbstverpflichtung für Bürgerengagement eingehen und werden dafür ausgezeichnet.

D) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Personalentwicklung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Engagementförderung auch bei den „soft skills“ (Kommunikations- und Beratungsfähigkeiten, Konfliktfähigkeit usw.) anbieten bzw. fördern.

Kommentierung und Konkretisierung:

Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten werden von Infrastruktureinrichtungen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stark nachgefragt. Angesichts der stetig wachsenden Aufgaben der Einrichtungen ist dies nachvollziehbar und folgerichtig. Die Qualifizierungs- und Kompetenzanforderungen beziehen sich nicht nur auf Existenz sichernde Bereiche wie Fundraising, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch auf jene „weichen Faktoren“ wie Kommunikations- und

²⁶ www.engagiert-in-nrw.de

²⁷ www.ruhrdax.de

²⁸ www.engagiert-in-koeln.de/unternehmen

Vernetzungskompetenz. Die Beurteilung der Expertinnen und Experten der von uns angebotenen Empfehlungen brachte eine interessante Tendenz ans Licht: Die Förderung von „soft skills“ wird mit höherer Priorität nachgefragt als die ebenfalls zur Bewertung offerierte Förderung von „hard skills“.

Die Frage, inwieweit das Land entsprechende Qualifizierungsangebote gezielt unterstützen sollte, wird differenziert kommentiert: So wird auf die große Anzahl bestehender Weiterbildungsangebote in Nordrhein-Westfalen verwiesen, die die nachgefragten Kompetenzen im Wesentlichen abdecken. Die Landesregierung sollte daher dafür Sorge tragen, dass diese Angebote (z.B. in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände oder perspektivisch der lagfa) aufrechterhalten bleiben und der tatsächlichen Nachfrage der Infrastruktureinrichtungen (sowie den von ihnen vermittelten Freiwilligen) entsprechen.

E) Die Entwicklung eines bereichs- und sektorübergreifenden Landesnetzwerks zur Stärkung des Bürgerengagements in Nordrhein-Westfalen wird unter bestimmten Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Expertenhinweise (Erfolgsfaktoren) empfohlen.

Kommentierung und Konkretisierung:

Die Gründung eines Landesnetzwerks wird im Rückblick auf die differenzierten und qualifizierten Expertenmeinungen mittelfristig als Erfolg versprechend eingeschätzt. Bereits vor der letzten Befragungsrunde konnten relativ präzise Erfolgsbedingungen für eine landesweite Vernetzung der wichtigen Akteure bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen dokumentiert werden (vgl. Delphi 3-Fragebogen). Zur letzten Befragungsrunde lieferten die Expertinnen und Experten weitere bedenkenswerte Anregungen für die Entwicklung eines Landesnetzwerks. Auf der einen Seite wurden zusätzliche Erfolgsbedingungen artikuliert: So sollten bestehende Netzwerke wie das Städte-Netzwerk NRW, die lagfa, das Netzwerk Ruhrgebiet sowie weitere wichtige Akteure der Engagementpolitik unbedingt vorab konsultiert und in die Netzwerkentwicklung involviert werden. Dies tendiert in die Richtung des Vorschlags, einen „Runden Tisch“ vor der Netzwerkgründung zu installieren. Von einigen Expertinnen und Experten wird dieser konkrete Vorschlag jedoch als zu aufwendig bzw. unnötig eingeschätzt. Zweitens sollte das Land die richtige Balance zwischen Netzwerkarbeit und der Schwerpunktarbeit vor Ort finden. Drittens wird eine themen- und projektorientierte Arbeit als essentiell für die Netzwerkarbeit eingestuft.

Auf der anderen Seite wurden bereits mögliche Organisationsformen eines Landesnetzwerks skizziert („Netzwerkknotten“-Modell oder „Inner-Outer-Circle“-Modell), auch dies sollte rechtzeitig mit den relevanten Akteuren in Nordrhein-Westfalen abgestimmt werden. Sofern eine interkommunale Vernetzung über ein Landesnetzwerk angestrebt wird, ist die rechtzeitige Einbe-

ziehung der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen unabdingbar. Die im Fragebogen (Delphi 3) angebotene Empfehlung, eine Servicestelle als Dienstleisterin für alle Fragen rund ums bürgerschaftliche Engagement ins Leben zu rufen, wird mit der Gründung eines Landesnetzwerks in Verbindung gebracht – nach dem Vorbild des BBE, das über eine entsprechende Geschäfts- und Servicestelle verfügt.

Ein Blick auf existierende und meist erfolgreich arbeitende Landesnetzwerke der Engagementförderung²⁹ verdeutlicht zudem, dass Vernetzungsstrategien und Netzwerkstrukturen sehr unterschiedlich gestaltet werden können und selbstverständlich den regionalen Kontexten und Akteurskonstellationen angepasst sein müssen. In diesem Zusammenhang empfehlen wir der nordrhein-westfälischen Landesregierung, in Sondierungsgesprächen mit Akteuren in Nordrhein-Westfalen sowie mit Netzwerkakteuren der anderen Bundesländer (zzgl. BBE) zu erörtern, welche Strategien und Strukturen zur längerfristig anzustrebenden Netzwerkgründung praktikabel und Erfolg versprechend sind. Ohne diesen notwendigen Sondierungen vorgreifen zu wollen, verweisen wir auf eine zentrale Voraussetzung zum Gelingen sektorübergreifender Vernetzung, die wir in der Handlungsempfehlung 1 unter dem Stichwort „Strategieentwicklung zur Engagementpolitik“ näher erläutert haben.

F) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte die Infrastruktureinrichtungen dabei unterstützen, ihr Binnenverhältnis zu reflektieren und produktive Kooperationen zur Stärkung des Engagements vor Ort zu entwickeln.

Kommentierung und Konkretisierung:

Die vorliegende Studie konnte herausarbeiten, wie vielfältig und differenziert die Infrastruktur der Engagementförderung mittlerweile insbesondere in Nordrhein-Westfalen entwickelt ist. Auch quantitativ lässt sich festhalten: Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland nicht nur mit den meisten Freiwilligenagenturen bzw. -zentren, sondern auch mit den meisten Bürgerstiftungen in Deutschland. Eine ähnlich dynamische Entwicklung lässt sich auch für die kommunalen Stabs- oder Koordinierungsstellen der Engagementförderung konstatieren. Innovative lokale wie regionale Vernetzungsformen sind ebenfalls in Nordrhein-Westfalen beobachtbar – mit Modellcharakter für andere Kommunen. Dies hat zur Folge, dass gerade in größeren Kommunen verschiedene Einrichtungstypen existieren oder präziser: Koexistieren.

Gerade mit Blick auf das Verhältnis zwischen Bürgerstiftungen und Freiwilligenagenturen bzw. -zentren lassen sich nicht nur konstruktive Kooperationen, sondern auch Konkurrenzrelationen konstatieren. Diese resultieren aus rational nachvollziehbaren Gründen: Beide Organisationen sind

²⁹ Vgl. Centrum für bürgerschaftliches Engagement (Mülheim/Ruhr) in Kooperation mit Martin Rüttgers, Politikberatung & Forschung (2005): Netzwerke der Engagementförderung in Deutschland.

mit prekärer Finanz- und Ressourcenausstattung ihres Kerngeschäfts bzw. ihrer hauptamtlichen Personalstruktur konfrontiert. Sie wollen innovative und notwendige Projekte des bürgerschaftlichen Engagements entwickeln und fördern, ohne über eine langfristig gesicherte grundständige Finanzierung ihrer Geschäftsstelle (siehe Handlungsempfehlung 2) zu verfügen. Folgerichtig müssen sie Projekt- und Drittmittel akquirieren und kommen hierdurch oftmals in eine Konkurrenzsituation. Diese realtypische Ausgangsbedingung zur Engagementförderung vor Ort wird häufig (auch von vielen Expertinnen und Experten) verwechselt mit der idealtypischen Arbeitsteilung zwischen Bürgerstiftungen und Freiwilligenagenturen: Hier die Bürgerstiftung, die Projekte finanziell fördert, dort die Freiwilligenagentur, die bürgerschaftliches Engagement vermittelt und qualitativ weiterentwickelt.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung kann zu einem Abbau dieses Missverständnisses beitragen, indem sie z.B. Foren des Erfahrungsaustauschs organisiert. Dies könnte z.B. mit den oben skizzierten „Netzwerkknoten“ im Kontext eines sektorübergreifenden Landesnetzwerks realisiert werden. Bei entsprechendem Bedarf (der Einrichtungstypen) kann unabhängig hiervon eine zielgruppenspezifische Fachtagung organisiert werden, welche die Fragen von Kooperation und Konkurrenz der Infrastruktur eingehend erörtert.

An die Adresse der Infrastruktureinrichtungen wird die Empfehlung ausgesprochen, rechtzeitig den wechselseitigen Austausch zu geplanten Projekten und möglichen Kooperationen zu suchen, um im Idealfall strategische Partnerschaften zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort zu initiieren. Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen haben hinreichende, sich ergänzende Synergiepotentiale, die aufgespürt werden sollten, um mögliche Konkurrenzängste um Ressourcen (materiell wie personell) und Reputation zu überwinden. Solche Aushandlungsprozesse können Kommunen, die über beide Einrichtungstypen verfügen, moderierend flankieren. In diesem Kontext erscheint es ferner sinnvoll, über Netzwerkgründungen nachzudenken (vgl. bspw. die erfolgreiche Arbeit des „Netzwerks Bürgerengagement Köln“ und des „Netzwerk Ruhrgebiet“).

G) Im Zuge der Strategieentwicklung verstärkt die nordrhein-westfälische Landesregierung die Sondierung und Analyse von Zukunftsthemen und Herausforderungen, die das Bürgerengagement mittel- und langfristig beeinflussen (und umgekehrt), um in der Engagementpolitik nachhaltige Akzente zu setzen.

Kommentierung und Konkretisierung:

Im Rahmen des Forschungsprojektes skizzierten die Expertinnen und Experten Themen und Herausforderungen, die zukünftig – und zum Teil auch schon gegenwärtig - eine wichtige Rolle im Hinblick auf eine passgenaue Engagementförderung spielen dürften. Besonders offensichtlich ist

dies bei den Themen demografischer Wandel und Zuwanderung/Migration. Die potenzielle Funktion bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bzw. zur Bewältigung des demografischen Wandels wird aktuell bereits in Fachtagungen erörtert und in Modellprojekten erprobt. Aber auch für Themen mit komplexen Wechselwirkungen wie „Bürgerengagement und Schule“ oder „Ehrenamt und Erwerbsarbeit“ kann die Landesregierung wichtige Akzente setzen. Die hierzu begonnene Arbeit (z.B. Kooperationskongress BBE und MGFFI zu „Bürgerengagement und Erwerbsarbeit“) sollte konsequent fortgesetzt werden. Dies kann das MGFFI nur mit Hilfe einer ressortspezifischen und ressortübergreifenden Abstimmung, z.B. mit Hilfe der oben erwähnten IMAG, mit Aussicht auf Erfolg gewährleisten.

10. _____

Ausblick – Zukunftskonferenz zur Studie

Die vorliegende Studie zeigt ein beeindruckendes Bild der Ressourcenvielfalt neuer Formen der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen, die im Vergleich zu anderen Bundesländern durchaus als beispielhaft bezeichnet werden darf. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der intensiven Befragung der teilnehmenden Experten und Expertinnen, dass in einigen Bereichen Handlungsbedarf besteht, der in den obigen sieben Handlungsempfehlungen dargelegt und in der dritten Stufe der Befragung bekräftigt und differenziert wurde.

Die Empfehlungen zeigen den Bedarf zur (Weiter)Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen ebenso deutlich wie die Notwendigkeit, die Chancen einer vernetzten Zusammenarbeit sowohl landesweit als auch regional/lokal zu ergreifen. Damit könnten Fragen einer verlässlichen Infrastruktur für Engagementförderung angesprochen, die Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zu den Chancen und Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements verbessert und der Anteil der sich engagierenden Bürger und Bürgerinnen in Nordrhein-Westfalen erhöht, und die Qualität der Qualifizierungsangebote für Engagierte und Engagementförderer verbessert werden.

Die durch die Expertinnen und Experten mündlich wie schriftlich artikulierten Statements belegen den hohen Bedarf nach einer direkten und dialogischen Auseinandersetzung zu den Ergebnissen und Handlungsempfehlungen dieser Studie.

Als ersten Schritt nach Veröffentlichung der vorliegenden Studie empfehlen wir daher der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine Zukunftskonferenz „Infrastruktur bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen“ zu veranstalten, mit dem Ziel, die Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen mit den involvierten Expertinnen und Experten zu reflektieren und Umsetzungswege zu sondieren.

Eine zukünftige Förderung bürgerschaftlichen Engagements muss heute alle Lebensbereiche umfassen: Sie sollte Teil der Bildungskonzepte in Schulen und Hochschulen sein, möglichst viele Akteure der Zivilgesellschaft einbeziehen (engagierte Einzelpersonen, Institutionen des öffentlichen Lebens, Behörden und Verwaltung, große und kleine Firmen), und die hier entstehenden Synergieeffekte zur Entwicklung innovativer Lösungen für aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen nutzen (vgl. Stark 2002).

„Das Land Nordrhein-Westfalen hat in anerkennenswerter Weise die Bedeutung der Engagementförderung erkannt. Es sollte in dieser Linie weiter vorangehen und sicherstellen, dass eine stabile und leistungsfähige Engagementinfrastruktur besteht. Ein bereichs- und ggf. sektorübergreifendes BE-Landesnetzwerk wäre zeitgemäßer Ausdruck einer querschnittig und bereichsspezifisch profilierten Förderpolitik. Das BE wird in Zukunft eine weiter wachsende Rolle spielen und darauf sollte die Engagementförderung und Engagementpolitik vorbereitet sein.“

(Anonymus)

„Die Zukunft für eine Engagement fördernde Infrastruktur liegt in der Kommune. Bürgerschaftliches Engagement ist kommunal und das Vorhandensein von Servicestellen, bestenfalls oder idealer Weise trägerübergreifend, ist aus unserer Sicht ein gutes Modell, um unter Berücksichtigung der Strukturen vor Ort ein engagementfreundliches Klima zu schaffen. Das beugt auch dem Eindruck vor, der Bürger würde ggf. als Lückenbüßer für nicht mehr finanzierbare staatliche Leistungen eingesetzt.

Wichtig ist, dass die Servicestellen mit allen relevanten Akteuren vor Ort zusammenarbeiten, von Bürgerstiftungen, Wohlfahrtsverbänden, über Unternehmen bis hin zu Vereinen, Kindergärten und Schulen.

Für eine generell engagementförderliche Politik einzutreten ist die Rolle des Landes Nordrhein-Westfalen. Bürgerengagement als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche anzusehen, sollte Ziel sein. Dazu gehört auch, nicht nur kurzfristige Projektförderungen ins Leben zu rufen, sondern Maßnahmen und Programme in Abstimmung mit den Kommunen langfristiger zu gestalten.“

(Stadt Rheine, Stabsstelle Bürgerengagement, Wiebke Gehrke u. Siegmars Schridde)

„Es gibt nichts Gutes, außer Frau/Mann tut es!“

„Bürgerschaftliches Engagement sollte als eigenständige Qualität anerkannt und entsprechend mit Ressourcen sowohl als Projektförderungen als auch auf der Infrastrukturebene ausgestattet werden.

Bürgerschaftliches Engagement wird nicht die Lücken der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge kompensieren geschweige denn schließen können. Es ist auch nicht der zentrale Problemlösungsansatz gegen Armut, Arbeitslosigkeit oder Überalterung.

Und bürgerschaftliches Engagement kann BürgerInnen nicht verordnet oder per Zwang abverlangt werden. Grundvoraussetzung für demokratieorientiertes Engagement ist immer noch Existenz sichernde Arbeit oder Altersversorgung, Bildung und Selbstbestimmung.

Wenn diese Rahmenbedingungen einbezogen werden, ist die Zukunft für bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen um einiges besser gestellt.“

(Gabriele Stillger, Geschäftsführerin Freiwilligenakademie OWL, eine Initiative der AWO.)

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige gesellschaftliche Größe. War in der Vergangenheit das Engagement in einem bestimmten Milieu selbstverständlich, so sind in den Zeiten größerer Individualisierung vielfach die Interessenlagen für ein Engagement ausschlaggebend. Engagementwillige Bürger stoßen zum Teil auf ein »unübersichtliches Feld«. An dieser Stelle sind die Infrastruktureinrichtungen eine wichtige Größe. Sie ermöglichen die Verbindung von Bürgerengagement mit gesellschaftlichen Aufgaben, sie ermöglichen die Verbindung von Bürgern zu Hilfestrukturen im Sozial- und Gesundheitsbereich, sie ermöglichen die Entwicklung innovativer Ansätze. Mit den Infrastruktureinrichtungen wird ein Vielfaches der hierfür notwendigen Kosten als Wertschöpfung erreicht. Auf diesen Hintergründen ist es nur folgerichtig, wenn in Nordrhein-Westfalen eine Förderstruktur entsteht, wie sie beispielhaft im »Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe«, herausgegeben von Braun, Joachim Köln/Leipzig 2000, beschrieben wurde. Dass die Infrastrukturen ein Gradmesser für bürgerschaftliche Entwicklungen sind, lässt sich an der zunehmenden Zahl dieser Einrichtungen ablesen. Fast täglich entstehen neue Einrichtungen. Damit diese nicht nur den Lebenszyklus eines Projektes haben, sollte meines Erachtens mit vereinten Kräften auf eine sichere Grundstruktur abgezielt werden. Hierzu ist politischer Wille notwendig.“

(Aloys Bushuven)

"Das Thema »bürgerschaftliches Engagement« ist zurzeit aktueller denn je - dies zeigt sich in vielen Diskussionen, aber auch in der Entwicklung der Engagement fördernden Infrastruktur. Nachdem der erste Gründungsboom von Freiwilligenagenturen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu verzeichnen war, ist jetzt eine zweite Welle zu spüren: Es entstehen immer mehr Freiwilligenagenturen - auch jenseits der traditionellen Verbände, zum Teil als selbständige Vereine organisiert, immer mehr Kommunen richten Stabsstellen bei den Stadtoberhäuptern zum Themenbereich Bürgerschaftliches Engagement ein. Daneben werden immer mehr Bürgerstiftungen gegründet, die sich ebenfalls die Engagementförderung »auf ihre Fahnen schreiben«. Dies alles belegt die wachsende Bedeutung des Themas, aber auch die Notwendigkeit von

entsprechenden Infrastrukturen. Ich bin überzeugt davon, dass in den nächsten Jahren die Diskussion über die Finanzierung dieser Infrastrukturen im Vordergrund stehen wird, nicht mehr die Frage, ob diese Strukturen nötig oder sinnvoll sind."

(Andrea Hankeln, Centrum für bürgerschaftliches Engagement, Mülheim a.d.R.)

„Unsere Thesen:

1. Infrastruktureinrichtungen brauchen einen festen Boden unter den Füßen: Eine langfristig angelegte Förderung ermöglicht visionäres Planen und Arbeiten und hat somit einen nachhaltigen Effekt. Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenzentren, Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftszentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros brauchen eine solide institutionelle Grundsicherung, um effektiv und kompetent arbeiten zu können.
2. Infrastruktureinrichtungen leben von Vernetzung und Einbindung: Kontakte und Verbindungen sind das »Kapital« von Infrastruktureinrichtungen, deshalb ist es wichtig, weitgehend in der eigenen Kommune zu »netzwerken« und mit anderen Akteuren zu kooperieren. Aber auch die Vernetzung untereinander sollte vertieft werden, um voneinander zu lernen, Ideen auszutauschen, neue Impulse zu bekommen.
3. Infrastruktureinrichtungen gehen neue Wege: Jenseits der schon bestehenden Aktivitäts- und Engagementfelder sollten Infrastruktureinrichtungen in neuen Kooperationen und neuen Handlungsfeldern aktiv werden. Angesichts der zunehmenden Relevanz bürgerschaftlichen Engagements in Zeiten sozialer und demographischer Veränderungen ist es sinnvoll und notwendig, neue Formen und Felder zu entwickeln."

(Stiftung Mitarbeit)

„Bürgerengagement sehe ich als Ausprägung unkonventioneller politischer Partizipation. Die sektorale Trennung von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft verwischt immer mehr und verliert – zu Recht – an Trennschärfe. Zur Lösung immer komplexer werdender Problemkonstellationen ist letztlich ein gesamtgesellschaftlicher Konsens erforderlich. Diesen mit zu prägen halte ich für die primäre Herausforderung von BE insgesamt."

(Arnd Pricibilla, Städte-Netzwerk NRW)

Sekundärliteratur

- Birke, M./Schwarz, M./Göbel, M. (2003): Beratungsthema Unternehmensnachhaltigkeit. Berlin
- Bluszcz, O.: Strategische Allianzen zwischen Profit- und Non-Profit-Organisationen. In: Hafner, S.J./Hartel, J./Bluszcz, O./Stark, W. (Hrsg.) (2007): Gesellschaftliche Verantwortung in Organisationen. München und Mering: Hampp
- Bogner, A./Littig, B./Menz, W. (Hrsg.) (2005): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: VS Verlag
- Born, S. (2005): Bürgerschaftliches Engagement: Stabilisieren, stärken, steigern. Studie für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2007): StiftungsReport 2007. Berlin
- Centrum für bürgerschaftliches Engagement (Mülheim/Ruhr) in Kooperation mit Martin Rüttgers, Politikberatung & Forschung (2005): Netzwerke der Engagementförderung in Deutschland. Eine explorative Studie mit dem Schwerpunkt der Förderpraxis in den Bundesländern. Mülheim/Ruhr
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags (Hrsg.) (2002): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Band 4 der Schriftenreihe. Opladen: Leske und Budrich
- Gensicke, T./Geiss, S./Lopez-Diaz, K. (2005): Freiwilliges Engagement in Nordrhein-Westfalen 1999-2004 im Trend (Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerengagement), Studie im Auftrag der Nordrhein-Westfälischen Staatskanzlei und des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, TNS Infratest Sozialforschung. München.
- Gensicke, T./Geiss, S./Picot, S. (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hafner, S.J./Hartel, J./Bluszcz, O./Stark, W. (Hrsg.) (2007): Gesellschaftliche Verantwortung in Organisationen. München und Mering: Hampp
- Häder, M. (2002): Delphi-Befragungen. Ein Arbeitsbuch. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Häder, M./Häder, S. (Hrsg.) (2000): Die Delphi-Technik in den Sozialwissenschaften. Methodische Forschungen und innovative Anwendungen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Hellmann, B. (2005): Bürgerstiftungen. Die besseren Akteure zur Förderung von Bürgerengagement vor Ort? In: Nährlich, S./Strachwitz, R./Hinterhuber, E.M./Müller, K. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2000): Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. Dortmund
- Nährlich, S./Strachwitz, R./Hinterhuber, E.M./Müller, K. (Hrsg.) (2005): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag

- Rüttgers, M./Maier, H. (2006): Bürgerstiftungen und Soziale Arbeit? Gemeinsamkeiten, offene Fragen und Weiterentwicklungen. In: Soziale Arbeit. Heft 10/2006, Hrsg.: DZI, Berlin
- Rüttgers, M./Schwarz, M. (2004): Bürgerstiftungen in Deutschland – Vorbilder für Köln? Köln
- Schmidt, W. (2006): Zukunft gestalten - Strukturwandel in der Arbeiterwohlfahrt: Verbandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement. [Electronic ed.] – Bonn. In: Betrifft: Bürgergesellschaft ; 23. Electronic ed.: Bonn : FES, 2006
- Stark, W. (1996): Empowerment. Neue Handlungskonzepte für die psychosoziale Praxis. Freiburg: Lambertus.
- Stark, W. et al. (2002): Perspektiven der Nachhaltigkeit für freiwilliges bürgerschaftliches Engagement. Dokumentation der Zukunftswerkstatt zur Auswertungstagung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2002 in Berlin. Essen, Manuskript
- Stiftung Bürger für Bürger, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland, Olk. T. (Hrsg.) (2003): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Berlin
- Stiftung Mitarbeit, Bagfa (Hrsg.) (1999): Freiwilligenagenturen, Stiftungen und Unternehmen: Modelle für neue Partnerschaften. Bonn
- Strauss, L./Corbin, J. (1996): Grounded Theory. Weinheim: Beltz

———— **Primärquellen**

- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2005): Förderpolitische Empfehlungen zur Stärkung und zum Ausbau Engagement fördernder Infrastruktureinrichtungen in Kommunen
- Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW (2007): Bürgerschaftliches Engagement zwischen allen Stühlen?! Dokumentation der Fachtagung der freien Wohlfahrtspflege NRW. Bielefeld

Weblinks

www.aktive-buergerschaft.de

www.arnsberg.de

www.bagfa.de

www.b-b-e.de

www.be-ruhrgebiet.de

www.buergergesellschaft.de

www.buergerorientierte-kommune.de

www.buergerstiftungen.info

www.cbe-mh.de

www.die-deutschen-buergerstiftungen.de

www.engagiert-in-koeln.de

www.engagiert-in-nrw.de

www.essen.de

www.freiwilligen-zentren.de

www.freiwillige-owl.de

www.hertenerbuergerstiftung.de

www.lagfa-nrw.de

www.mgffi.nrw.de

www.mitarbeit.de

www.netzwerk.nrw.de

www.orglab.de

www.rheine.de

www.ruhrdax.de

www.soziale-stadt.nrw.de

Delphi 1

Leitfaden für Interviews mit Expertinnen und Experten 94

Delphi 2

Fragebogen/ Thesen 96

Delphi 3

Fragebogen/ Handlungsempfehlungen 112

Fragebogen/ Thesen 114

Engagement fördernde Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen

Landkarte der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen 118

Bürgerstiftungen in Nordrhein-Westfalen 119

Freiwilligagenturen in Nordrhein-Westfalen 126

Leitfaden für die Experteninterviews

Vorbemerkung:

Der Leitfaden dient der Orientierung und Vorbereitung auf das Interview. Detailfragen zu den spezifischen Aspekten von Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, kommunalen Stabstellen oder trägerübergreifenden Netzwerken werden entsprechend der unterschiedlichen Erfahrungen und Aufgaben unserer Interviewpartner/innen möglich und nötig sein. Auf der anderen Seite werden sich erfahrungsgemäß einige der im Leitfaden gestellten Fragen im Verlauf des Interviews von selbst ergeben, so dass nicht alle 26 Fragen tatsächlich auch gestellt werden müssen. Wir schätzen die Interviewdauer auf 45 Min. (Minimum) bis zu 90 Min. (Maximum).

Im Folgenden sprechen wir von „Engagement fördernder Infrastruktur“ als Oberbegriff für die vier genannten Organisationstypen.

A) Fragen zur Ist-Analyse Engagement fördernder Infrastruktur:

- Welches sind Ihre beruflichen bzw. ehrenamtlichen Aufgaben und Funktionen im Rahmen der Engagementförderung?
- Mit welchen Leistungen und Angeboten fördert Ihre Organisation (bzw. der Organisationstyp, den Sie vertreten) Bürgerengagement vor Ort?
- Welchen Unterstützungsbedarf hat Ihre Organisation (bzw. der Organisations-typ, den Sie vertreten), damit die Engagementförderung noch erfolgreicher praktiziert werden kann?
- Wie schätzen Sie die spezifischen Stärken der einzelnen Organisationen der Engagement fördernden Infrastruktur im Vergleich ein?
- Verfügt Ihre Kommune über ein Förderkonzept bzw. ein Leitbild zur strategischen Unterstützung von Bürgerengagement? Welche Strategie wird darin präferiert?
- Welche Projekte zur Stärkung des Bürgerengagement werden in Ihrer Kommune bzw. von Ihrer Organisation schwerpunktmäßig durchgeführt?
- Welche Instrumente (z.B. Bürgerbeteiligungsverfahren, Wettbewerbe, öffentliche Veranstaltungen, Internetplattformen...) werden hierzu eingesetzt?
- (Wie) werden die Mitarbeiter/innen in der Kommune bzw. Ihrer Organisation fortgebildet im Bereich Engagementförderung/Freiwilligenmanagement?
- Welche zentralen Akteure der Engagementförderung arbeiten in Ihrer Kommune bzw. Region?
- Wie (in welchen Netzwerken) arbeiten diese zusammen?
- Gibt es – und falls ja: was sind – Erfolgsfaktoren für entsprechende Kooperationen?
- Was sind in Ihren Augen weitere Erfolgsfaktoren der Engagementförderung vor Ort?

- Können Sie Kontexte und Konfliktlinien zwischen neuen (Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Netzwerke, Kommunalstellen) und traditionellen Akteuren (Vereine, Verbände, freie Wohlfahrtspflege) der Engagementförderung beschreiben?
- Hat Ihre Kommune bzw. Organisation bereits mit dem Land Nordrhein-Westfalen zusammengearbeitet zur Unterstützung von Bürgerengagement?
- Als Zwischenfazit: Wie schätzen Sie die aktuelle Situation der Engagement fördernden Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf
 - Profilbildung
 - Qualitätsentwicklung
 - Professionalisierung und Konsolidierung
 - Finanzierung
 - Vernetzung und Kooperation
- ein?

B) Fragen zur Potenzial-Analyse Engagement fördernder Infrastruktur:

- Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung der Engagement fördernden Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen (unter besonderer Berücksichtigung Ihres Organisationstyps) ein?
- Welche Faktoren beeinflussen Bürgerengagement und seine Infrastruktureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mittel- und langfristig verstärkt?
- Wie schätzen Sie das aktuelle bzw. künftige Verhältnis zwischen Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen ein?
- Wie können neue und traditionelle Akteure der Engagementförderung zukünftig (noch) besser (vor Ort) kooperieren?
- Worin besteht in Ihren Augen der Mehrwert von trägerübergreifenden Netzwerken (der Engagementförderung)?
- Welche aktuellen Vernetzungschancen und Kooperationsoptionen sehen Sie zur Stärkung des Bürgerengagements vor Ort?
- Welche Themen und Projekte sehen Sie als „zukunftsfähig“ im Kontext der Weiterentwicklung des Bürgerengagements in Nordrhein-Westfalen an?
- Welche Herausforderungen bringt der demografische Wandel sowie die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für die Engagementförderung mit sich?
- Haben Sie Bedarf an einer interkommunalen Vernetzung bzw. einem Erfahrungsaustausch auf Nordrhein-Westfalen-Ebene?
- Welche Erwartungen haben Sie an die nordrhein-westfälische Landesregierung zur Optimierung der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen? Welche Förderinstrumente würden Sie präferieren?
- Welche Empfehlungen möchten Sie der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Optimierung der Engagementförderung auf den Weg geben?

**Themenbereich 1:
Kompetenzen und Kooperationen von Infrastruktureinrichtungen**

In den letzten Jahren hat sich in Nordrhein-Westfalen eine Vielfalt an Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung entwickelt. Diese lässt sich differenzieren in die folgenden vier Einrichtungstypen³⁰:

- Freiwilligenagenturen/ Freiwilligenzentren/ Ehrenamtsagenturen (kurz: **FA**)
- Bürgerstiftungen (kurz: **BS**)
- kommunale Stabs- bzw. Koordinierungsstellen (kurz: **KSKS**)
- lokale/ regionale Netzwerke³¹ (kurz: **NW**)

These 1a:

Es scheinen sich bisher folgende Kernkompetenzen der Einrichtungstypen herausgebildet zu haben:

- FA:** Vermittlung, Beratung, Qualifizierung
KSKS: Anerkennungsarbeit, Bürgerbeteiligung, Vernetzung auf kommunaler Ebene
BS: Finanzierung, Projektförderung und -entwicklung
NW: Träger übergreifende Projektentwicklung, Know-how-Transfer, Initiierung wechselseitiger Lernprozesse

Stimmen Sie dieser Zuordnung der Kernkompetenzen zu?
An welchen Stellen schätzen Sie die zugewiesenen Kompetenzen anders ein?
Bitte ergänzen bzw. modifizieren Sie ggf.!

These 1b:

Die skizzierten Kompetenzen bergen ein hohes Synergiepotenzial. Eine wirksame und nachhaltige Engagementförderung vor Ort ist demnach nur durch optimale Kooperation und abgestimmte Arbeitsteilung dieser Einrichtungstypen möglich!

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

³⁰ Spezifische Infrastruktureinrichtungen wie Selbsthilfekontaktstellen, Senioren- oder Agendabüros sind nicht Gegenstand der angestrebten Studie.

³¹ z.B. Netzwerk Ruhrgebiet, Kölner Netzwerk Bürgerengagement

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 1c:

Um tragfähige und gleichberechtigte Partnerschaften zwischen FA und BS zu fördern, sollten insbesondere die FA ihr Profil als Projektentwickler schärfen!

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 1d:

Damit BS Engagement vor Ort gezielter und wirksamer fördern können, müssen sie verstärkt strategische Allianzen (Kooperationen über Projekthorizonte hinaus) mit den oben genannten Einrichtungen und weiteren Organisationen eingehen!

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

Themenbereich 2:

Ressourcen von Infrastruktureinrichtungen

Die Anforderungen an die Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung steigen. Die Bereiche Qualitätsentwicklung, Profilbildung und Vernetzung werden immer bedeutender für eine erfolgreiche Arbeit, so dass entsprechende Managementkompetenzen angeeignet werden müssen. Zugleich ist eine prekäre Ressourcenknappheit der Engagement fördernden Infrastruktur festzustellen, die tendenziell negative Rückwirkung auf die Qualität der Leistungen, die Profilbildung und die Vernetzungs- und Kooperationsfähigkeit der o.g. Einrichtungen hat.

These 2a:

Der Widerspruch zwischen den wachsenden Anforderungen und der Realität prekärer Ressourcenausstattung kann nur durch eine grundständige öffentliche Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen überwunden werden!

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 2b:

Die Infrastruktureinrichtungen müssen ihre Fundraising-, Marketing- und Lobbystrategien ausweiten, um längerfristig auf einem gesicherteren Fundament zu stehen!

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 2c:

Die Engagementförderung vor Ort wird in Zukunft gesetzlich verankerte Pflichtaufgabe der Kommunen werden!

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 2d:

Die reale Finanzausstattung der Engagement fördernden Infrastruktur konterkariert den hohen Anspruch an deren künftige Entwicklung. Unter den derzeitigen Prekaritätsbedingungen werden sich insbesondere FA nicht zu den „zivilgesellschaftlichen Entwicklungsagenturen“ entwickeln, wie es von vielen Akteuren verstärkt eingefordert wird.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

**Themenbereich 3:
Netzwerkbildung**

Die Gründung von Netzwerken ist auch im Bereich der Engagement fördernden Organisationen ein starker Entwicklungstrend. Während auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene derartige "Engagementnetzwerke" (z.B. BBE, Netzwerk Ruhrgebiet und Kölner Netzwerk Bürgerengagement) existieren, arbeiten auf der Nordrhein-Westfalen -Landesebene lediglich träger- bzw. themenspezifische Netzwerke (z.B. lagfa für die FA, Arbeitsausschüsse der LAG der freien Wohlfahrtspflege NRW sowie Städte-Netzwerk NRW). Hinsichtlich der Einschätzung des Mehrwertes derartiger Netzwerkstrukturen ergibt sich ein zum Teil widersprüchliches Bild, das auf latente bis manifeste Konkurrenzen im Engagementsektor hinweist.

These 3a:

Netzwerkgründung und Vernetzung wird einerseits als wichtiges strategisches Instrument der Projektentwicklung, des Kompetenztransfers und der effektiven Engagement-Förderung betrachtet. Andererseits bestehen nach wie vor erhebliche Vorbehalte gegen eine Gründung *neuer* Netzwerke (der Engagementförderung).

Stimmen Sie dieser ambivalenten Einschätzung zu?
Können Sie bitte diesen Widerspruch erklären oder gar auflösen!

These 3b:

Bevor träger- oder gar sektorübergreifend Netzwerkgründungen forciert werden, muss erst einmal die organisationsinterne Vernetzung (zur Engagement-Förderung) intensiviert und optimiert werden.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 3c:

Um den Mehrwert realer und künftiger Netzwerkarbeit besser zu kommunizieren, ist es ratsam, Kooperationsangebote gezielt zu offerieren sowie den Vorteil der Serviceleistungen der entsprechenden Netzwerke zu betonen.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 3d:

Konkurrenz und Wettbewerb sind verdeckte Themen im Dritten Sektor und werden häufig nicht offen ausgehandelt. Dies gilt auch für die Engagement fördernde Infrastruktur und belastet Netzwerk-Gründungen bzw. die Netzwerk-Arbeit vor Ort.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 3e:

Unternehmen lassen sich i.d.R. nur schwer in Projekte der Engagementförderung vor Ort einbinden.

Welche (Kooperations-) Erfahrungen haben sie diesbezüglich mit Unternehmen gemacht?

Themenbereich 4:

Entwicklungsperspektiven der Engagementförderung

These 4a:

Derzeit in der Gesellschaft diskutierte Zukunftsthemen und -herausforderungen wie der demographische Wandel, die Herausforderungen von Migrationsprozessen bzw. der Zuwanderungsgesellschaft sowie die Zukunft von Bildung und Stadtentwicklung spiegeln sich in den Themen und aktuellen Projekten der Engagement fördernden Infrastruktur. Es scheint, als würde Engagement als Ressource zur Bewältigung dieser Zukunftsherausforderungen eine immer wichtigere Rolle spielen.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 4b:

Bürgerorientierte Kommunen und Organisationen sind in Nordrhein-Westfalen und bundesweit bislang eher eine Ausnahmeerscheinung. Um einen qualitativen Sprung in Richtung mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement zu machen, bedarf es erheblicher Anstrengungen in Bezug auf Organisationsentwicklungs- und Leitbildprozesse in Kommunalverwaltungen, Unternehmen und Organisationen.

(i) Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

(ii) Welche weiteren Instrumente oder Strategien empfehlen Sie zur Stärkung der Bürgerorientierung in Kommunen und Organisationen?

(iii) Gibt es einen Königsweg zur „Bürgerkommune“ oder muss jeder Weg individuell vor Ort gestaltet werden?

These 4c:

Eine zentrale Herausforderung bleibt die Aktivierung von Menschen mit geringer Engagement-Affinität, wie z.B. Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund und Erwerbslose. Die Infrastruktureinrichtungen spielen hierbei eine herausragende Rolle!

(i) Welche Faktoren hemmen und behindern Anstrengungen und Projekte in Richtung „Integration durch Partizipation“?

(i) Um die o.g. Zielgruppen stärker für BE zu gewinnen, empfehle ich...

These 4d:

Bislang vermitteln FA vorwiegend in die Bereiche Soziales und Kultur. FA müssen sich künftig verstärkt um bislang vernachlässigte Vermittlungsbereiche bzw. Organisationen (z.B. Umwelt- u. Naturschutz, Sport und Entwicklungshilfe) kümmern!

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 4e:

Das Auseinanderbrechen der Gesellschaft und der Verteilungskonflikt zwischen Arm und Reich ist problematischer als der Generationenkonflikt. In diesem Kontext erhält BE eine zunehmend wichtige Rolle als soziales „Wächteramt“ oder „public interest lobbyist“.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 4f:

Mittel- bis langfristig müssen Mischformen zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und BE entwickelt werden, um Übergänge in die und aus der Erwerbsarbeit besser flankieren zu können. Dies gilt z.B. für Schüler/innen und Studierende ebenso wie für Erwerbslose und Senioren.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 4g:

Dach- bzw. Supportorganisationen Engagement fördernder Einrichtungen (bagfa, lagfa, Aktive Bürgerschaft etc.) müssen künftig verstärkt zwischen den Bedürfnissen rein ehrenamtlich arbeitender Initiativen und hochprofessioneller Einrichtungen vermitteln. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, erwächst die Herausforderung, die Serviceangebote weiter zu diversifizieren.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

**Themenbereich 5:
Erwartungen an die Landesregierung bzw. an das MGFFI**

(5/I) Bundesländer besitzen vielfältige Möglichkeiten, um BE mit geeigneten Instrumenten, Programmen und Projekten zu fördern. Auch die Nordrhein-Westfälische Landesregierung und insbesondere das MGFFI wenden hierzu Förderinstrumente an (Stichworte: Internetportal, Landesversicherung und –nachweis sowie CC-Wettbewerb „Enterpreis“), die großteils von den Akteuren der Infrastruktureinrichtungen begrüßt werden. Kritik wird geäußert mit Blick auf die strategische Verankerung sowie die ressortübergreifende Abstimmung der Engagementpolitik der Landesregierung.

These 5a:

Eine besser abgestimmte und kommunizierte Strategie zur Engagementpolitik der Landesregierung würde für mehr Planungssicherheit für die Organisationen des Dritten Sektors, die Infrastruktureinrichtungen und die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sorgen.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 5b:

Eine bessere interministerielle Vernetzung und Abstimmung zu Engagementpolitik ist eine zentrale Voraussetzung für künftige Initiativen zur Stärkung des BE in Nordrhein-Westfalen.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 5c:

Sinnvolle Modellfinanzierung von BE (z.B. generationsübergreifende Freiwilligen-Dienste, EFI, Familienzentren) darf nicht gegen notwendige Infrastrukturfinanzierung ausgespielt werden. Das quantitative Missverhältnis zwischen diesen beiden Arten öffentlicher Finanzierung muss längerfristig auch in Nordrhein-Westfalen abgebaut werden.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

(5/II) Neben der direkten finanziellen Förderung kann die Landesregierung *diverse Initiativen zur Engagementförderung* initiieren. Oben auf der Prioritätenliste der bislang interviewten ExpertInnen stehen der verbesserte interkommunale Erfahrungsaustausch sowie der Austausch zwischen Verbänden, Stiftungen und Unternehmen. Ferner wird die Schulung von Landesbehörden zu Bedarfen und Spezifika des BE und dessen Infrastruktureinrichtungen empfohlen und eingefordert. Investitionen in Qualifizierung und Kompetenzentwicklung werden zudem erwartet für die Mitarbeitenden in FA, BS und Kommunen (Freiwilligenmanagement, Partizipationsmanagement, Qualitätsmanagement, Marketing, Fundraising etc.). Zusätzlich wird die Nachfrage nach einem Landesnetzwerk nach Vorbild anderer Bundesländer artikuliert, allerdings mit teilweise skeptischen bis ablehnenden Gegenpositionen.

These 5d:

Ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche und langfristig tragfähige Gründung eines Landesnetzwerkes zur BE-Förderung besteht darin, eine präzise Aufgabenbestimmung in Abgrenzung und Arbeitsteilung mit bestehenden Netzwerken, Infrastruktureinrichtungen und Zusammenschlüssen in Nordrhein Westfalen durchzuführen. Eine derartige Sondierung ist eine strategische und vorrangige Aufgabe für die Landesregierung bzw. das MGFFI.

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 5e:

Investitionen in Forschung und Evaluation von BE-Prozessen und -Projekten sind erforderlich, um eine strategische Engagementpolitik langfristig abzusichern.

In welchen Bereichen sehen Sie verstärkten Forschungsbedarf? Bitte schätzen Sie ein!

(i) *Fachpapier* zum Ist-Stand und zu den Potentialen der BE-Förderung durch die nordrhein-westfälischen Ministerien:
ressortspezifisch und –übergreifend als Synopse

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

(ii) *Studie zu Landesnetzwerken* der BE-Förderung in anderen Bundesländern

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

(iii) Qualitativ ausgerichteter *Freiwilligensurvey* mit Nordrhein-Westfalen-Spezifika

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

(iv) *Analyse zu spezifischen Förderbedarfen* der FA in Nordrhein-Westfalen

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

Haben Sie ergänzende Vorschläge oder Anmerkungen zu den Forschungsbedarfen?

**Themenbereich 6:
Erfolgsbedingungen für die Engagementförderung**

Die Zukunft und der Erfolg des bürgerschaftlichen Engagements hängen von diversen Kriterien und Bedingungen ab. Hierzu folgende Thesen:

These 6a:

Um ehrenamtliche Arbeit erfolgreich zu fördern und zu unterstützen, werden dringend Mitarbeiter in hauptamtlichen Basisstrukturen z.B. seitens der Kommune benötigt (Schlagwort: Ehrenamt braucht Hauptamt!).

Schätzen Sie bitte die These ein und begründen Sie Ihre Einschätzung kurz!

| Theseneinschätzung | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|----------------|-----------------|
| trifft vollstens zu | trifft größten-teils zu | teils, teils | trifft kaum zu | trifft nicht zu |
| | | | | |

These 6b:

Die interkommunale Vernetzung ist ein herausragender Faktor, wenn es darum geht, von erfolgreichen Vorreiterkommunen zu lernen und deren Know-how und Strategien für andere nutzbar zu machen.

Inwiefern stimmen Sie dieser These zu?

Welche Faktoren behindern nach Ihrer Einschätzung die interkommunale Vernetzung?

These 6c:

Die Erfolgsaussichten von FA steigen mit der Fähigkeit, das (kreative) Potenzial potenzieller Freiwilliger bzw. Ehrenamtlicher zu heben und als Ressource für den gesamten Dritten Sektor nutzbar zu machen.

(i) Welche Hemmnisse und Hindernisse schmälern nach Ihrer Einschätzung diese Erfolgsaussichten bzw. machen dieses zunichte?

(ii) Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Installation von Beiräten zur Unterstützung von Einrichtungen der Engagementförderung (z.B. FA, FZ)

These 6d:

Unternehmen sollen/ können sich im Rahmen des sog. *Corporate Citizenship* an gemeinwohlorientierten Aktivitäten beteiligen. Eine konkrete und nachhaltige Einbindung im Rahmen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gelingt bisweilen aber nur punktuell.

(i) Sind Unternehmen überhaupt geeignete Ansprech- und Kooperationspartner im Rahmen von BE? Welche Faktoren erschweren Ihrer Einschätzung nach deren Einbindung?

(ii) Was erwarten Sie diesbezüglich von Unternehmen? Was wären wünschenswerte Verhaltensweisen?

**Themenbereich 7:
Unterstützung**

Für die Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung ergeben sich einige konkrete Unterstützungsbedarfe. Dies betrifft die operativ tätigen vermittelnden und meist nicht-stifterischen Einrichtungen als auch die Bürgerstiftungen selbst.

Schätzen Sie bitte die einzelnen Unterstützungsbedarfe ein!

7a:

FA: Sockelfinanzierung durch Land und/oder Kommune für den Basisbetrieb³²

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

7b:

FA: Know-how zur Spenden- / Mittelakquise

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

7c:

FA: Know-how:
„Wie trete ich an Unternehmen heran?“

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

7d:

FA: Ideelle Unterstützung durch die Politik und öffentlichkeitswirksame Organisationen

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

7e:

FA/ KSKS: Akzeptanz durch die gewählten politischen Akteure

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

7f:

KSKS: Bürger/ Wähler müssen die Unterstützung des BE bei der Politik, den kommunalen Behörden stärker einfordern

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

7g:

FA: Supervision für die Akteure vor Ort, weil durch die vielen Projekte auch sehr hohe Konfliktpotenziale entstehen

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

7h:

BS: Vereinheitlichung der Regelungen durch das Bundesfinanzministerium (Abgabenordnung)

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

7i:

BS: Vereinfachung und Entschlackung der Regelungen der Finanzverwaltung

| | | | | | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|
| Bedarf hoch | | Bedarf weniger hoch | | kein Bedarf | |
|-------------|--|---------------------|--|-------------|--|

³² Dabei geht es nicht um eine Vollfinanzierung von allen Aktivitäten und Projekten, sondern vielmehr um eine Sockelfinanzierung, die den Grundbedarf bzw. den Grundbetrieb von Einrichtungen der Engagementförderungen (vor allem FA) sichert.

**Bereich 1:
Handlungsempfehlungen**

Wie bewerten Sie als Experte oder Expertin die folgenden Empfehlungen an das MGFFI bzw. die Landesregierung Nordrhein-Westfalen?

- a) Eine sinnvolle Empfehlung, die ich unterstütze! A
- b) Guter Ansatz, aber in der Umsetzung schwierig bzw. unrealistisch! B
- c) Eine Empfehlung, deren Priorität ich als gering einschätze! C
- d) Diese Empfehlung geht völlig an den Bedarfen vorbei! D
- e) Die Einschätzung fällt mir schwer! E

1. Das Land Nordrhein Westfalen sollte mit den Kommunen (ggf. auch Bundesregierung) in einen Abstimmungs- und Verhandlungsprozess treten, um Möglichkeiten der zukünftigen Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen zu erörtern!

| A | B | C | D | E |
|---|---|---|---|---|
| | | | | |

2. Das Land Nordrhein Westfalen sollte Anreize schaffen (z.B. über einen Wettbewerb „Bürgerkommune“), um die Engagementförderung in den 396 Kommunen des Landes zu unterstützen und sichtbarer zu machen!

| A | B | C | D | E |
|---|---|---|---|---|
| | | | | |

3. Das Land sollte spezifische Weiterbildungsmöglichkeiten zu Fundraising und Marketing/PR für Infrastruktureinrichtungen fördern!

| A | B | C | D | E |
|---|---|---|---|---|
| | | | | |

4. Das Land bzw. das MGFFI sollte Weiterbildungsmöglichkeit im Rahmen der Personalentwicklung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Engagementförderung auch bei den „Soft Skills“ (Kommunikations- und Beratungsfähigkeiten, Konfliktfähigkeit usw.) anbieten bzw. fördern.

| A | B | C | D | E |
|---|---|---|---|---|
| | | | | |

5. Bevor ein Landesnetzwerk zur Engagementförderung in Nordrhein Westfalen gegründet wird, sollte ein Runder Tisch nebst Expertenhearing installiert werden, an dem alle relevanten Dachorganisationen, Netzwerke und Infrastrukturen dessen Möglichkeiten und Grenzen partizipativ erörtern.

| A | B | C | D | E |
|---|---|---|---|---|
| | | | | |

6. Die Landesregierung / das MGFFI sollte mit hoher Priorität eine abgestimmte Strategie zur Engagementpolitik entwickeln und veröffentlichen, die auf einer Bestandsanalyse der bisherigen Förderinstrumente und deren Wirksamkeit basiert.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| A | B | C | D | E |
| | | | | |

7. Das Land sollte eine Servicestelle einrichten, die die Einrichtungen der Engagementförderung mit aktuellen Informationen zu Gesetzesänderungen, wissenschaftlichen Erkenntnissen, Veranstaltungshinweisen, Förderprogrammen und dergleichen mehr versorgt.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| A | B | C | D | E |
| | | | | |

8. Das Land sollte die Aufklärungsarbeit im Bereich des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements weiter vorantreiben und die weitere Vernetzung zw. Unternehmen und Einrichtungen der Engagementförderung fördern.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| A | B | C | D | E |
| | | | | |

Raum für Anmerkungen:

Hauptthesen

Bereich 2: Finanzierung

Die überwiegende Mehrheit der Expert/innen sieht in einer grundständigen öffentlichen Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen einen notwendigen Beitrag zur Bewältigung der wachsenden Anforderungen der Engagementförderung. Diese Forderung an die öffentliche Hand wird ergänzt um Empfehlungen an die Infrastruktureinrichtungen selbst: Diese sollten ihre Fundraising-, Marketing- und Lobbystrategien ausweiten, um längerfristig auf einem gesicherten Fundament arbeiten zu können und somit der einseitigen finanziellen Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln zu entgehen. Die Ausweitung derartiger Strategien sollte hierbei in einem angemessenen Verhältnis zum Kerngeschäft der Infrastruktureinrichtungen stehen. In diesem Kontext wird die Forderung nach einer gesetzlich verankerten Pflichtaufgabe für Kommunen zur Engagementförderung mehrheitlich abgelehnt bzw. als unrealistisch eingeschätzt.

- 2a) Können Sie bitte die eingeforderte „grundständige öffentliche Finanzierung“ von Infrastruktureinrichtungen konkretisieren/spezifizieren/quantifizieren? (Bspw. Stellen pro Einwohnerzahl oder ähnliches).
- 2b) Für welche Kostenarten (Personal, Miete, Projekte etc.) sollte die öffentliche Finanzierung Ihrer Ansicht nach verwendet werden?
- 2c) Inwiefern sollte hierbei nach Regionen und/oder Einrichtungstypen (z.B. Freiwilligenagenturen und/oder Bürgerstiftungen) differenziert werden?

Bereich 3:
Netzwerkbildung und Kommunikation

Dass Konkurrenz und Wettbewerb als verdeckte Themen im 3. Sektor oftmals nicht offen ausgehandelt werden, bestätigen fast alle Expert/innen. Dies belastet Netzwerkbildungen, welches durch die prekäre Ressourcenausstattung der Infrastruktureinrichtungen noch verstärkt wird. Der latente Konflikt um Ressourcen und Einfluss spiegelt sich auch in der Experten-Einschätzung des Mehrwertes eines bereichs- und sektorenübergreifenden Landesnetzwerks zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein Westfalen: Während mehrheitlich dessen Chancen hervorgehoben und auf Erfolgsfaktoren hingewiesen werden, bleibt ein Minderheitsvotum bei einer skeptischen bis ablehnenden Haltung. Als zentrale Faktoren erfolgreicher Netzwerkarbeit werden genannt: gemeinsam getragene Ziele, angemessene Kosten-Nutzen-Relation, klare Kommunikation des Mehrwertes, (finanzielle) Planungssicherheit der Netzwerkmitglieder sowie die Garantie, keine Lückenbüßerfunktion (Sozialabbau etc.) zu übernehmen.

3a) Welche Wege bzw. Varianten einer landesweiten Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen bzw. Engagement fördernder Akteure empfehlen Sie der Landesregierung?

Die interkommunale Vernetzung zur Weiterentwicklung des Leitbilds „Bürgerkommune“ wird mehrheitlich als besonders dringliche Aufgabe beschrieben.

3b) Welche Organisations- oder Plattform bevorzugen Sie, um diesen interkommunalen Austausch zu optimieren und zu verstetigen?

3c) Welche Rolle sollten hierbei die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein Westfalen übernehmen?

Bereich 4: Rolle der BE-Förderung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen

Die Frage der Rolle der BE-Förderung im Rahmen von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und Herausforderungen - insbesondere demografischer Wandel und das sich ausdifferenzierende Gefälle zwischen Arm und Reich - trifft auf stark divergierende Experteneinschätzungen. Zum einen wird die Problembearbeitungskompetenz eher dem Staat bzw. der Politik zugeschrieben und die Möglichkeiten des BE bzw. der BE-Förderung als gering eingeschätzt oder nicht als deren Zuständigkeit gesehen. Zum anderen aber wird BE als wichtiger Ort der Wertevermittlung (z.B. Verantwortung, Zivilcourage) und der Vergemeinschaftung begriffen, der sich mit dieser Problematik vor Ort konkret konfrontiert sieht und sich sehr wohl mit diesen Thematiken auseinandersetzen sollte.

Einigkeit besteht darin, das BE keinesfalls als *Ausfallbürge* für wegfallende soziale Leistungen der Gemeinschaft bzw. des Staates herhalten darf.

- 4a) Welche Rolle weisen Sie der BE-Förderung im Rahmen einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu (Stichwort: „Welfare-Mix“)? Wie weit sollte das Engagement der BE-Förderung zur Bearbeitung der o.g. Herausforderungen gehen?

**Bereich 5:
Erwartungen der Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen an die
Landesregierung**

Eine besser abgestimmte und kommunizierte Strategie zur Engagementpolitik der Landesregierung wird von der überwiegenden Mehrheit der Experten und Expertinnen eingefordert. Engagementförderung sollte hierzu als Querschnittsaufgabe und ressortübergreifendes Politikfeld gestaltet werden. Ein Minderheitsvotum argumentiert in die Gegenrichtung: Engagementförderung vor Ort in den Kommunen sei effizienter und relevanter als landesweite Förderpolitiken.

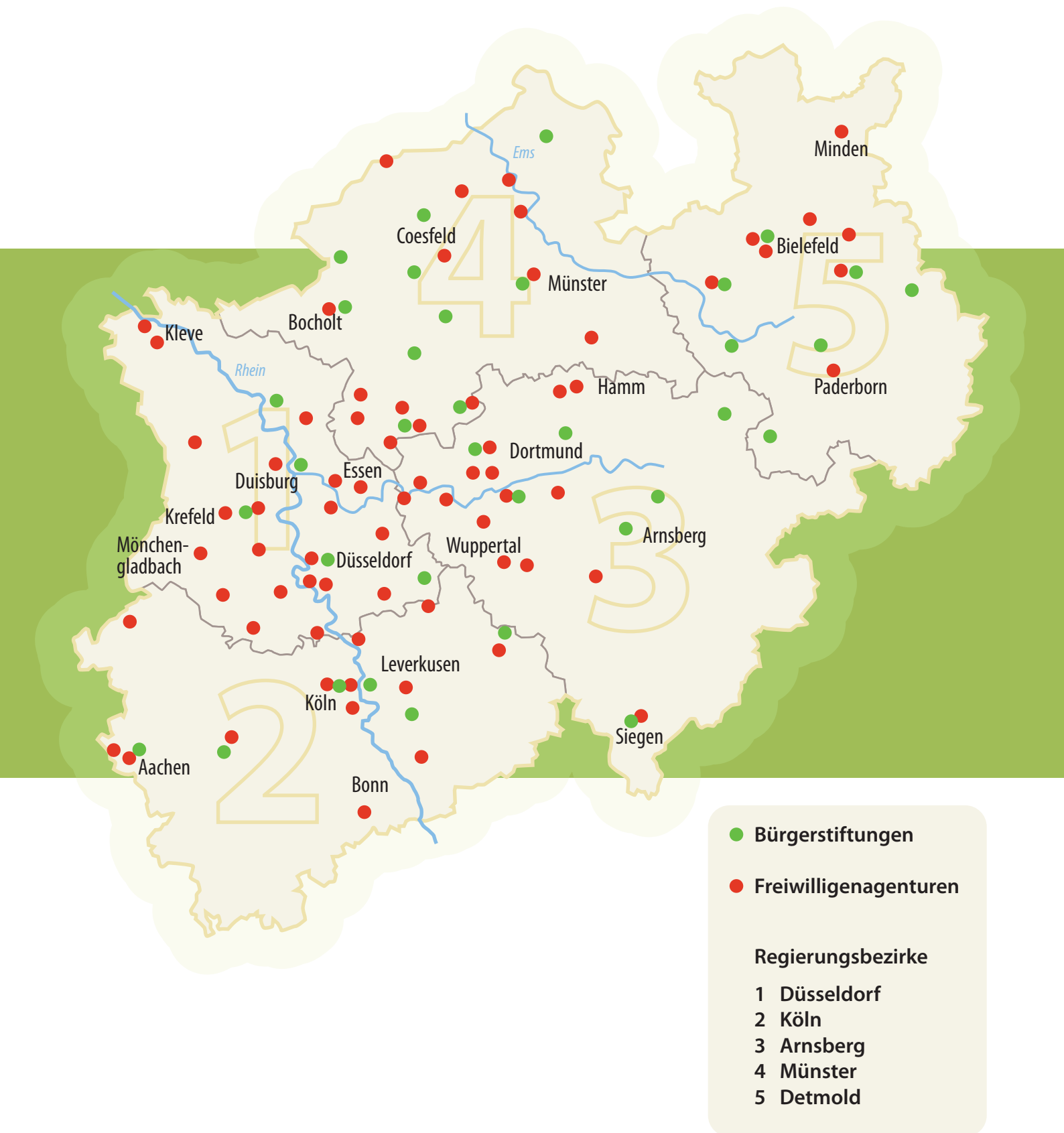
Als Beispiel für eine verbesserte strategische Abstimmung wird eine Bestandsaufnahme der bestehenden Förderinstrumente und deren Bedarfsorientierung/Passgenauigkeit empfohlen. Im Hinblick auf ein - mehrheitlich befürwortetes - künftiges Landesnetzwerk wird dafür plädiert, vor dessen Gründung präzise Aufgabenbestimmungen in Abgrenzung und Arbeitsteilung mit bestehenden Netzwerken, Infrastruktureinrichtungen und Zusammenschlüssen in Nordrhein Westfalen durchzuführen.

Unter den Expert/innen besteht sehr großer Konsens darin, sinnvolle Modellfinanzierung zur Engagementförderung nicht gegen notwendige (und defizitäre) Infrastrukturfinanzierung auszuspielen.

5a) Können sich die Förderstrategien des Landes und die der Kommunen in sinnvoller Weise ergänzen? Nennen Sie ggf. Beispiele hierfür!

5b) Wodurch zeichnet sich in Ihren Augen ein optimales Verhältnis zw. Projekt- und Infrastrukturförderung (im Rahmen der Engagementförderung) aus?

Landkarte der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen



Bürgerstiftungen in Nordrhein-Westfalen

Bürgerstiftung Steinheim

Marktstraße 24-26
32839 Steinheim
Telefon: 05233 - 2006-41

Bensberger Bürgerstiftung

Schloßstr. 82
51429 Bensberg
Telefon: 02204 - 401-120
www.bensberger-buergerstiftung.de

Bürgerstiftung für Bergisch-Gladbach

Hauptstraße 186
51465 Bergisch-Gladbach
Telefon: 02202 - 126-103
www.buergerstiftung-gl.de

Bürgerstiftung Hellweg-Region

Westenhellweg 1
59494 Soest
Telefon: 02921 - 393555
www.buergerstiftung-hellweg.de

Stiftung* Bürger für Münster

Ludgeriplatz 4
48151 Münster
Telefon: 0251-492 5907
www.buergerstiftung-muenster.de

Bürgerstiftung Nationalpark Eifel

Am Markt 37
53937 Schleiden
Telefon: 02445 - 9502-520

Stiftung Aktive Bürger Borken, Stadtlohn u. Umgebung

Butenwall 57
46325 Borken
Telefon: 02861 - 8006 1212
www.stiftung-aktivebuerger.de

Bürgerstiftung Rösrath

Eulenbricher Auel 19
51503 Rösrath
Telefon: 02205 - 3439
www.buergerstiftung-roesrath.de

Bürgerstiftung Wesseling

Roisdorfer Str. 23
50389 Wesseling
www.buergerstiftung-wesseling.de

Bürgerstiftung Overath

Kaldauer Höhe 25
51491 Overath
Telefon: 02206 - 7248
www.overath.de/Buergerstiftung.aspx

Bürgerstiftung Erftstadt

S.-v.-Westerburg-Straße 13
50374 Erftstadt
Telefon: 02235 - 95 30 41

Bürgerstiftung Krefeld

Hochstr. 126
47803 Krefeld
Telefon: 02151 - 36 00 060
www.buergerstiftung-krefeld.net

Bürgerstiftung EmscherLippe-Land

Am Moselbach 9
45731 Waltrop
Telefon: 02309 - 604 - 100
www.buergerstiftung-emscherlippe-land.de

Hertener Bürgerstiftung

Langenbochumer Str. 341
45701 Herten
Telefon: 02366 - 937346
www.hertenerbuergerstiftung.de

Bürgerstiftung Tecklenburger Land

Oststraße 39
49477 Ibbenbüren
Telefon: 05451 - 9686-0
www.buergerstiftung-tecklenburgerland.de

Bürgerstiftung Remscheid

Baisieper Straße 100
42859 Remscheid
Telefon: 02191 - 32617
www.buergerstiftung-remscheid.de

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen

Taubengasse 4
52078 Aachen
Telefon: 0241 - 571900
www.buergerstiftung-aachen.de

Bürgerstiftung Rietberg

Rathausstraße 31
33397 Rietberg
Telefon: 05244 - 986-235
www.buergerstiftung-rietberg.de

Bürgerstiftung Schwalenberg

Marktstr. 23
32816 Schieder-Schwalenberg
Telefon: 05284 - 378
www.buergerstiftung-schwalenberg.de

Bürgerstiftung Förderturm Bönen

Kletterpoth 62
59199 Bönen
Telefon: 02383 - 4156
www.foerderturm-boenen.de

Bürgerstiftung Büren

Charentoner Straße 22
33142 Büren
Telefon: 02951 - 6305
www.buergerstiftung-bueren.de

Bürgerstiftung Dülmen

Münsterstraße 29
48249 Dülmen
Telefon: 02594 / 294573
www.buergerstiftung-duelmen.de

Bürgerstiftung Herzebrock-Clarholz

Grevenkamp 38
33442 Herzebrock-Clarholz
Telefon: 05245 - 922464
www.buergerstiftung-herzebrock-clarholz.de

Bürgerstiftung "Wir Wipperfürther"

Breslauer Str. 1
51688 Wipperfürth
Telefon: 0172 - 8015657
www.wirwipperfuerther.de

Bielefelder Bürgerstiftung

Lessingstr. 3
33604 Bielefeld
Telefon: 0521 - 9889634
www.bielefelder-buergerstiftung.de

Bürgerstiftung Düren

Philippstraße 3
52349 Düren
Telefon: 02421 - 208080
www.buergerstiftung-dueren.de

Bürgerstiftung Königswinter

Dollendorferstr. 39
53639 Königswinter
Telefon: 02244 - 889-261

Stadt Stiftung Gütersloh - Die Bürgerstiftung

Am Alten Kirchplatz 12
33330 Gütersloh
Telefon: 05241 - 97130
www.stadtstiftung.de

Bürgerstiftung Warburg

Untere Dorfstrasse 17a
34414 Warburg
Telefon: 05641 - 2241
www.warburg.de

Bürgerstiftung Rohrmeisterei Schwerte

Ruhrstr. 20
58239 Schwerte
Telefon: 02304 - 201 3001
www.rohrmeisterei-schwerte.de

Stadt Stiftung Bad Lippspringe

Friedrich-Wilhelm-Weber-Platz 1
33175 Bad Lippspringe
Telefon: 05252 - 26126
www.stadtstiftung-bad-lippspringe.de

Bürgerstiftung Espelkamp

Wilhelm-Kern-Platz 1
32339 Espelkamp
Telefon: 05772 - 562-128
www.buergerstiftung-espelkamp.de

Bornheimer Bürgerstiftung "Unsere Kinder - unsere Zukunft"

Rathausstr. 2
53332 Bornheim
Telefon: 02227 - 93 20 20
www.bornheimer-buergerstiftung.de

Bürgerstiftung Bad Honnef

Hauptstr. 34
53604 Bad Honnef
Telefon: 02224 - 181-164

Bürgerstiftung Coesfeld

Münsterstr. 5
48653 Coesfeld
Telefon: 02561 - 73-2890
www.buergerstiftung-coesfeld.de

Bürgerstiftung Westmünsterland

Südlohner Weg 40
48703 Stadtlohn
Telefon: 02563 - 2073-17
www.buergerstiftung-wml.de

Bad-Westernkotten-Stiftung

Fredegrasstraße 3
59597 Erwitte-Bad Westernkotten
Telefon: 02943 - 2641
www.badwesternkotten-ortsvorsteher.de/Bad-Westernkotten-Stiftung.html

Bürgerstiftung Gempt

Gemptplatz 1
49525 Lengerich
Telefon: 05481 - 30500
www.gempthalle.de

Dortmund-Stiftung

Flamingoweg 1
44139 Dortmund
Telefon: 0231 - 4384333
www.dortmund-stiftung.de

Bürgerstiftung Paderborn

Rolandsweg 80
33102 Paderborn
Telefon: 05251 - 148711
www.buergerstiftung-paderborn.de

Bürgerstiftung Detmold

Bruchstraße 27
32756 Detmold
Telefon: 05231 - 9621277
www.buergerstiftung-detmold.de

Bürgerstiftung Siegen

Morleystraße 2
57078 Siegen
Telefon: 0271 - 23396-16
www.buergerstiftung-siegen.de

Bürgerstiftung Köln

Postfach 103544
50457 Köln
Telefon: 0221 - 221 24677
www.buergerstiftung-koeln.de

Marienheider Bürgerstiftung

Hauptstr. 20
51709 Marienheide
Telefon: 02264 - 4044 144
www.marienheider-buergerstiftung.de

BürgerStiftung Düsseldorf

Berliner Allee 33
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211-878 56 00
www.buergerstiftung-duesseldorf.de

BürgerStiftungLohmar

Rathausstraße 4
53797 Lohmar
Telefon: 02246 - 15115
www.buergerstiftunglohmar.de

Bürgerstiftung Sundern

Rathausplatz 1
59846 Sundern
www.buergerstiftung-sundern.de

Bürgerstiftung KREA(K)TIV Rhein-Lippe

Großer Markt 1
46483 Wesel
Telefon: 0281 - 922 31 45
www.buergerstiftung-rhein-lippe.de

Bürgerstiftung Mülheim an der Ruhr

Löhberg 45
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 - 444 95 85
www.buergerstiftung-muelheim.de

Bürgerstiftung "Halturner für Halturner"

Münsterstraße 1
45721 Haltern am See
Telefon: 02364 - 1091 110
www.buergerstiftung-haltern.de

Stiftung "LebenMülheim" (Köln-Mülheim)

Hahnenstr. 57
50667 Köln-Mülheim
Telefon: 0221 - 226 2308

BürgerStiftung Herdecke

Goethestraße 4a
58313 Herdecke
Telefon: 02330 - 2121
www.buergerstiftung-herdecke.de

Stiftung KalkGestalten (Köln-Kalk)

Wiersbergstr. 21
51103 Köln-Kalk
Telefon: 0221 - 870 10 06
www.stiftungskalkgestalten.de

Bürgerstiftung Gliedervermögen Bühne

Alsterstraße 7
34434 Borgentreich
Telefon: 05643 – 8635

Briloner Bürgerstiftung

Bahnhofstraße 18
59929 Brilon
Telefon: 02961 - 796 105
www.briloner-buergerstiftung.de

Bürgerstiftung Neukirchen-Vluyn

Alte Mühle in der Dong 4a
47506 Neukirchen-Vluyn
Telefon: 02845 - 53 43
www.buergerstiftung-neukirchen-vluyn.de

Bürgerstiftung AGORA für die Region Ruhrgebiet

Zechenstraße 2A
44581 Castrop-Rauxel
Telefon: 02305 - 92 30 40
www.agora-kulturzentrum.de

Bürgerstiftung Unna

Bahnhofstraße 37
59423 Unna
Telefon: 02303 - 104201
www.buergerstiftung-unna.de

Bottroper Bürger-Stiftung

Böckenhoffstr. 1
46236 Bottrop
Telefon: 02041 - 766940

Bürgerstiftung Vreden

Burgstr. 14
48691 Vreden
Telefon: 02564 - 303224
www.buergerstiftung-vreden.de

Bürgerstiftung Neuss - Bü.NE

Lörickstraße 11
41464 Neuss
Telefon: 02131 - 48732
www.initiative-buene.de

BürgerStiftung Arnsberg

Hauptstrasse 10-12
59755 Arnsberg
Telefon: 02932 - 9109530
www.buergerstiftung-arnsberg.de

Bürgerstiftung "Wir für Niederkassel"

An der Enggasse 18
53859 Niederkassel
Telefon: 02208 - 77 00 71
www.wir-fuer-niederkassel.de

Bürgerstiftung Salzkotten

Lindenweg 2
33154 Salzkotten
Telefon: 05258 - 7412
www.buergerstiftung-salzkotten.de

Freiwilligenagenturen in Nordrhein-Westfalen

**Freiwilligen-Agentur Lippe / Bad Salzuflen
Arbeit-Wohnen-Bildung e.V.**

Kiliansweg 7 – 9
32108 Bad Salzuflen-Schötmar
Telefon: 05222-96 29 65-18
www.fal-online.de

Freiwilligen-Agentur Lemgo

Papenstr. 7
32657 Lemgo
Tel: (0 52 61) 213 – 213
www.lemgo.de/fal/

Freiwilligen-Agentur Minden

Simeonstraße 17
32423 Minden
Telefon: (0571) 82 80 219
www.freiwilligenagentur-minden.de

Ehrenamtliche Freiwilligenagentur (EFA) der Bürgerstiftung Detmold

Im Teiche 16 a
32758 Detmold
Telefon: 05231/9621277
www.gemeinsam-fuer-detmold.de

Freiwilligenzentrale Gütersloh

Schulstr. 7
33330 Gütersloh
Telefon: 05241/ 82 23 73
www.engagiert-in-nrw.de

Freiwilligen Agentur Bielefeld

In der Stadtbibliothek
Wilhelmstraße 3
33602 Bielefeld
Telefon: 0521/ 3299530
www.freiwilligenagentur-bielefeld.de

Freiwilligenakademie Ostwestfalen-Lippe

Detmolder Str. 280
33605 Bielefeld
Tel. 0521/9216-444
www.freiwillige-owl.de

**Freiwilligenagentur Impuls
Caritasverband Düsseldorf, Soziales Zentrum,**

Klosterstraße 88
40211 Düsseldorf
Telefon: 0211/16022133
www.caritas-impuls.de

MachMit- Die Freiwilligenzentrale der Diakonie in Düsseldorf

Langerstraße 20a
40233 Düsseldorf
Telefon: (0211) 73 53 361
www.freiwilligenzentrale.info

duesseldorf-aktiv.net. e. V.

Ernst-Abbe-Weg 50
40589 Düsseldorf
Telefon 0211 - 946 00 21
www.duesseldorf-aktiv.net

Freiwilligenbörse Ratingen

Düsseldorfer Str. 40
40878 Ratingen
Tel. 02102/711633
www.freiwilligenboerse-ratingen.de

Freiwilligen-Zentrum Mönchengladbach

Friedrich-Ebert-Straße 53
41236 Mönchengladbach
Telefon: 02166-40207
www.caritas-mg.net

Freiwilligen Zentrale Neuss

Meererhof L 20
41460 Neuss
Telefon: 02131-16 62 06
www.freiwilligenzentrale-neuss.de

Freiwilligen-Agentur AGE Aktivieren – gestalten – engagieren

Bergheimer Straße 13
41515 Grevenbroich
Telefon: 02181/ 4757670
www.age-grevenbroich.de

FreiwilligenAgentur Dormagen

Knechstedener Str. 20
41540 Dormagen
Telefon: 02133-53 92 20
www.freiwilligenagentur.com

Freiwilligen-Zentrale Viersen

Hauptstrasse 84a
41747 Viersen
Telefon: 02162-10 34 20
www.freiwilligen-zentrale-viersen.de

FreiwilligenAgentur Velbert

Thomasstr. 7
42551 Velbert
Telefon: 02051 / 26-2258
www.freiwilligenagentur-velbert.de

Solinger-Freiwilligen-Agentur e. V.

Margaretenstr. 36
42651 Solingen
Telefon: 0212/53593
www.solinger-freiwilligen-agentur.de

Freiwilligen-Börse Wermelskirchen e.V.

Postfach 1273
42905 Wermelskirchen
Telefon: 0177-4292932
www.wermelskirchener.net/fwb

FreiwilligenAgentur Dortmund

Verein zur Förderung der freiwilligen Tätigkeit in Dortmund e.V.

Südwall 2-4
44122 Dortmund
Telefon: 0231-5010600
www.freiwilligenagenturdortmund.de

Reinoldiforum

Informationszentrum der evangelischen Kirche

Reinoldikirche/Ostenhellweg
44135 Dortmund
Telefon: 0231-555 79 111
www.reinoldi-forum.de

**Ehrenamtlicher Sozialhelferdienst der Stadt Dortmund
Sozialamt, Fachdienst für Seniorenarbeit**

Hoher Wall 5-7
44122 Dortmund
Tel. 0231 50- 2 45 69

Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement

Kirchhofstraße 5
44623 Herne
Telefon: 02323/16-3390
www.charity-label.com

Ehrensache!

Vermittlungsstelle für bürgerschaftliches Engagement für die Stadt Castrop-Rauxel

Lambertusplatz 16
44575 Castrop-Rauxel
Telefon: 02305/92355-20
www.caritas-castrop-rauxel.de

Freiwilligen-Zentrum Bochum

Düppelstraße 49
44789 Bochum
Telefon: 0234/325 56 02
www.ehrenamt-bochum.de

Ehrenamt Agentur Essen

Bredeneyer Straße 6b
45133 Essen
Telefon: 0201 - 45 13 580
www.ehrenamtessen.de

Centrum für bürgerschaftliches Engagement e.V.

Telefon: 0208-97068-0
www.cbe-muelheim.de

Caritas Mülheim

Hingbergstr. 176
45470 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208/ 3008223
www.caritas-muelheim.de

Stadt Hattingen Freiwilligenagentur

August-Bebel-Str. 20
45525 Hattingen
Telefon: 02324/393991
www.engagiert-in-nrw.de

Netzwerk Bürgerengagement

Freiwilligenzentrum und Selbsthilfe-Kontaktstelle für den Kreis Recklinghausen

Halterner Str. 6
45657 Recklinghausen
Telefon: 02361-1097-35
www.netzwerk-buergerengagement.de

sozial aktiv agentur Herten

Kurt-Schumacher-Str. 2
45699 Herten
Telefon: 02366/ 303215

Freiwilligen Agentur Haltern am See

Dr.-Conrads-Str. 1
45721 Haltern am See
Telefon: 02364/933-250

Ehrenamtsagentur Gelsenkirchen e.V.

Neumarkt 1
45879 Gelsenkirchen
Tel. 0209/169 33 33
www.ehrenamt.gelsenkirchen.de

Stadt Waltrop Koordinationsstelle für bürgerschaftliches Engagement ab 50+

Münsterstr. 1
45731 Waltrop
Telefon: 02309/930310

Netzwerk Freiwilligenarbeit Gladbeck

Telefon: 02043/992080

Agentur für Ehrenamt Dorsten

An der Vehme 1
46282 Dorsten
Telefon: 02362/ 793623
<http://home.gelsennet.de/~sozialamt-dor/index2.html>

**DRK Kreisverband Borken Servicestelle
Ehrenamt Forum Freiwillig engagiert**

Am Kuhm 36
46325 Borken
Tel. 02861-80290
www.kv-borken.drk.de

Freiwilligenzentrale Dinslaken

Duisburger Straße 101
46535 Dinslaken
Telefon: 02064-97 06 42
www.freiwillige-in-dinslaken.de

Freiwilligenzentrale Moers

Rheinberger Straße 17, (barrierefreier Zugang über die Gabelsbergerstraße 2)
47441 Moers
Telefon: 02841-1001-88
www.freiwilligenzentrale-moers.de

Freiwilligen-Zentrum Kleverland

Hoffmannallee 68
47533 Kleve
Telefon: 02821 – 72 09 16
www.freiwilligenzentrum-kreiskleve.de

Diakonisches Werk im Kirchenkreis Kleve

Kleverstr. 39
47574 Goch
Telefon: 02823/93020
www.diakonie-kkkleve.de

Freiwilligen-Zentrum in Geldern

Südwall 1-5
47608 Geldern
Telefon: (02831) 93 95 52
www.freiwilligenzentrum-kreiskleve.de

Freiwilligen-Zentrum Krefeld

Westwall 97
47798 Krefeld
Telefon: 02151-56 61 00
www.freiwilligenzentrum-krefeld.de

Freiwilligen-Zentrum Willich

Hochstr.67
47877 Willich - Schiefbahn
Telefon: 02154/41 32 70
www.freiwilligenzentrum-willich.de

Freiwilligenagentur Kempen

Acker 1
47906 Kempen
Telefon: 02152/917-371
www.kempen.de

Freiwilligenagentur Münster

Gasselstiege 13
48159 Münster
Telefon: 0251-49 25 904
www.muenster.de/stadt/freiwilligenagentur

Pluspunkt Greven**Vermittlung von Ehrenamt und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements**

Kardinal-von-Galen-Str. 1A
48268 Greven
Telefon: 02571/577157
www.pluspunkt-greven.de

Stabsstelle Bürgerengagement

Telefon: 02571 / 920-258
www.greven.net

Freiwilligenbörse Rheine

Klosterstraße 14
48431 Rheine
Tel. 05971 939-219 oder -273
<http://www.rheine.de>

Netzwerk Selbsthilfe und Ehrenamt

Friedrichstr. 1-2
48282 Emsdetten
Tel. (0 25 72) 9 60 16 84
www.netzwerkselfhilfeundehrenamt.de

Ehrenamt Stadt Emsdetten

Am Markt 1
48282 Emsdetten
Tel. 02572 / 922 – 261
www.emsdetten.de

mach mit Freiwilligenzentrale Gronau e.V.

Konrad-Adenauer-Str. 45
48599 Gronau
Telefon: 02562/992766
www.fwz-gronau.de

Kontaktbörse für Ehrenamtliche im Kreis Borken

Ekbertstrasse 6
48691 Vreden
Telefon: 02564 - 45 17
www.kfe-borken.de

Freiwilligenagentur Billerbeck

Zum Alten Hof 1
48727 Billerbeck
Telefon: 02543/219728
www.kinder-jugend-familie.de

Kölner Freiwilligen Agentur e.V.

Clemensstr. 7
50676 Köln
Telefon: 0221-9233364
www.koeln-freiwillig.de

**Büro für Bürgerengagement
Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt Köln e.V.**

Marsilstein 4-6
50676 Köln
Telefon: (0221) 20 407 51
www.kabe-koeln.de

Mensch zu Mensch - Freiwilligenzentrum

Bartholomäus-Schink-Str. 6
50825 Köln (Ehrenfeld)
Telefon: 0221-955 702 88
www.menschzumensch-koeln.de

LUPE - Freiwilligenzentrum Leverkusen

Bergische Landstraße 28
51375 Leverkusen
Telefon: 0214-52723
www.freiwilligenzentrum-lupe-leverkusen.de

FREIWILLIGENBÖRSE RheinBerg e.V.

Hauptstrasse 86
51465 Bergisch Gladbach
Telefon: (02202) 955 66 20
www.fwb-direkt.de

Freiwilligenbörse Oberberg

Wilhelm-Breckow-Allee 6
51643 Gummersbach
Telefon: (02261) 91 00 98
www.freiwilligenboerse-oberberg.de

Freiwilligen-Zentrum Aachen**Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.**

Scheibenstr.16
52070 Aachen
Telefon: 0241-94927-24
www.freiwilligen-zentrum-aachen.de

Help e.V.

Pontstraße 74-76
52062 Aachen
Telefon: (0241) 60 24 26
www.helpev.de

Freiwilligenzentrum Düren e.V.

Arnoldsweilerstraße 38
52351 Düren
Telefon: 02421-26 00 123
www.freiwilligenzentrum-dueren.de

Selbsthilfe- u. Freiwilligen-Zentrum im Kreis Heinsberg

Hochstr. 24
52525 Heinsberg
Telefon: 02452-1567-90
www.sfz-heinsberg.de

Freiwilligenagentur Bonn

Friedrich-Breuer-Str. 65
53225 Bonn
Telefon:0228-774848
www.freiwilligenagentur-bonn.de

**Freiwilligenzentrum OASE
Caritasverband für den Rhein-Sieg-Kreis e.V.**

Kirchplatz 1
53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 99 24 99
www.oase-meckenheim.de

Freiwilligen-Agentur für den Rhein-Sieg-Kreis

Zeughausstr. 7 - 9
53721 Siegburg
Telefon: 02241-14628-71
www.freiwilligen-agentur.com

Freiwilligenzentrale der Diakonie in der City

Wichernstr.47
57074 Siegen
Telefon: (0271).5003- 113
www.diakonie-siegen.de

Freiwilligenzentrale Hagen

Hochstr. 97
58095 Hagen
Telefon: 02331-1841-70
www.fzhagen.de

Die Börse – Freiwilligen Zentrum Schwerte e.V.

Goethe Str. 22
58239 Schwerte
Telefon: 02304/ 257 094
www.freiwilligenzentrum.schwerte.de

FreiwilligenAgentur Fokus

Hauptstraße 83
58452 Witten
Telefon 02302/421131
www.fokus-witten.de

EhrenamtBörse Lüdenscheid

Freiherr-vom-Stein-Strasse 20
58511 Lüdenscheid
Telefon: 02351/66 10 882
www.ehrenamtboerse-luedenscheid.de

EhrenamtBörse Schalksmühle

Tel. 02355/7208
www.stadtmarketing-schalksmuehle.de

Continue - der ehrenamtliche Dienst in Iserlohn

Schillerplatz 7
58636 Iserlohn
Telefon: 02371/217-2083
www.iserlohn.de/Senioren_und_Soziales

Freiwilligenzentrale Hemer

Hauptstr. 209
58675 Hemer
Telefon: 0160-120 84 47

Freiwilligenzentrale Diakonisches- Werk Plettenberg

Telefon: (02391) 95 40-0

AGE Agentur für gesellschaftliches Engagement Hamm

Hohe Straße 71
59065 Hamm
Telefon: 02381/17 56 39
www.age-in-hamm.de

Freiwilligenzentrale Hamm

Bismarckstraße 21
59065 Hamm
Tel.: 02381/87600 45
www.freiwilligenzentrale.hamm.de

Freiwilligenagentur Ahlen e.V.

Westenmauer 10
59227 Ahlen
Telefon: 02382-7040484
www.senioren-ahlen.de

Koordinationsstelle für Bürgerengagement

Telefon: 02932/2011402
www.arnsberg.de